

Nr. 4 Dez. 2001



DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Zur Weltlage nach dem 11. September

Die soziale Frage als regionale Frage - Herausforderung GATS -
Betrachtungen und Berichte - Ankündigungen - Kostenausgleich

Beiträge von Gerald Häfner, Wilhelm Neurohr, Nicanor Perlas, Paul H. Ray, Christoph Strawe,
Siegfried Woitinas, Michael Rist, Herbert G. Spies, Yesaja Ben Aharon, Michael Babitch u.a.

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE „NETZWERK DREIGLIEDERUNG“

Editorial

Die vorliegende Nummer des Dreigliederungs-Rundbriefs musste, bedingt durch zahlreiche Verpflichtungen des Redakteurs, in vergleichsweise kurzer Zeit erstellt werden. In der Fülle der Beiträge und Aspekte widerspiegelt das Heft eine neue Phase und in mancher Hinsicht gewandelte Bedingungen unserer Arbeit: neue Bündnis- und Zusammenarbeitsmöglichkeiten, aber auch globale Entwicklungen, die uns mit tiefer Sorge erfüllen.

Gerade in so spannender und zugleich schwieriger Zeit setze ich darauf, dass Sie wie bisher unsere Arbeit begleiten und stützen werden - auch, indem sie finanziell die Voraussetzungen dafür mit schaffen helfen, den vielfältigen Aufgaben einigermaßen gerecht zu werden. In diesem Sinne erbitte ich Ihre Aufmerksamkeit für den Aufruf zum Kostenausgleich gegen Ende des Heftes. Dort finden Sie auch den ersten Etat der Initiative Netzwerk, der in • ausgestellt ist!

Die Zahl der Rundbriefbezieher liegt inzwischen bei 1159, eine erfreuliche Entwicklung, die vielleicht noch beschleunigt werden kann, wenn noch mehr Menschen Bekannte und Freunde auf den Rundbrief aufmerksam machen. Mehr denn je braucht das Ringen um die Dreigliederung des sozialen Organismus ein unabhängiges Organ, wie es der Rundbrief darstellt. Zugleich bin ich natürlich dankbar für Echos, die immer wieder auch Hinweise für die redaktionell-inhaltliche Verbesserung der Hefte geben können.

Ich wünsche Ihnen allen eine friedvolle Weihnachtszeit, die Ihnen Kraft für Ihr Leben und Ihre Arbeit gibt, und einen guten Start ins Jahr 2002.

Ihr



Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: BueroStrawe@t-online.de, Internet: <http://www.sozialimpulse.de>. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr • 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen S. 2

Zur Weltlage nach dem 11. September - Ringen um soziale Erneuerung in geänderter Zeitsituation S. 5

Spirituelle Hintergründe - im Anschluss an einen Vortrag von Siegfried Woitinas (C. Strawe) S. 5

Kriegsgeschrei verdeckt die Rolle der USA im globalen Terrorismus (Nicanor Perlas) S. 9

Ein internationaler Strafgerichtshof muss Terroristen zur Rechenschaft ziehen (C. Strawe) S. 11

Erklärung im Bundestag am 16. November (Gerald Häfner) S. 13

Meinungsumfragen und was sie verschweigen (Paul H. Ray) S. 16

Zum Ergebnis des WTO-Gipfels Katar (C. Strawe) S. 18

Eine andere Welt ist möglich - Der Aufschwung von Attac (C. Strawe) S. 19

Zum Selbstverständnis von Attac S. 20

Die soziale Frage als regionale Frage - Nachhaltiges Wirtschaften in regionalen Zusammenhängen (Wilhelm Neurohr) S. 21

Herausforderung GATS S. 29

Kommunale Auswirkungen von GATS (W. Neurohr) S. 30

Betrachtungen und Berichte S. 33

Natur, Arbeit und Intelligenz (Michael Rist) S. 33

Wenn das Wasser knapp wird (Herbert G. Spies) S. 34

Aktivisten für die israelische Zivilgesellschaft (Yesaja Ben-Aharon) S. 35

Das internationale Dreigliederungs-Symposium in Kimberton/USA (Michael Babitch) S. 35

Porto Alegre // WWW.Threefolding.Net // SWR zitiert den Rundbrief S. 36f.

Ankündigungen und Termine S. 38

Wege zur Qualität // Menschen für Volksabstimmung // Dreigliederungsinitiative in Liberia bittet um Unterstützung // Verschiedenes

Literaturhinweise S. 41

Die Ideale der 68er - 33 Jahre später S. 41

Peter Boock: Ich und der Große Bruder S. 41

Aufgabenerfüllung ermöglichen:

Aufruf zum Kostenausgleich - Etat 2002 der Initiative Netzwerk S. 42

Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ 2002 S. 45

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Der Führer der afghanischen Nordallianz, Masud, wird ermordet. Allianz kämpft gegen das Taliban-Regime + + + Die Arbeitslosenquote in Deutschland steigt weiter und liegt im August bei knapp 3,8 Mio., das sind 9,2 Prozent + + + Neue Eskalation des Konflikts zwischen Protestanten und Katholiken in Nordirland, protestantische Terroristen werfen einen Sprengsatz in Richtung katholischer Schulmädchen + + + Die USA und Israel verlassen aus Verärgerung über die Gleichsetzung von Rassismus und Zionismus vor Abschluss die UN-Rassismus-Konferenz im südafrikanischen Durban. Bis zum 8. September ringen die Delegationen um eine gemeinsame Schlusserklärung, die schließlich zustande kommt. In ihr wird Rassismus ebenso wie Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gebrandmarkt + + + Über 430 zumeist afghanische Flüchtlinge, die von einem norwegischen Frachter aus dem Meer gefischt wurden und in Australien kein Asyl erhalten hatten, werden in Richtung Papua-Neuguinea verfrachtet + + + In Kabul beginnt der Prozess gegen Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Shelter Now“, ihnen wird christliche Missionierung vorgeworfen, wofür nach dem Recht unter dem Taliban-Regime u.U. die Todesstrafe verhängt werden könnte + + + Das amerikanische Justizministerium besteht nicht länger auf einer Zerschlagung des Software-Riesen Microsoft + + + Zwei von Selbstmordkommandos entführte Passagierflugzeuge schlagen am 11. September gegen 9 Uhr morgens (Ortszeit) in die beiden Türme des World Trade Center in New York ein, die Türme brechen in sich zusammen. Etwa 5000 Menschen können sich nicht retten und werden unter 450000 Tonnen Schutt begraben + + + Ein weiteres Flugzeug stürzt auf das Pentagon in Washington. Eine vierte Maschine, die möglicherweise von Entführern auf Camp David gelenkt werden sollte, stürzt nahe Pittsburgh ab, Anzeichen deuten auf einen Kampf zwischen Passagieren und Entführern + + + Der amerikanische Senat ermächtigt den Präsidenten, auf die Anschläge militärisch zu antworten, und bewilligt dafür 20 Milliarden Dollar. Verteidigungsminister Rumsfeld beruft 35000 Reservisten + + + Viele Anzeichen deuten auf den aus Saudi-Arabien stammenden Osama bin Laden als Drahtzieher + + + In einer Resolution des UN-Sicherheitsrats werden die Anschläge verurteilt und wird Gegenwehr für berechtigt erklärt. Zuvor hatten die USA einen Teil ihrer Schulden bei der UN beglichen + + + Die NATO stellt zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall fest, deutsche Politiker aller Parteien bis auf die PDS bekunden ihre bedingungslose Solidarität mit den USA + + + Eine Großfahndung nach Helfershelfern der Terroristen läuft an, der Verdacht, dass Vorbereitungen für die Anschläge teilweise in Hamburg getroffen wurden, erhärtet sich + + + Hunderttausende Menschen in aller Welt nehmen an Schweigemärschen und Trauergottesdiensten teil + + + Ameri-

* Bis 15. Dezember 2001

kanische Spitzenpolitiker sprechen von einer „campaign“ gegen den Terrorismus, die 15 Jahre dauern könne + + + Wahlsieg der Konservativen bei den Parlamentswahlen in Norwegen + + + Amtsinhaber Alexander Lukaschenko erklärt sich bei den Parlamentswahlen in Weißrussland zum Sieger, Beobachter sprechen von massiven Wahlmanipulationen + + + Die New Yorker Feuerwehr, die bei den ersten Rettungsversuchen zahlreiche Tote zu beklagen hatte, versucht verzweifelt, Überlebende aus den Trümmern zu bergen + + + Das afghanische Taliban-Regime lehnt die Auslieferung bin Ladens ab + + + Der russische Präsident Putin hält eine Rede vor dem Deutschen Bundestag, in der er das endgültige Ende des Kalten Krieges und die Zusammenarbeit aller Nationen im Kampf gegen den Terror beschwört. Es deutet sich eine Neubewertung des Tschetschenienkonflikts durch die Bundesregierung an + + + Festakt zum 50. Jahrestag des Bundesverfassungsgerichts. Gerichts-Präsidentin Jutta Limbach fordert, die Grund- und Menschenrechte auch im Kampf gegen den Terror zu respektieren + + + Niederlage für Rot-Grün bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, der große Sieger ist der als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordene Ronald Schill mit seiner rechtskonservativen „Partei Rechtsstaatliche Offensive PRO“, die auf Anhieb 19,4 Prozent der Stimmen erhält + + + In Berlin findet der Kongress von Attac mit ca. 3000 TeilnehmerInnen statt + + + Neue Nato-Mission in Mazedonien zur Überwachung des politischen Friedensprozesses + + + Bundesinnenminister Schily will schärfere Anti-Terror-Gesetze. U.a. fordert er Fingerabdrücke bei der Visa-Erteilung und mehr Zugriff auf Daten von Ausländern + + + In der Volksvertretung des Schweizer Kantons Zug werden zahlreiche Mitglieder Opfer eines Amokattentäters + + + Krise der Pleite der Swissair, trotz Millionenkredit der Schweizer Bundesregierung. Einen Teil des Swissair-Fluggeschäfts übernimmt die Crossair + + + Seit dem 7. Oktober fliegen amerikanische und britische Bomber Angriffswellen auf Ziele in Afghanistan. Zugleich werden Care-Pakete abgeworfen, die u.a. Erdnussbutter und amerikanische Fähnchen enthalten + + + Nach offiziellen Angaben gilt der Militärschlag nur der Terrororganisation von bin Laden, wobei „Kollateralschäden“ in Kauf genommen werden müssen. Zuvor ist es den USA gelungen, eine weltweite Koalition gegen den Terrorismus zu schmieden, bei der nur wenige Staaten abseits stehen. Auch das bisher mit den Taliban befreundete Pakistan beteiligt sich, trotz massiver Proteste großer Teile der Bevölkerung + + + Hunderttausende Afghanen sind auf der Flucht vor den Bombenangriffen + + + In Florida und New York gibt es mehrere Fälle von Milzbrand, bei denen ein terroristischer Hintergrund vermutet werden muss; Milzbrand gilt als Biowaffe Nr. 1 + + + Als erster wichtiger Regierungschef eines verbündeten Landes reist Kanzler Schröder in die USA + + + In einer Regierungserklärung kündigt der Kanzler den Einsatz deutscher Soldaten an + + + Die Regierung stellt ein erstes unter Federführung von Bundesinnenminister Schily erarbeitetes Anti-Terror-Paket vor, das unter anderem die Aufhebung des Religionsprivilegs im Vereinsrecht, verbesserte Möglich-

keiten zur Verfolgung von Anhängern internationaler Terror-Organisationen und eine Lockerung des Bankgeheimnisses vorsieht. Für ein zweites Paket diskutiert man u.a. über einen Fingerabdruck im Ausweis und eine neue Kronzeugenregelung + + + Der diesjährige Friedensnobelpreis wird an die UN und ihren Generalsekretär Kofi Annan vergeben. + + + Weitere Milzbrandanschläge in USA, u.a. gegen den Kongress + + + Im Afghanistan-Krieg kommen jetzt auch Bodenkraften zum Einsatz, welche die verbündeten Kräfte der Nordallianz unterstützen. Fortsetzung der Bombardements + + + Hilfsorganisationen warnen vor einer drohenden Hungerkatastrophe im Land + + + Außenminister Fischer besucht die Krisenregion im Mittleren Osten + + + Der israelische Tourismus-Minister Rechawam Seewi wird durch einen Attentäter getötet. Zu der Tat bekennt sich die radikale Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), Israel fordert ultimativ die Auslieferung der Attentäter durch die palästinensische Autonomiebehörde. Aufwind für die Hardliner in der israelischen Regierung + + + Debatte um den Kanzlerkandidaten bzw. die Kanzlerkandidatin der CDU/CSU + + + Finanzminister Eichel muss die Wachstumsprognose nach unten korrigieren + + + In den USA werden weitere Anschläge befürchtet und entsprechende Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Neue Milzbrandfälle treten auf. Die USA verstärken ihre Bombenangriffe, zugleich zeigt man sich in US-Regierungskreisen überrascht vom ausdauernden Widerstand der Taliban + + + LKW-Zusammenstoß im Gotthard-Tunnel in der Schweiz löst verheerenden Großbrand aus + + + Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus wird die SPD wieder zur stärksten Kraft. Im Ostteil der Stadt gewinnt die PDS fast 50 Prozent der Stimmen. Kanzler Schröder drängt auf eine Ampel-Koalition anstelle einer ebenfalls möglichen Koalition „Rot-Rot“ + + + Innenpolitischer Streit um den „Otto-Katalog“, das Anti-Terror-Paket von Innenminister Schily zur Verstärkung der inneren Sicherheit mit seinen weitgehenden Grundrechtseinschränkungen, die mit Notwendigkeiten in der Bekämpfung des Terrorismus begründet werden. Nach gewissen Modifikationen stimmen die Grünen dem Paket zu + + + Die nordirische IRA gibt ihre

Waffen ab und schafft damit ein entscheidendes Hindernis für den Friedensprozess aus der Welt + + + Immer neue Meldungen über Stellenabbau bei Großkonzernen und Banken. So kündigt die Deutsche Bank die Streichung von ca. 7100 Stellen bis 2003 an + + + Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen. Die Mehrheit der Delegierten akzeptiert schließlich den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr + + + Beim SPD-Parteitag in Nürnberg gehen alle Anträge zur Unterstützung der Regierungspolitik problemlos durch + + + Die von der Anti-Terrorcoalition unterstützte Nordallianz in Afghanistan erzielt nach einer längeren Durststrecke rasch militärische Erfolge. Freilassung der Shelter-Now-Mitarbeiter + + + Die EU-Kommission verhängt gegen den Chemiekonzern BASF ein Bußgeld in Höhe von knapp 600 Mio. Mark wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht + + + Das Ermittlungsverfahren gegen den Ex-CDU-Chef Schäuble wegen der Spendenaffäre wird eingestellt + + + Baubeginn für das Holocaust-Mahnmal in Berlin + + + Auf dem Petersberg nahe Bonn beginnt die Afghanistan-Konferenz der UNO. Es nehmen Delegationen der Nordallianz und der „Rom-Gruppe“ um Ex-König Mohammed Sahir Schah sowie zwei kleinere Gruppen teil + + + Nach dem Fall von Kabul und Kundus verbleibt den Taliban nur noch ihre Hochburg Kandahar + + + Verabschiedung des Bundeshaushalts, der Ausgaben von 247,5 Mrd. • vorsieht. Die Neuverschuldung sinkt leicht auf 21 Mrd. • + + + Die „Mutter Courage“ des deutschen Ostens, die Politikerin Regine Hildebrandt (SPD), erliegt einem Krebsleiden + + + Diskussion um Import von Stammzellen + + + Nach langwierigen Verhandlungen endet die Afghanistan-Konferenz. Am 22. Dezember soll eine Interimsregierung mit dem Paschtunenführer Hamid Karsai an der Spitze ihre Arbeit aufnehmen. Zum Schutz der neuen Verwaltung bitten die Afghanen den UN-Sicherheitsrat um ein Mandat für eine internationale Schutztruppe. Nach sechs Monaten soll die sog. die Loja Dschirga eine Übergangsregierung bestellen. Die neue Führung darf sich Hoffnungen auf Hilfe der internationalen Gemeinschaft für das Land machen + + + Kanzler Schröder spricht von einem großen Tag für Afghanistan und die UN + + + Die Taliban geben Kandahar auf + + + Jagd auf Bin Laden und Talibanführer Omar. Es wird vermutet, dass sich bin Laden in der Bergfestung Tora Bora verschanzt hat + + + Selbstmordanschläge in Nahost fordern Dutzende Opfer. Militärische Vergeltung durch Israel, dessen Premier Scharon Palästinenser-Chef Arafat verantwortlich zu machen sucht. Israel verfolgt eine Politik des „Auge-um-Auge“ und greift täglich Ziele im Gazastreifen und im Westjordanland an. Auch das Hauptquartier von Arafat und dessen Leibgarde werden attack-

Friede auf Erden

Da die Hirten ihre Herde
Ließen und des Engels Worte
Trugen durch die niedre Pforte
Zu der Mutter und dem Kind,
Fuhr das himmlische Gesind
Fort (im Sternenraum) zu singen,
Fuhr der Himmel fort zu klingen:
„Friede, Friede! auf der Erde!“

Seit die Engel so geraten,
O wie viele blut'ge Taten
Hat der Streit auf wildem Pferde,
Der geharnischte, vollbracht!
In wie mancher heil'gen Nacht
Sang der Chor der Geister zingend,
Dringlich flehend, leis verklagend:
„Friede, Friede...auf der Erde!“

Doch, es ist ein ew'ger Glaube,
Dass der Schwache nicht zum Raube
Jeder frechen Mordgebärde
Werde fallen allezeit:
Etwas wie Gerechtigkeit
Webt und wirkt in Mord und Grauen,
Und ein Reich will sich erbauen,
Das den Frieden sucht der Erde.

Mählich wird es sich gestalten,
Seines heil'gen Amtes walten,
Waffen schmieden ohne Fährde,
Flammenschwerter für das Recht,
Und ein königlich Geschlecht
Wird erblüht mit starken Söhnen,
Dessen helle Tuben dröhnen:
Friede, Friede auf der Erde!

Conrad Ferdinand Meyer

kiert. Beobachter werten dies als Versuch, die Stellung Arafats so zu schwächen, dass der Friedensprozess endgültig scheitert. Die USA betonen einerseits das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat, stellen sich aber zugleich hinter Israel + + + Auf ihrem Parteitag demonstriert die CDU Geschlossenheit, wenig später bricht aber erneut eine Diskussion über die Kandidatenalternative Merkel/Stoiber aus + + + Deutsche Schüler haben in der internationalen Studie „Pisa“, welche die OECD am 4. Dezember in Berlin vorgestellt hat, im internationalen Vergleich schlecht abgeschnitten. In 32 Ländern wurden Schüler im Alter von 15 Jahren in Lesen, Mathematik und den Naturwissenschaften getestet. Die besten Ergebnisse erzielten Schüler aus Finnland, Korea, Kanada und Japan. Deutschland belegt einen Rang zwischen 20 und 25 + + + Debatte über die Krise des Gesundheitswesens. Für das nächste Jahr werden Anhebungen der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung erwartet + + + Der US-Senat blockiert die Teilnahme der USA am internationalen Strafgerichtshof in Rom + + + Arafat lässt den Gründer der Terrororganisation Hamas, Scheich Ahmed Jassin, unter Hausarrest stellen und mehrere mutmaßliche Extremisten festnehmen + + + Scheitern der Verhandlungen

für eine Ampelkoalition in Berlin. SPD und PDS nehmen Koalitionsgespräche auf + + + Europa-Gipfel in Brüssel, viele Tausende Menschen demonstrieren für ein demokratisches und soziales Europa. Bei dem Gipfel wird die Einsetzung einer Reform-Versammlung beschlossen. Dieser Konvent soll vom kommenden Jahr die Vorarbeiten für einen neuen EU-Vertrag leisten. In der Erklärung des Gipfels, wird die Frage gestellt, ob die Union eine Verfassung braucht. Der Konvent soll u.a. über die Direktwahl des Präsidenten der EU-Kommission beraten und Vorschläge für eine Abgrenzung der Kompetenzen zwischen EU und Mitgliedsstaaten vorlegen. Dem Gremium werden auch Vertreter der nationalen Parlamente angehören + + + Veröffentlichung eines Videos, auf dem sich Osama Bin-Laden-Video als Mitverantwortlicher für die Anschläge vom 11. September zu erkennen gibt + + + Israel bricht mit Arafat und startet umfassende Angriffe auf Einrichtungen der palästinensischen Autonomiebehörde. Die Europäische Union bekräftigt, dass sie Arafat weiterhin als ihren legitimen Verhandlungspartner betrachtet + + + Die USA kündigen den Vertrag gegen anti-ballistische Raketen (sog. ABM-Vertrag) + + + Der deutsche Bundestag stimmt für den Atomausstieg

Zur Weltlage nach dem 11. September

Ringen um soziale Erneuerung in geänderter Zeitsituation

SPIRITUELLE HINTERGRÜNDE

Gesichtspunkte und Gedanken im Anschluss an einen Vortrag von Siegfried Woitinas am 7. Dezember im Forum 3, Stuttgart

Christoph Strawe

Schon unmittelbar nach dem 11. September hatte Siegfried Woitinas im vollbesetzten Theatersaal des Forum 3 den Versuch einer spirituellen Aufhellung der Ereignisse unternommen. Am 7. Dezember sprach er wiederum, diesmal ausführlicher, über das Thema, wobei er zugleich eine Lanze für ein verstärktes Engagement für die soziale Dreigliederung brach und dabei auch auf die Initiative Netzwerk hinwies bzw. mich hierzu zu Wort kommen ließ. Woitinas ist einer der wenigen Menschen, die solche esoterischen Zeitbetrachtungen aus einer jahrzehntelangen Beschäftigung mit dem Gegenstand heraus anstellen können. Seine Aussa-

gen sind durch vielfältige Erfahrungen und ein an vielen Stellen bahnbrechendes praktisches Dreigliederungsengagement gedeckt. Für mich selbst, den diese Fragen ebenfalls seit langem beschäftigen, floss der Ertrag dieses Abends mit dem einen oder anderen Gedanken zusammen, der in von Udo Herrmannstorfer und mir zu spirituellen Aspekten der sozialen Frage gehaltenen Seminaren entstanden ist.

Der Titel „Betrachtungen im Anschluss an“ soll hier nur besagen, dass nicht der Anspruch erhoben werden kann, den reichen Inhalt des Vortrages auch nur annähernd vollständig wiederzugeben. Andererseits deutet er auf die ganz freie Form der Darstellung, die dazu führt, dass für die einzelnen Formulierungen, wo diese etwa als unvollkommen erscheinen mögen, ausschließlich ich als der Referent verantwortlich zu machen bin.

Dass eine Betrachtung der spirituellen Hintergründe der Ereignisse des 11. September, ihrer Ursachen

und Folgen, ein Wagnis darstellt, liegt in der Natur der Sache. Dies in aller Kürze zu tun - und damit ein überaus komplexes Geschehen auf einige Grundlinien zu verdichten, bietet zusätzliche Schwierigkeiten und Angriffsflächen für Missverständnisse. Dieses Risiko muss jedoch in Kauf genommen werden, weil die Ereignisse ohne Berücksichtigung ihrer spirituellen Dimension nicht wirklich tief genug verstanden werden können. Ohne ein tieferes Verständnis werden auch die praktischen Antworten auf die Situation unsicher bleiben. Vom Leser wird nicht mehr verlangt, als die Bereitschaft, mit dem verfolgten Ansatz bei der Lektüre wie mit einer Art Arbeitshypothese experimentell umzugehen - und dann eigene Schlussfolgerungen zu ziehen, die nicht präjudiziert werden können und sollen.

Der Mensch zwischen verhärtenden und lockernden Kräften...

In der Zeit des Ersten Weltkriegs hat sich Rudolf Steiner in der Richtung ausgesprochen, dass unsere Zeit den vollsten Einsatz der Persönlichkeit fordere, dass deshalb aber auch der Kampf gegen die Persönlichkeit eine ungeheure Steigerung erfahre. Unsere Zeit erfordere die Ausbildung eines unbestechlichen Tatsachensinns. Die geistigen Mächte, welche gegen den Tatsachensinn ankämpfen und den Menschen zu Illusion, Unwahrheit und Lüge verführen, kann man mit Rudolf Steiner als die luziferischen bezeichnen. Sie bereiten wiederum den Boden für eine andere geistige Macht, die eine Polarität zur ersten darstellt. Man kann sie als die ahrimanische bezeichnen. Es handelt sich um eine Macht, die dem Menschen zu suggerieren versucht, er sei rein materielles Wesen, ein gegenüber der Körperlichkeit selbständiges geistig-seelischer Kern seiner Persönlichkeit sei bloße Illusion. Eine Art Weltenmaschine schwebt den ahrimanischen Geistern vor, die Entwicklung des Menschen führt nach ihren Intentionen zur technischen Beherrschung der Welt, nicht jedoch zur Entwicklung der freien Individualität, welche das Getriebe des Weltenmechanismus nur durch ihre „Unberechenbarkeit“ stört.

Ahriman ist wie verwickelt in die Kräfte des Irdischen und Schweren, Luzifer dagegen will nur das Geistige gelten lassen, ist mit den Kräften der Leichte, der Lüfte, des Himmels verbunden. Die ahrimanische Inspiration lebt in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die luziferische in allem Spirituellen, Künstlerischen und Religiösen, soweit es das Irdische gering achtet und von ihm unberührt im reinen Geiste leben will. So betrachtet sind diese Mächte auch nicht einfach „böse“ in einem platten Sinne, sondern sie spielen eine in gewisser Hinsicht notwendige Rolle in der Weltenentwicklung. „Böse“ werden sie erst durch Überschreitung der Grenzen ihrer legitimen Wirksamkeit, durch die Verabsolutisierung der von ihnen ausgehenden Kraftwirksamkeit und die dadurch hervorgerufene Vereinseitigung des Menschen. Selbst in dieser Funktion bilden sie jedoch noch als „Widersacher“ jenen Widerstand, an dem der Mensch, indem er sich mit ihm aktiv auseinandersetzt, zur wahren verantwortungsvollen Freiheit, die zugleich betätigte Liebe ist, gelangen kann. Diese Freiheit bildet

ein Mittleres zwischen der reinen Willkür luziferischer „Selbstverwirklichung“ und ahrimanischer Anpassung an die „Sachzwänge“ einer Weltenmechanik. Der Mensch wird Mensch, indem er immer wieder neu das Gleichgewicht zwischen den vereinseitigenden Kräfte erringt. Rudolf Steiner stellte die Polarität in seiner „Gruppe“ dar, jener Holzplastik, in welcher der Christus als „Menschheitsrepräsentant“ zwischen Luzifer und Ahriman steht. Der Mensch, welcher sich mit der Christuskraft durchdringt, kann ein dynamisches Gleichgewicht erringen, kann jenen vollsten Einsatz der Persönlichkeit für Welt und Mitmenschen leisten, den unsere Zeit so sehr braucht.

An ihrer Handschrift die Geister erkennen...

Wenn luziferische und ahrimanische Geistigkeit sich auch als Gegensatz und Gegner gegenüberstehen, so sehr arbeiten sie doch auch zusammen. Rudolf Steiner sprach sogar davon, dass dieses Zusammenspiel im Zusammenhang der Jahrtausendwende besonders intensiv werden würde. Und er sprach auch von der Zahl 666 und ihren Wiederholungen - 1332 und 1998 - als Zeiten der besonderen Einflussnahme einer dritten Kraft, der des Tieres aus der Apokalypse, als dessen Zahl dort die 666 benannt wird und das in der Esoterik als der Sorat bezeichnet wird. Wirken die luziferischen und die ahrimanischen Kräfte darauf hin, den Menschen von seiner menschlichen Entwicklung abzulenken, ihn, wenn man so will, zu „verführen“, so wirkt diese dritte Kraft als Vernichtungswille gegen die menschliche Individualität, Zerstörung der Menschlichkeit in ihrem Kern beabsichtigend, was mehr ist, als der Versuch, den Menschen auf Abwege zu führen.¹ Sie will „Ausweglosigkeit“ bewirken und ist darum unmittelbar und direkt Gegenspielerin jenes Wesens, das sich selbst als den Weg, die Wahrheit und das Leben bezeichnen darf: des Christus. Eine Manifestation dieser Kraft war z.B. der Nationalsozialismus, worauf Rudolf Steiner in einem Kurs vor Priestern der Christengemeinschaft über die Apokalypse hinweist, indem er auf das damals noch in der Zukunft liegende Jahr 1933 als Jahr des Aufsteigens des Tieres aus dem Abgrund hinweist.

So wie mancher Kriminologe in der Untersuchung der Tat die „Handschrift“ eines bestimmten Täters oder Tätertyps zu erkennen vermag, so kann man versuchen, in den Ereignissen der Zeit, die Handschrift dieser geistigen Mächte zu erkennen, ihre Inspirationen zu diesen oder jenen Handlungen. Wir entdecken die genannte Polarität in den gegenwärtigen Ereignissen in einer bestimmten Weise wieder in der Konfrontation zweier Fundamentalismen: die materialistische Religion der Beherrschung der äußeren Welt, die sich ihr reales Symbol in den beiden Zwillingstürmen des World Trade Center geschaffen hat, und dem spirituell-religiösen Fanatismus der Gotteskrieger, die in jener materiellen Kultur nur den großen Satan zu sehen vermögen, den es zu vernichten gelte, und denen das eigene Leben gegenüber dem Geist, dem sie zu dienen glauben, nichts gilt. Glauben sie selber ins Paradies einzugehen, so hängen die Anhänger der anderen Religion an ihrem Leben, weil sie sich ein anderes als ein irdisches Paradies eigentlich nicht vorzustellen vermögen, weil sie in der

äußeren Tätigkeit so aufgehen, dass sie deren Ende nur als das Ende schlechthin erleben können. Mit dieser Bemerkung wird der verbrecherische genozidale Anschlag vom 11. September in nichts, aber auch gar nichts gerechtfertigt. Sie kann aber einen Schlüssel zum Verständnis jenes Hasses auf Amerika liefern, von dem weitsichtige Amerikaner wie Norman Mailer nach den Ereignissen gesprochen haben. Wenn das Aussprechen bestimmter Wahrheiten über die heutige Weltlage „Anti-amerikanismus“ sein soll, dann darf man den Vorwurf eines solchen Antiamerikanismus nicht scheuen.

Die Erde als Organismus - Westen, Osten, Mitte

Die skizzierte Polarität zeigt sich auch in der Gestaltung der Erde, die wiederum in die Psychologie der Völker hineinspielt. Die Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, ist eben nicht die gleichmacherische Unterschiedslosigkeit, sondern die gleiche Unverzichtbarkeit der Rolle, die individuelle Potenziale im Ganzen der Menschheit spielen. Was für die Einzelnen gilt, gilt auch für die Völker: dass sie einander brauchen, gerade weil sie verschieden sind.

Beginnt man die Erde als ein Lebewesen zu empfinden, dann bemerkt man die Differenzierung in ihrer Gestaltung, dasjenige, was eine alte Weisheit als das Weltenkreuz von Nord und Süd, Ost und West bezeichnet hat. Im Osten entspricht das Befeuernde und Lebenspendende des Sonnenlaufs einer Veranlagung der Völker für das Himmlisch-Spirituelle, im Westen dominieren die Formkräfte² und mit ihnen die Begabung für die Beherrschung des Irdischen. Dieses Bild differenziert sich noch, wenn man eine zeitliche Betrachtung einbezieht und auf die Kulturentwicklung blickt. Man gewahrt dann eine solche Polarität wie das Erleben der physischen Welt als Maja im alten Indien, das der geistigen im heutigen Westen.³ Wobei zugleich sichtbar wird, wie das Erwachen des Ichbewusstseins an das Verlassen der einen und das Erringen der anderen Bewusstseinsverfassung gebunden ist, zugleich aber, wie dieses Ichbewusstsein in die Erstarrung führen müsste, wenn nicht auf neue Weise ein Verhältnis zum Geistigen entstehen könnte. Das Bild differenziert sich noch weiter, wenn man bedenkt, dass eben die neuere Entwicklung mit der Herausbildung jenes Ich-Bewusstseins das Verhältnis des Einzelnen zu seinem sozialen und geografischen Umfeld verändert und wie auf der anderen Seite die Globalisierung heute zu einer Verwischung bisheriger Begrenzungen führt. So finden wir heute „Ostmenschen“ im Westen und „Westmenschen“ im Osten. So hat die westliche Technik auch im Osten ihren Einzug gehalten und spirituelle Lehren des Ostens haben im Westen eine Neubelebung erfahren.

Die Neuzeit und besonders die neueste Zeit mit der Weltraumfahrt hat erst ein Bewusstsein der Erde als Globus gebracht, als „blauer Planet“, den die Astronauten erblicken. Solange die Suggestion wirkt, die Welt sei eine Art Maschine, solange muss das „Globus-Bewusstsein“ auch die Herrschaftsgier globalisieren: Man will sich die Erde, ja Teile des Kosmos, untertan machen. Diese Beherrschungsgier wirkt - neben der Neugier der For-

scher - als Antrieb z.B. in der Weltraumfahrt. Bei diesen Entwicklungen ist das angelsächsisch-amerikanische Element die treibende Kraft. Man kann darin auch das verfrühte und damit höchst problematische Erscheinen einer Begabung sehen, die Rudolf Steiner dem amerikanischen Volke als eine spirituell-kosmogonische zuspricht, die nach vielen Jahrhunderten zur Ausbildung kommen und das Begreifen der Geistigkeit des ganzen Weltalls ermöglichen werde.

Die genannte Verfrühung kann auch als eine Art Missbrauch dieser Kräfte betrachtet werden. Diese teilen sich aus dem Geistigen des westlichen Erdenraums den Bewohnern des amerikanischen Kontinents mit - sensible Europäer haben immer wieder diese ganz andere, weite und weitende Atmosphäre Amerikas gegenüber dem alten Kontinent bemerkt. Wer die Reden der führenden Politiker, voran des Präsidenten, nach den Anschlägen gehört hat, musste sich in der Tat fragen, woher jener einerseits bewunderungswürdige Selbstbehauptungswille stammt, der andererseits so problematisch ist, weil er keinerlei Trübung durch Selbstkritik erlaubt und damit ein die Differenzierungen in der übrigen Menschheit gewaltsam einebnendes und damit Hass provozierendes Sendungsbewusstsein immer neu erzeugt. Es ist das Erlebnis, von Gott selbst zur Schaffung einer neuen Weltordnung, notfalls unter Einsatz von Gewalt, beauftragt zu sein. Das mag z.B. auch den Mangel an Skrupeln beim Ersteinsatz der Atombombe in Hiroshima und Nagasaki erklären. Das besagte Sendungsbewusstsein führt wiederum dazu, dass sich das andere Amerika, das ja zweifelsohne vorhanden ist und eigentlich die wahre Mission des Amerikanertums verkörpert, gegenwärtig so schwer gegen die veröffentlichte Meinung zum Ausdruck bringen kann - man lese hierzu auch den Artikel von Paul H. Ray in dieser Nummer.

Anglo-amerikanisches Hegemoniestreben

Man sage nicht, die Berufung auf Gott widerspreche der These vom konstitutionellen Materialismus des gegenwärtigen Amerika. Der Gott, von dem hier die Rede ist, ist ein Gott der der Erde zugewandten Vernunft. In den beiden Türmen des World Trade Center waren die Säule der Macht und die der Weisheit, Jachim und Boas, Architektur geworden, aus einer Abart des Freimaurertums heraus, welches einen neuen Tempelbau der Menschheit im Sinne eines Kultus der irdischen Vernunft anstrebt. So betrachtet war das Ziel der Anschläge mit teuflischer Genialität gewählt. Die Selbstmordattentäter, in deren Fanatismus ein ungezügelttes Feuerelement lodert, lassen Flugzeuge, Vergegenständlichungen technischer Intelligenz in den Tempel des neuen materialistischen Jerusalem einschlagen, um dem Geist, dem die dort arbeitenden Menschen durch die Art ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung dienen, die Grenzen zu zeigen - nicht gewahr werdend, dass sie selber diesem Geist nur einen Durchlass schaffen, sich weiter der ganzen Welt zu bemächtigen. Denn die Folge der Anschläge ist die Mobilisierung der gewaltigen Militärmaschine, die Einbeziehung weiterer Teile der Erde in die geopolitische Einflussosphäre des

Amerikanertums. - Der mit den Anschlägen prahlende Bin Laden auf dem schließlich veröffentlichten Video macht so gesehen eine unfreiwillig clownesken Eindruck. - Wir sprechen hier nicht von einer „Verschwörung“, wie sie in immer neuen phantastischen Varianten auf den entsprechenden Internet-Seiten präsentiert wird - Seiten, die ein Tummelplatz luziferischer Tatsachenverdrehung sind.⁴ Nein, auf dem physischen Plan sind die Ereignisse vom 11. September durch die Bewusstseinslücken der Verantwortlichen, vorab der Angehörigen der bis auf die Knochen blamierten westlichen Geheimdienste, charakterisiert. Gerade dieser Schlafzustand ermöglichte das Wirksamwerden einer Handschrift, die höhere und bösartigere Intelligenz verrät, als sie sogenannte Verschwörer aufzubringen in der Lage sein dürfen.

Damit soll nicht gesagt sein, dass es nicht Schaltzentralen amerikanischer Politik gibt, in denen ein kleiner Kreis von Insidern entscheidende Fäden zieht. Als ein solcher Kreise ist immer wieder berechtigterweise das sogenannte Council on Foreign Relations (CFR) genannt worden, in dem u. a. ehemalige Sicherheitsberater wie Kissinger und Brzezinski eine wichtige Rolle spielen.⁵ Die nach den Anschlägen ohne jedes Zögern gegebene Versicherung „bedingungsloser Solidarität“ durch deutsche Spitzenpolitiker mag damit zu erklären sein, dass diese in Überlegungen, die in diesen Kreisen angestellt werden, eingeweiht waren. Bundesaußenminister Fischer hatte vor dem Council bereits am 5.11.99 eine Rede gehalten, die die engen Bindungen des wiedervereinigten Deutschlands an die USA betonte.⁶

Wenn aus solchen Kreisen verlautbart, man habe es mit einem langen, möglicherweise hundertjährigen Krieg zu tun, dann muss man das sehr ernst nehmen. Es geht um nicht weniger als um die Festigung des amerikanischen Einflusses überall in der Welt. Dabei denkt man nicht nur an Eingriffe in sogenannten „Schurkenstaaten“, von denen man im übrigen immer mehr ausfindig gemacht hat, sondern auch an amerikanische Spezialeinheiten, die in verbündeten Ländern „Hilfe“ bei der Terrorismusbekämpfung leisten. Die einseitige Kündigung des ABM-Abrüstungsvertrages und die gegenwärtige Handlungsweise im Nahost-Konflikt lassen für die Zukunft wenig Gutes erwarten. Dabei wird man auch versuchen, supranationale Institutionen in die eigenen Strategie mit einzubeziehen. Die amerikanische Politik ist - soweit sie nicht isolationistischen Tendenzen Raum gegeben hat, was heute eher als ein überwundener Standpunkt gelten muss - immer auf die Schaffung solcher Institutionen gerichtet gewesen, die bei der Errichtung der neuen Weltordnung eine Rolle spielen sollen. Man nutzt diese Institutionen aber jeweils nur solange aus, als sie eigenen Interessen dienen: siehe die Beitragsschulden gegenüber der UNO, die Ablehnung der Teilnahme an einem Internationalen Gerichtshof usw.

Die Frage nach der Mitte

Rudolf Steiner sprach von einem kommenden Geisteskampf zwischen Ost und West. Er sah voraus, dass ohne die Entwicklung einer weltgeschichtlichen Vermittlung

zwischen Ost und West, Materiellem und Spirituellem, es zu einer Art Kurzschluss zwischen den östlichen und den westlichen Tendenzen kommen müsse. Diese Vermittlungsrolle schien man zu Rudolf Steiners Zeiten geografisch-politisch in Europa festmachen zu können - speziell in Mitteleuropa, denn in Europa selbst drückt sich das Weltenkreuz noch einmal in einer Ost-West und Nord-Süd-Differenzierung aus.⁷ Die Verwirklichung der Dreigliederung des sozialen Organismus zunächst in Mitteleuropa hätte als Heilfaktor auf die Welt ausgestrahlt und den Kurzschluss vermeiden helfen. Umgekehrt hat die Tendenz der anglo-amerikanischen Politik, die Brückenfunktion der Mitte auszuschalten, um sozusagen unmittelbar als Lehrmeister des Ostens, z.B. auch des slawischen Ostens, aufzutreten, einen solchen Kurzschluss begünstigt.⁸ Durch die Realisierung eines selbstverwalteten Geisteslebens wäre sichtbar geworden, dass Freiheit mehr ist als die Willkür einer Ego- und Spaßgesellschaft, welche auf dem Genuss der materiellen Güter des Planeten beruht und welche in anderen benachteiligten Regionen der Welt nur Abscheu hervorruft. Aus diesem Abscheu heraus entsteht dann die Forderung nach Rückkehr in die Unfreiheit einer theokratischen, von starren Geboten durchzogenen Gesellschaft.

Rudolf Steiner war alles andere als ein „Anti-amerikaner“. In der führenden Rolle des angloamerikanischen Elements sah er eine bestimmte historische Logik und Notwendigkeit. Insofern sind seine kritischen Bemerkungen über Hintergründe und Hintermänner der Weltpolitik das Gegenteil von Verschwörungstheorie. Vielmehr sind sie immer wieder Appell an die Tatkraft der Mitteleuropäer, ihre eigenen Rolle in der Welt so wahrzunehmen, dass dadurch jener „Kurzschluss“ vermieden werden könnte, von dem eben die Rede war. Es ging ihm darum, dass Mitteleuropa sich an weitsichtigen politischen Konzepten orientieren möge, statt eine engstirnige und selbstzerstörerische Politik des Durchwurstelns zu betreiben. Steiner sah es als Tragik an, dass das Streben nach sozialer Gestaltung der Weltanliegenheiten in der damaligen Arbeiterbewegung mit einer Ablehnung des Geistigen einherging. Die bis heute noch nicht überwundene Vorstellung, dass materieller Wohlstand, verbunden mit Mehrheitsdemokratie und der Abwesenheit von Krieg schon alle sozialen Probleme lösen werde, erschien ihm illusorisch. Gegen Wilsons 14-Punkte-Plan wandte er sich deshalb mit großer Vehemenz, weil er hinter den wohlklingenden Worten von Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Nationen krude ökonomische und politische Interessen vermutete. Diese Politik musste seiner Auffassung nach zur Unterjochung Europas und des Ostens führen. Sie musste eine zeitnotwendige dreigliedrige Demokratie verhindern: eine gesellschaftliche Struktur, die auf die Selbstgestaltungs- und Selbstverwaltungskräfte der einzelnen Menschen setzt und welche Freiheit der Kultur, ein lebendiges Rechtsleben und eine kooperativ-geschwisterlich organisierte globale Wirtschaft verwirklicht. Das freie Geistesleben in einem solchen gesellschaftlichen Gefüge hätte zugleich die Offenheit für spirituelle Impulse gefördert.

Von Amerika ging die heutige Form der Globalisierung aus, die mit gnadenloser Konkurrenz und der Verselbständigung der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft verbunden ist. Eine Globalisierung, die heute mit der WTO-Entwicklung und dem GATS- und TRIPS-Abkommen sich anschickt, alle Felder menschlicher Tätigkeit in Felder des privaten Gewinnstrebens zu verwandeln und damit die wahren Quellen menschlicher Tätigkeit, die Arbeit aus Freude an der Verantwortung für die Mitmenschen, zu verschütten. Das ist ein Teil jenes Kampfes gegen die Individualität, von dem eingangs die Rede war. Genauso ist ein Teil dieses Kampfes die Vernebelung des notwendigen Tatsachensinns durch große Teile der ebenfalls kommerziell ausgerichteten Massenmedien.

Das Jahr einer immensen Beschleunigung des Börsenfiebers, der Herausbildung einer nur am Shareholder-Value orientierten Ökonomie, ist 1998 - 3mal 666. Bedeutet dies, dass nicht nur Luziferisches und Ahrimanisches sich in der gegenwärtigen Weltkonstellation abprägen, sondern dass ihr Zusammenwirken zugleich Raum schafft für eine Kraft, deren Vernichtungswille gegenüber dem Menschlichen grenzenlos ist? Ist das Antlitz Ahrimans, das manche Betrachter als „Gesicht im Rauch“ des einstürzenden Turmes des World Trade Center zu erblicken glaubten - von einem Fotografen wurde es festgehalten -, zugleich die Maske, hinter der sich diese Kraft gleichzeitig verbirgt und offenbart?

Soziale Erneuerung

Wie immer man dies sehen mag: Deutlich ist die Botschaft, welche in den Ereignissen des 11. Septembers und den darauf folgenden wie in einer Bilderschrift entziffert werden kann: dass nämlich die Vorgeschichte des 11. September durch die ungelösten sozialen Fragen gebildet wird, die sich uns heute stellen, und dass die Antwort in verstärkten Bemühungen zur sozialen Erneuerung bestehen muss, einer Erneuerung, die wiederum nur auf einem wirklichen Menschenverständnis beruhen kann und deshalb spirituelle Fragen nicht ausklammern darf. Heute erscheint die Mitte als geografisch-politische Kategorie wie ausgelöscht zu sein. Bestand 1989 die - vorläufig jedenfalls - letzte Chance auf politisch-soziale Impulse Mitteleuropas als Gebiet der Erde? Ob im Rahmen des Vereinten Europa eine Entwicklung hin auf eine Mitteleuropa möglich ist, muss unsicher erscheinen, so sehr der Versuch, im Zusammenhang mit dem europäischen Verfassungsprozess Elementen von Dreigliederung Geltung zu verschaffen, alle Bemühungen wert ist. Die Kraft der Mitte zu mobilisieren, heißt in jedem Fall heute, die konzeptionellen Bausteine für eine neue, Freiheit und Solidarität auf der Basis der Menschenrechte vermittelnden Politik, Kultur und Wirtschaftsgestaltung zusammenzutragen und zur gleichen Zeit weltweit die Menschen zusammenzuführen und miteinander ins Gespräch zu bringen, die willens und in der Lage sind, mit solchen Bausteinen zukünftige Gesellschaftsarchitekturen in die Realität umzusetzen. Zu diesen Menschen gehören viele Amerikaner, gehören aber auch viele Menschen islamischen Glaubens. Jedes Volk, jede Gruppe, jeder einzelne Mensch hat einen Doppel-

gänger, einen Schatten, mit dem er sich auseinandersetzen muss. Menschlichkeit besteht nicht zuletzt darin, das Gegenüber nicht mit seinem Schatten zu identifizieren: Amerika und der hegemoniale und wirtschafts-imperialistische Amerikanismus sind genauso wenig gleichzusetzen wie Islam und fanatisierter Islamismus.

1 Diese Charakteristik des Soratischen entspringt der Rezeption eines Vortrags, den Udo Herrmannstorfer Anfang November bei einem Seminar in Frankfurt zum Thema „Christ und Antichrist“ gehalten hat.

2 Eine solche „Äthergeografie“ kann hier nur angedeutet werden. Sie auch nur in Umrissen zu skizzieren übersteigt den möglichen Umfang dieses Textes.

3 Die Ureinwohner Amerikas besaßen selbstverständlich eine hohe Geistigkeit, bei ihnen findet man aber eben eine besondere Begabung zur Erkenntnis der Spiegelung der geistigen Kräfte im Irdischen.

4 Man gebe das Wort „Verschwörung“ oder „Conspiracy“ in eine Suchmaschine ein, und man wird sein blaues Wunder erleben. Eine besondere „Perle“: <http://www.davidicke.com>.

5 Es wäre übrigens auch ganz falsch, solche Insiderkreise als homogene Gruppen vorzustellen. Eine kritische Darstellung könnte an vielen Stellen, zuletzt z.B. beim Kosovo-Krieg, nachweisen, dass es unter den sogenannten Insidern immer wieder Differenzen über strategische und taktische Linien der Politik gibt, zugegebenermaßen im Rahmen amerikanischer Hegemonievorstellungen. Wenn von Insidern die Rede ist, heißt das auch nicht, dass es sich um Geheimbündelei handeln muss. Über viele Aspekte der Arbeit des CFR kann man sich auf seinen Internetseiten unter www.cfr.org jederzeit unterrichten. Es handelt sich, soviel steht fest, um einen höchst einflussreichen „Think Tank“ (eine „Denkfabrik“) der amerikanischen Politik. Eine aufschlussreiche Untersuchung der Tätigkeit des CFR lieferte bereits 1975 Wilhelm Bittorf in der Nr. 50 der Zeitschrift „Der Spiegel“ unter dem bezeichnenden Titel „Ein Politbüro für den Kapitalismus?“ Zur US-Politik allgemein vgl. Karlheinz Deschner, Der Moloch. „Sprecht sanft und tragt immer einen Knüppel bei euch!“ Eine kritische Geschichte der USA. Taschenbuchausgabe, München 1994.

6 <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/1999/r991105a.pdf>

7 Dabei hat England eine besondere Beziehung zu Amerika, die es gerechtfertigt erscheinen lässt, vom „Anglo-Amerikanismus“ zu sprechen.

8 Vgl. Renate Riembeck, Mitteleuropa - Bilanz eines Jahrhunderts, 4. Aufl. Potsdam 1990.

KRIEGSGESCHREI VERDECKT DIE ROLLE DER USA IM GLOBALEM TERRORISMUS

*Nicanor Perlas**

Die Erstveröffentlichung dieses Artikels erfolgte am 19. September, wenige Tage nach den Anschlägen. Durch die Entwicklung seither hat er an Aktualität jedoch eher noch gewonnen.

Ohne Vorwarnung führten Terroristen einen Schlag gegen die Symbole der politischen und ökonomischen Macht der USA: das World Trade Center und das Pentagon. Nach Schätzungen der US-Behörden forderte der Anschlag etwa 5000 Todesopfer. Zusammen mit der Welt beklagen wir die Zerstörung menschlichen Lebens und

* Nicanor Perlas ist Präsident des Zentrums für alternative Entwicklungsinitiativen (CADI), einer Organisation der philippinischen Zivilgesellschaft, und Autor des Buches: Die Globalisierung gestalten: Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung. Deutsche Ausgabe Info3 Verlag Frankfurt/M 2000. Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht auf den Internet-Seiten von GlobeNet3 (http://www.globenet3.org/Article_3_war_cry.htm).

verurteilen die Terrorakte. Die Bilder der Menschen, die aus den oberen Stockwerken des World Trade Center in den Tod springen, und andere dramatische Bilder des gewaltsamen Todes verfolgen uns.

Während wir trauern, sind wir zugleich dabei, selbst zu Betroffenen zu werden. Die USA, in den Worten Präsident Bushs, mobilisieren für den „Ersten Krieg des 21. Jahrhunderts“. Und sie werden dabei von den meisten Staatsoberhäuptern unterstützt. Ja, die Gerechtigkeit muss ihren Lauf nehmen. Ja, die Terroristen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Aber es wächst der Sinn dafür, dass dies nicht bedeuten darf, die Welt in einen Krieg zu verwickeln und sie zum Opfer eines Teufelskreises der eskalierenden Gewalt zu machen.

Die Geschichte belehrt uns. Gewalt erzeugt Gewalt und schlimmere Gewalt. Wie wollen die USA im gegenwärtigen Fall Gegenschläge der Opfer ihres „ersten Krieges im 21. Jahrhundert“ verhindern? Ein „Star-wars“-Verteidigungssystem wird völlig nutzlos sein gegen biologische Waffen, die durch Genmanipulation geschaffen und gegen ausgesuchte US-Ziele eingesetzt werden. Und was ist mit raffinierten Angriffen auf US-Atomkraftwerke? Oder die chemische Vergiftung der Trinkwasserversorgung? Oder Gift in der Nahrungskette? Terroristische Bombardements werden Bösem zur Inkarnation verhelfen. Eine Politik der verbrannten Erde wird nur die Inkarnation größeren Unheils auf der Welt beschleunigen.

Bush hat verkündet, dass er nicht unterscheiden werde zwischen Terroristen und Ländern, die sie beherbergen. Aber man kann Fragen stellen. Haben die Kinder und die Bewohner dieser Länder wirklich die Entscheidung getroffen, Terroristen zu beherbergen? Ein Afghane, Tamin Ansary, benennt die Sinnlosigkeit und das Zerstörerische dieser blinden, wütenden Bekämpfung des Terrorismus: „Lasst die Afghanen leiden? Sie leiden bereits. Machen Sie ihre Häuser dem Erdboden gleich? Das ist schon geschehen. Legen Sie ihre Schulen in Schutt und Asche? Schon erledigt. Machen Sie ihre Krankenhäuser kaputt? Erledigt. Zerstören Sie ihre Infrastruktur? Schneidet Sie von aller medizinischen Versorgung ab? Zu spät. Jemand hat dies alles bereits getan... [...] Eigentlich würde man dadurch nur gemeinsame Sache mit den Taliban machen - indem man noch einmal das Volk vergewaltigt, das von ihnen die ganze Zeit vergewaltigt wurde.“

Chris Buckley, „Program-Officer“ der „Christlichen Hilfsorganisation für Afghanistan“, teilt ähnliche Empfindungen: „Das reale Afghanistan ist ein Land, in dem 85 Prozent der Bevölkerung Kleinbauern sind. Die meisten Afghanen haben keine Zeitung, Fernseher oder Radios. Sie haben nichts vom World Trade Center oder vom Pentagon gehört, und die meisten haben keinen Schimmer davon, dass eine Gruppe Fanatiker diese Ikonen der westlichen Zivilisation angegriffen hat. Es gibt nicht einmal ein funktionierendes Postwesen.“

„Jetzt, in diesen isolierten Dörfern, sind Familien bei ihren letzten paar Wochen mit Nahrung angelangt und schon sterben Männer, Frauen und Kinder in den wach-

senden Flüchtlingslagern an Cholera und Unterernährung. Ich habe mit Waisenkindern mit geschwollenen Bäuchen gesprochen. Ich habe mit Männern gesprochen, die kein Geld hatten, um LKWs zu mieten, um der Dürre zu entgehen und zu den Lagern zu kommen. Ich habe mit Familien gesprochen, die gesagt haben, dass sie in ihren Dörfern auf den Tod warten.“

Einseitige Berichte sind nicht hilfreich in der gegenwärtigen Situation. Sie glorifizieren Halbwahrheiten und ermutigen dadurch zu Aktionen, die auf Illusionen basieren. Die USA wollen den globalen Krieg gegen den Terrorismus führen. Aber sind sie dazu moralisch berechtigt?

Die US-Politik hat Terroristengruppen geschaffen, was einen de-facto-Terrorismus gegen Hunderte und Tausende unschuldiger Leben zum Resultat gehabt hat. Die CIA bildete Osama bin Laden und andere Terroristen aus, im Dienste ihrer Interessen gegen die UdSSR im Afghanistan-Krieg. In diesem Prozess ließ das US-Militär den Dschihad oder „Heiligen Krieg“ wieder aufleben, ein Konzept, das zuletzt im 10. Jahrhundert benutzt worden war. Wenn Sie das Wort Dschihad im Krieg der Mindanao-Freischärler auf den Philippinen hören, dann danken Sie den US-Militärstrategen dafür, dass sie den terroristischen Kidnappern eine moralische Legitimation verschafft haben.

Um Bin Laden zu schlagen, nachdem er sich gegen die US-Interessen gewandt hatte, bombardierten die USA eine „Chemiewaffenfabrik“ im Sudan - und zerstörten damit in Wahrheit 50 Prozent der pharmazeutischen Industrie des Landes. Zehntausende armer Leute im Sudan starben wegen des Mangels an Medikamenten. Die USA blockierten sogar eine UNO-Untersuchung ihres Terrorismus gegen die Sudanesen. Dies sind terroristische Akte der USA, wir bekommen jedoch kaum etwas von ihnen zu hören, geschweige denn, dass wir den Tod Tausender sudanesischer Kinder und ihrer Eltern betrauern. Ist unser Herzensleid reserviert für Menschen mit einer besonderen Hautfarbe und einer besonderen sozialen Stellung in der Welt?

Die USA betonen das nahe Verhältnis zwischen den Taliban und Bin Laden. Aber die Taliban sind das Produkt jener von den USA und Großbritannien unterstützten Heiligen Krieger, die einst dafür gepriesen wurden, dass sie die UdSSR gestoppt haben. Es gibt noch eine andere seltsame Verbindung der Taliban mit der verborgenen militärischen und ökonomischen Politik der USA. Die Militärregierung des Generals Musharaf, des selbsternannten Präsidenten von Pakistan, beschützt die Taliban. Aber das pakistanische Militär hat lange von der finanziellen und technischen Unterstützung des Pentagons und des State Department profitiert - dem gleichen State Department, dass jetzt unter dem Eindruck des feindlichen Angriffs zum globalen Krieg gegen den Terrorismus treibt.

Halbwahrheiten peitschen auch die Emotionen hoch. Unausgewogene Berichte schüren Spaltung und Hass gegenüber unschuldigen Moslems und denjenigen, die „arabisch aussehen“. In den USA werden pakistanische

Taxifahrer erstochen. Lebensmittelhändler aus dem mittleren Osten werden gezwungen, ihr Geschäft zu schließen. Moscheen werden beschossen und mit Blut besudelt. Die Ironie der Geschichte liegt darin, dass die CIA häufig Moscheen als Rekrutierungsstätten für Muslimkrieger in ihrem heimlichen Krieg mit den Russen in Afghanistan benutzte.

Oberflächliche Medien-Berichterstattung ermutigt auch engstirnige, materialistische Antworten auf die Tragödie. Ein Trauma, besonders ein nationales, erfordert eine sensible Behandlung. Es muss einen eingehenden, nüchternen, objektiven Prozess der Einschätzung der Wurzeln des globalen Terrorismus und der Entwicklung einer passenden Antwort darauf geben. Ohne den Terrorangriff irgendwie zu rechtfertigen, können wir die folgenden Fragen stellen:

Ernten die USA die politischen Früchte eines Terrorismus, den sie selbst gesät haben? Woher kommt der tiefe Hass gegen die USA? Wird der normale US-Bürger wach werden für die globalen Auswirkungen der US-Politik, einer Politik, die von einer kleinen Gruppe Mächtiger fabriziert wird? Ist die US-Wirtschaftspolitik, welche einseitig Konkurrenz und Profit verherrlicht und über eine gerechte menschliche Entwicklung stellt, mit dem Resultat massiver Armut in der Welt, eine *de facto* terroristische Politik?

Wenn die gegenwärtige Hysterie, der Schrei nach blutiger Rache, andauert, und die Medien fortfahren, die Flammen des Hasses zu schüren, dann haben wir in der Welt nur mehr Böses, mehr Gewalt und Verwüstung zu erwarten.

Auf der individuellen Ebene ist die Menschheit gezwungen worden, eine Schwelle zu überschreiten. Das Sicherheitsgefühl ist dahin. Freunde aus den USA schreiben mir: Sie fühlen sich nicht mehr sicher. Sie verbinden sich jetzt mit anderen, überall, die wissen, dass physische Sicherheit in der heutigen Welt eine Illusion ist.

Diese Situation zwingt uns alle, neu zu bewerten, wo unsere Herzen sind. Legen wir unser ganzes Vertrauen in die physische Sicherheit? Oder müssen wir jetzt lernen, mit der Unsicherheit zu leben und mit dem sie begleitenden Gefühl von Heimatlosigkeit, um für unseren Geist zu erwachen, um dadurch die Leere zu erfüllen, die nicht mehr mit materialistischer Selbstsicherheit gefüllt werden kann? Und welche Möglichkeiten einer neuen Weltpolitik tauchen auf, wenn wir lernen, die gegenwärtige Tragödie aus der Perspektive aktiver Gewaltfreiheit anzusehen?

Es gibt einen Hoffnungsschimmer in der düsteren Lage. Organisationen der globalen Zivilgesellschaft, einschließlich solcher in den USA, beginnen, ein anderes, ausgewogenes Bild der Situation zu vermitteln. Als die unabhängige kulturelle Kraft in ihren Gesellschaften, beginnen sie, der einseitigen politischen und ökonomischen Berichterstattung zu widersprechen, und stellen alternative Analysen und Aktionen auf die Beine. Sie bringen in die Diskussion auch jene seelische Qualität ein, die nötig ist, um das globale Trauma zu bewältigen.

Der Terrorangriff in den USA ist tragisch und erfordert eine angemessene Antwort. Aber eine irrationale, selbstgerechte Kriegspolitik, begleitet vom Eindringen in die Privatsphäre und der möglichen Wiedergeburt von Tendenzen zum totalitären Staat, wäre eine noch größere Tragödie. Sie würde die Menschlichkeit und mit ihr Regierungsführer, die blindlings der US-Kriegspolitik folgen, in den Abgrund ziehen.

Übersetzt aus dem Englischen von Christoph Strawe

EIN INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF MUSS TERRORISTEN ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

Christoph Strawe

Es gibt die Geschichte von dem König und dem gefangenen Seeräuber, welcher stolz erklärte: Du tust das Gleiche im großen Maßstab, was ich im Kleinen tue: Du eroberst fremdes Gut. Weil Du König bist, giltst Du für einen großen Helden, ich dagegen werde als Seeräuber verachtet und bestraft. In der Tat: es war ein langer Weg bis zur Einsicht, dass Kriminalität und Terrorismus ein- und dasselbe sind, ob sie von einzelnen oder von Staaten ausgeübt werden. Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des totalitären Staatsterrorismus. In seinem Gefolge entstand ein neues Paradigma des Rechtsbewusstseins: dass nämlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden sind, auch wenn diese Ahndung Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten bedeutet. Insofern war das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, auch wenn Verbrechen des Stalinismus von ihm natürlich nicht bearbeitet werden konnten, der Einstieg in einen Fortschritt des weltweiten Rechtsbewusstseins. Menschenrecht vor Staatenrecht heißt die Botschaft. Die Staatsgewalt ist kein Selbstzweck, sondern sie ist zum Schutz von Freiheit, Recht und Gerechtigkeit da. Diesen Schutz kann der Staat nur gewährleisten, wenn er über entsprechende Instrumente zur wirksamen Bekämpfung von Kriminalität, Gewalt und Terrorismus verfügt. „Ohne Sicherheit keine Freiheit“ (Wilhelm von Humboldt).

Es gibt eine ganze Reihe von Schritten, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in dieser Richtung gegangen wurden. Ein solcher Schritt war die Schaffung eines Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, das vom UNO-Sicherheitsrat als Reaktion auf die kriegerischen Ereignisse in Jugoslawien eingesetzt wurde und vor dem sich gegenwärtig unter anderen der serbische Ex-Präsident Milosevic zu verantworten hat. Ein weiterer sehr wichtiger Schritt war die Verabschiedung eines Statuts über einen Ständigen Internationalen Strafgerichtshof am 17. Juli 1998 in Rom. Dieses Statut wurde bislang von 47 Staaten ratifiziert, darunter Großbritannien, die Niederlande und Deutschland. Der Gerichtshof nimmt sei-

ne Arbeit nach Hinterlegung der 60. Ratifikationsurkunde beim UN-Generalsekretär auf. Er ist jedoch kein Organ der UNO, sondern eigenständig. Der Gerichtshof soll für die Beurteilung besonders schwerer Verbrechen zuständig sein: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Er soll jedoch nur dann tätig werden, wenn die zuständigen nationalen Behörden nicht willens oder in der Lage sind, derartige Verbrechen wirksam zu verfolgen und zu ahnen.

Nun habe das 21. Jahrhundert begonnen, wurde nach den Anschlägen von New York gesagt. Erhard Eppler sprach über die neue Tendenz zur Privatisierung der Gewalt. In der Tat, so sehr der Staatsterror gegen Menschen immer noch in vielen Teilen der Welt ein Problem darstellt - so sind doch auch im Rahmen der Staatsgrenzen sprengenden Globalisierungsentwicklung neue Formen von Gewalt entstanden. Gegen diese Gewalt der global sich organisierenden Kartelle der Kriminalität und des sich global vernetzenden Terrorismus, aber auch gegen die Missachtung des Rechts durch global operierende Wirtschaftsakteure - also die tendenziell gewalttätige Sozialbindungslosigkeit des Kapitals - haben sich die bisherigen Instrumente rechtsstaatlicher Gewaltbekämpfung als stumpf erwiesen. Was folgt aus dieser Tatsache? Vernünftigerweise doch, dass solche Instrumente schleunigst entwickelt werden müssen, damit im globalen Maßstab weder die privatisierte Gewalt regieren kann, noch gegen diese Gewalt eine Art globales Faustrecht entsteht, durch welches mächtige Regierungen nach Gutdünken und ohne rechtliche Legitimation und rechtliche Verfahrensweisen Vergeltung üben, was nur zu leicht in den Zirkel Gewalt-Gegengewalt führt.

Was hätte also näher gelegen, als im Rahmen der proklamierten internationalen Koalition gegen den Terrorismus auf einen beschleunigten Beitritt weiterer Staaten zu drängen, um dem Römischen Gerichtshof zu ermöglichen, möglichst bald seine Arbeit aufzunehmen?

Dies wird von maßgeblichen Teilen der Zivilgesellschaft gefordert. Beispielhaft sei hier eine Presseerklärung der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ vom 14. September 2001 zitiert, in der es heißt: „Wir appellieren dringend an die internationale Gemeinschaft, schnellstens alle Maßnahmen für die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) zu treffen. Wir trauern um die Opfer der unvorstellbaren Terroranschläge in New York und Washington. Sie waren unterschiedslos gegen die amerikanische Bevölkerung gerichtet und hatten deshalb laut UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes genozidale Ausmaße. Wir befürchten, dass bei zukünftigen terroristischen Schlägen atomare Sprengköpfe verwendet werden könnten. Sie könnten auch Atomkraftwerke zum Ziel haben. Da sich dieser Terrorismus gegen die Weltgemeinschaft richtet, müssen die Täter von einem internationalen Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.“

Wir erinnern daran, dass im 20. Jahrhundert - nicht zuletzt in und nach den beiden Weltkriegen - viele Vergeltungsakte Millionen neuer Opfer gefordert haben. Deshalb muss gerade auch Deutschland dazu beitragen, dass irrationale westliche Vergeltungsaktionen

verhindert werden, die nicht zwischen Terroristen und unschuldigen Zivilpersonen unterscheiden. Jede mögliche Aktion - auch in Afghanistan - muss sich gegen die Täter richten.“

Nach Terroranschlägen kein Umdenken in den USA in Bezug auf einen internationalen Strafgerichtshof

Die USA sind dem Gerichtshof bisher nicht beigetreten, Präsident Clinton hat zwar seinerzeit den Vertrag unterzeichnet, doch der Senat lehnte die Ratifizierung ab. Maßgebliche Kreise der amerikanischen Politik und Geschäftswelt stemmen sich gegen den Gerichtshof. Die US-Regierung ignoriert bis heute eine am 31. Mai von der EU überreichte Demarche in dieser Frage. Sollte Bin Laden gefasst werden, wird er vor einen Militärgerichtshof gestellt werden, - als gäbe es nicht die furchtbaren Erfahrungen, die z.B. in Argentinien in der Zeit der Militärherrschaft mit ähnlichen Einrichtungen als Mittel des Kampfes gegen den Terrorismus gemacht worden sind. An der ablehnenden Haltung der republikanischen Regierung gegen den Gerichtshof hat sich auch nach den Terroranschlägen nichts geändert. Die US-Administration bekundete ihre Unterstützung für den vom erzkonservativen republikanischen Senator Helms im Senat eingebrachten sogenannten „American Servicemembers Protection Act“ (ASPA, „Schutzgesetz für Angehörige der Streitkräfte“) . Dieser sieht u.a. folgende Regelungen vor: Keine US-Behörde darf mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zusammenarbeiten. - Ermittler des IStGH dürfen nicht in den USA tätig werden. - Alle Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates zur Legitimation von Friedens- und Militäreinsätzen müssen eine Verfolgung beteiligter US-Angehöriger vor dem IStGH ausschließen. - Die USA stellen die militärische Zusammenarbeit mit Staaten ein, die den IStGH ratifizieren, soweit diese nicht der NATO angehören. - Der US-Präsident wird ermächtigt, alle erforderlichen Maßnahmen, einschließlich militärischer Mittel, einzusetzen, um vor dem IStGH angeklagte US-Angehörige zu befreien.

Am Freitag, dem 7. Dezember sprach sich nun der amerikanische Senat mit 78 zu 21 Stimmen gegen die Teilnahme der USA an dem Internationalen Gerichtshof aus. Damit war wahrgeworden, wovor der demokratische Senator Christopher Dodd aus Connecticut am 26. September im Senat mit den Worten gewarnt hatte: „Gott weiß, dass die furchtbaren Ereignisse, die wir vor 14 Tagen erleben mussten, mehr als je zuvor nach einem solchen internationalen Forum verlangen ... Und in diesem Moment, da wir die Welt bitten, uns zur Seite zu stehen, stechen wir mit den Fingern direkt in die Augen unserer Freunde.“¹

¹ Christian Schmidt-Häuer: „Den Freunden ins Auge gestochen - die amerikanische Regierung unterstützt das Gesetz gegen den Internationalen Strafgerichtshof und brüskiert die Vereinten Nationen. Die Zeit, 43/2001. Vgl. i.ü.: Associated Press-Meldung vom 7. Dezember 2001; Pressemitteilung des Komitee für ein effektives Völkerstrafrecht e.V. vom 30.09.2001, Postfach 100626, 78406 Konstanz, Germany, Tel: ++49-7531-915640 - Fax: ++49-69-791227749, <http://www.coeicl.de>, E-Mail: info@coeicl.de.

ERKLÄRUNG ZUR ABSTIMMUNG IM DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 16.11.

Gerald Häfner

Gerald Häfner (Bündnis 90/Die Grünen): Die Entscheidung über den Einsatz deutscher Soldaten in einem Krieg mit einem diffusen Gegner und einer noch nicht gänzlich zu Ende gedachten Strategie ist für mich - und ich denke: für jeden Bundestagsabgeordneten - eine schwere. Jeder, der diese Entscheidung zu treffen hat, lädt damit eine immense Verantwortung auf sich. Er kann diese verdrängen, er kann sich hinter der Entscheidung der Regierung oder seiner Fraktionsvorsitzenden verschanzen, aber er entgeht ihr dabei nicht. Und er muss wissen: Er entscheidet nicht für sich. Er entscheidet für sein Land. Und er steht in der Verantwortung für die Menschen, die er vertritt und an deren statt er diese Entscheidung treffen muss.

Wenn ich nun also mit meiner Entscheidung die Verantwortung für einen Kriegseinsatz mit ungewissem Ausgang, ja möglicherweise für die Gefährdung oder den Verlust von Menschenleben übernehme, so handele ich dabei zugleich als Vertreter des ganzen Volkes. Dies kann ich nur, wenn ich dabei meinen verfassungsmäßigen Auftrag ganz ernst nehme, bei einer derartigen Entscheidung weder an „Aufträge“ noch an „Weisungen“ gebunden zu sein, sondern nur meinem Gewissen zu folgen. Dem Gewissen unterworfen zu sein, heißt, dem eigenen Abstimmungsverhalten nicht den Willen einer Regierung, einer Partei oder einer Fraktion, auch nicht den Willen einer Pressure group, eines Verbandes oder Geldgebers zugrunde zu legen, sondern nur die eigene innere Überzeugung. Dieser Grundsatz ist ein Kernelement der Demokratie. Ihn wirklich ernst zu nehmen, bedeutet zugleich den wirksamsten Schutz gegen ihre verschiedensten Gefährdungen - vom individuellen Bestechungs- oder Erpressungsversuch bis zur totalitären Machtanmaßung hierarchisch organisierter Gruppen.

Ein Bundeskanzler, der Zweifel hat, ob er noch das Vertrauen der Mehrheit des Parlamentes genießt, hat jederzeit das Recht, die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG zu stellen. Die Vertrauensfrage ist nach unserer Verfassung kein Instrument für den parlamentarischen Alltags-einsatz. Sie ist vielmehr für Krisensituationen vorgesehen und dient unter anderem als wohldosiertes und sinnvolles Mittel, zur Auflösung des Parlamentes und zu Neuwahlen zu kommen. Sie ist in der Geschichte der Bundesrepublik erst dreimal angewandt worden: 1972 von Willy Brandt und 1982 gleich zweimal: von Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Die Vertrauensfrage sollte im Parlament gestellt werden, wenn ein Kanzler über keine ausreichende Mehrheit mehr verfügt, zum Beispiel weil eine Koalition im Grunde gescheitert ist bzw. ein Koalitionspartner abspringen will.

Beides ist im vorliegenden Falle nicht gegeben. Mehr noch: In beiden durch den Kanzler jetzt verknüpften Fragen, der Sach- wie der Vertrauensfrage, ist unstreitig eine

stabile Parlamentsmehrheit des Kanzlers vorhanden. Und die rot-grüne Koalition steht nach anfänglichen Schwierigkeiten fester denn je. Sie hat auf vielen Gebieten eine hervorragende Politik gemacht. Gerade die Außenpolitik gehört hierzu. Wie kein anderer zuvor hat der von den Grünen gestellte deutsche Außenminister binnen kürzester Zeit Gewicht und Statur gewonnen - nicht als Großmann oder anmaßender Vertreter einer wieder erstarkten Großmacht, sondern als ehrlicher Makler und erfolgreicher Vermittler in den verschiedenen Krisenregionen dieser Welt. Diese vor allem auf Deeskalation, Prävention und friedliche Konfliktlösung setzende Politik wird von der ganzen Koalition mitgetragen und ist immer mehr zu einem Markenzeichen der Deutschen auf dem internationalen Parkett geworden.

Die notwendige Abwägung bei Fragen von Krieg und Frieden: Der vorliegende Militäreinsatz aber wirft ernste Fragen auf. Zu unklar sind Dauer, Mandat, politische und militärische Ziele. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ ist ein höchst dehnbarer Begriff. Uns, den Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, ist es gelungen, auf dem Wege einer mittlerweile von der Bundesregierung beschlossenen Protokollnotiz substanzielle Eingrenzungen des im ursprünglichen Antrag fahrlässig weit gefassten Mandates zu erreichen.

Dennoch bleiben Risiken. Aus allen bisherigen Erfahrungen mit Terrorismus habe ich lernen müssen: Das terroristische Kalkül will immer weit mehr als die unmittelbare Tat erreichen. Es verfolgt sein Ziel perfiderweise oft weniger durch die unmittelbaren Folgen der Tat als durch die dergestalt provozierte Reaktion des Angegriffenen. Dieser soll durch die brutalen und unvorhersehbaren Anschläge zu Reaktionen gezwungen werden, die ihn als das zeigen, was er für die Terroristen immer schon ist: das Böse, der Satan oder - im Falle Deutschlands - das brutale und faschistische System, das sich nur mit einer biedereren Maske tarnt, bevor in der Reaktion auf den Terror die wahre Fratze zum Vorschein kommt. Deshalb sprachen die fanatisierten RAF-Terroristen mitten im Frieden ständig vom „Krieg“, den das System gegen sie führe. Das war, was sie wollten. Ich sage nicht, dass ich dieser Argumentation folge. Ich finde sie menschenverachtend und zynisch. Aber man muss bei seiner Reaktion auf den Terrorismus auch dieses Kalkül berücksichtigen - und damit auch, welche Reaktionen ein zu weit gehender Gegenschlag bei fanatisierten Anhängern bestimmter Überzeugungen auslösen kann.

Die eigenen Maßstäbe von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten nicht außer Acht lassen...

Der Terroranschlag vom 11. September 2001 ist an menschenverachtender Grausamkeit kaum zu überbieten. Die Täter und Hintermänner dieses Anschlags zu fassen und vergleichbare Anschläge für die Zukunft zu verhindern, ist ein hohes, auch von mir unterstütztes Ziel. Nicht aber ein Jahre dauernder „Krieg gegen den Terrorismus“, wie er uns mehrfach angekündigt wurde - ohne dass je mit ausreichender Klarheit beschrieben wurde, was das eigentlich heißt. Krieg ist gefährlich. Im

Krieg sterben Menschen. Und: In den heutigen Kriegen sterben in aller Regel weitaus mehr unschuldige Zivilisten als Soldaten. Dies dürfen wir nicht verdrängen. Vor allem aber gilt es, bei der notwendigen klaren Reaktion auf die entsetzlichen Terroranschläge die eigenen Maßstäbe von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten nicht außer Acht zu lassen. Und es gilt, in einer an sozialen Spannungen überreichen Welt alles zu vermeiden, was vorhandene Feindbilder und den verbreiteten Hass noch stärken könnte. Der Einsatz von Gewalt zur Verhinderung von Terrorismus und zur Bestrafung terroristischer Gewalttäter ist legitim, der Einsatz von Bomben gegen Unschuldige ist es nicht.

Dies gilt es bei der Abwägung über den Militäreinsatz zu beachten. Ich kann nur hoffen, dass die militärischen Handlungen der Amerikaner möglichst bald zur Realisierung der angegebenen Kriegsziele - Afghanistan von der Gewaltherrschaft der Taliban zu befreien und Osama Bin Laden, die Mitglieder seines Terrornetztes und die Verantwortlichen für die Anschläge auf New York dingfest zu machen - führen und dass eine weitere Eskalationsspirale vermieden wird. Die Meldungen von der Entwicklung in Afghanistan innerhalb der letzten Tage machen mich zum Glück, das will ich nicht verhehlen, etwas weniger besorgt - wenn auch noch keineswegs ganz sorgenfrei.

Lediglich militärisches Vorgehen in hohem Maße fragwürdig

In einer derartig fragilen, von sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Spannungen geprägten Welt ist ein lediglich militärisches Vorgehen in hohem Maße fragwürdig und gefährlich. Vielmehr scheint es mir notwendig, weit mehr als bisher diplomatisch vorzugehen und vor allem auch die Ursachen für die globalen Spannungen, den extremen Unterschied zwischen Arm und Reich, die Einseitigkeit und die unsozialen Aspekte des globalen Handels und die Spannungen zwischen Lebensweisen, Religionen und Kulturen anzugehen. Gerade unser Land könnte hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

Die politische Rolle Deutschlands: Von wichtigen Verantwortlichen - auch aus den Reihen der Bundesregierung - ist in den letzten Tagen wiederholt gesagt worden, Deutschland sei in der Frage dieses Militäreinsatzes überhaupt nicht frei. Formal vielleicht - politisch aber seien die Deutschen festgelegt. Deutschland könne und dürfe in der Frage dieses Militäreinsatzes gar nicht anders entscheiden, als in dem vorliegenden Antrag zum Ausdruck gebracht wird, wenn es die Lehren der Geschichte ernst nähme. Seit Konrad Adenauer sei Deutschland Teil des Westens, dies lasse für uns keine andere Option des Handelns mehr offen. Wenn dieses 80-Millionen-Volk, so hieß es in den letzten Tagen aus einflussreichem Mund, je wieder frei von diesen Bindungen agieren würde, drohten weit schlimmere Folgen als die jetzigen Toten in New York und Afghanistan.

Diese Auffassung scheint mir fatal. Sie postuliert eine Ausweglosigkeit, die es nicht gibt. Sie treibt die deut-

sche Außenpolitik in eine Engführung, die jedes eigenständig politische Denken diskreditiert oder unmöglich macht. Sie postuliert und zementiert, was sie, wenn man ihren Worten trauen könnte, eigentlich ablehnt: einen deutschen Sonderweg. Damit werden Denkverbote errichtet, wo eine faire Debatte über die besten Konzepte gefordert wäre.

Auch ich möchte, dass Deutschland seine tätige Solidarität mit den USA beweist. Aber wir können dies auch anders als durch Militäreinsätze tun. Beitragen sollten wir - aber unseren Beitrag selbst bestimmen! Dass die Beiträge der Bündnispartner höchst verschieden sein können - ja oftmals sogar sollen! - zeigt zum Beispiel auch die Tatsache, dass Großbritannien sich von Anfang an auch militärisch beteiligt, während andere Bündnispartner dies weder tun noch tun wollen.

Mehr noch: Auch das unkritische und undifferenzierte Gerede vom Westen ist ahistorisch, falsch und politisch fatal. Sehen wir im Westen die USA und im Osten Russland, so liegt unser Land in der Mitte. Diese Mittler- oder Brückenfunktion ohne eigenes Großmachtstreben hat es in seinen besten Phasen auch wahrgenommen. Der tiefe Abstieg in den deutschen Nationalismus und - noch mehr - den Nationalsozialismus war es, der schließlich zu einer Teilung Deutschlands wie zur Teilung Europas geführt hat. Damit war die Mitte für einige Zeit eliminiert. Sie war mitten durchgetrennt, zerteilt, und es gab nur noch West und Ost, Kapitalismus und Sozialismus, zwei einander hochgerüstet gegenüber stehende Blöcke. In diese bipolare Welt musste sich auch das damalige Deutschland einordnen: der westliche Teil nach Westen, der östliche nach Osten. 1989 fielen in der Folge der demokratischen Revolution die Mauer und der Stacheldraht. Deutschland und Europa wuchsen wieder zusammen. Damit sind wir auch (geo-)politisch wieder in eine andere Rolle geschlüpft, die unser Außenminister ohnehin schon mehr und mehr wahrnimmt. Deutschland gehört wie kaum ein anderes Land zu den glaubwürdigen Akteuren präventiven Krisenmanagements, ziviler Konfliktbearbeitung und friedlicher, demokratischer Veränderungen auf dem Planeten. Diese Kernkompetenz im „Kampf gegen den Terrorismus“ anzubieten - zum Beispiel in der Form eines festen, verbindlich organisierten Dialogs zwischen Christentum und Islam -, wäre ein großartiger und unverzichtbarer Beitrag gewesen, den die Deutschen in diese „Allianz gegen den Terror“ hätten einbringen können. Auch die USA werden zunehmend darauf angewiesen sein, dass es diesen ehrlichen, allseits großes Vertrauen genießenden Makler gibt. Nicht aus dem westlichen Bündnis ausseren sollten wir, sondern uns mehr für unsere eigenen künftigen Aufgaben in einer längst nicht mehr bipolaren Welt interessieren und zugleich nach Osten und Süden öffnen.

Die Vermischung ist darauf angelegt, eine Gewissensentscheidung zu korrumpieren: Derartige Fragen in Ruhe und unter Durchdenken aller denkbaren Konsequenzen abzuwägen, das ist die Aufgabe, vor der wir als Bundestagsabgeordnete in dieser Abstimmung stehen. Durch die Verknüpfung der Gewissensentscheidung

mit der Vertrauensfrage wird diese allerdings überlagert und letztendlich praktisch unmöglich gemacht. Denn sie verhindert die freie, in der Sache wohl begründete Entscheidungsfindung der Parlamentarier.

So schwächt dieses Junktim den Beschluss in der Sache, statt ihn zu stärken. Denn allzuviel gänzlich anders geartete Überlegungen mischen sich hinein. Schließlich geht es nun nicht mehr alleine um die Frage des Militäreinsatzes, sondern zugleich und vor allem um Fortbestand oder Ende der rot-grünen Koalition und damit um Fortbestand oder Ende einer erfolgreichen, aber noch keineswegs abgeschlossenen Politik.

Absurde Konstellationen

So entstehen denn auch gänzlich absurde Konstellationen. Abgeordnete stimmen reihenweise gegen ihre Überzeugung. Treffen die gestern gemachten Ankündigungen zu, so werden zum Beispiel dieselben Volksvertreter von CDU/CSU und FDP, die noch vor vier Tagen öffentlich erklärt haben, sie würden dem Antrag der Bundesregierung für einen Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan rückhaltlos zustimmen, jetzt genau den gleichen Antrag mit eben solcher Entschlossenheit ablehnen. Sie tun dies nicht etwa, weil sie dagegen sind, sondern sie bleiben dafür und wünschen sich, dass der Antrag durchkommt. Trotzdem werden sie nicht für ihn stimmen. Umgekehrt gibt es in den Reihen der Koalition - und mitnichten nur in den Reihen des grünen Koalitionspartners - mehrere Abgeordnete, die deutlich erklärt haben, dass sie nicht für diesen Einsatz stimmen. Sie werden das auch in bzw. vor der Abstimmung tun, dann aber trotzdem anders entscheiden, als ihre Überzeugung und ihr Gewissen in dieser Sache ihnen sagen.

Die Verbindung dieser beiden völlig unterschiedlich gelagerten Abstimmungen zeugt von einem Fehlverständnis des Parlaments. Sie droht, die politische Kultur zu beeinträchtigen. Der offene und ehrliche Streit unterschiedlicher Meinungen, die Akzeptanz abweichender Positionen ist eine Grundvoraussetzung jedweder Demokratie. Es wäre daher wichtig gewesen, gerade auch in der Frage eines Kriegseinsatzes eine offene und ehrliche Debatte und abweichende Auffassungen zuzulassen anstatt sie zu beschädigen.

Dabei geschieht diese Verknüpfung ohne jede Not. Die rot-grüne Koalition ist nicht am Ende - im Gegenteil: Sie ist kraftvoller und frischer denn je. Niemand in dieser Koalition möchte das erfolgreiche Bündnis aufgeben.

So gilt auch für diese Abstimmung, dass ein ehrliches, zutreffendes Ergebnis nicht zu erwarten ist. Denn, vor die Vertrauensfrage gestellt, werden 47 grüne Abgeordnete meiner Erkenntnis nach 47 mal mit Ja antworten. Dass trotzdem eine Reihe von Fraktionsmitgliedern bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage mit Nein stimmen wird, liegt wiederum nicht an dieser, sondern an der völlig sachfremden Verknüpfung mit einem Militäreinsatz, den sie ablehnen.

Das Grundgesetz hätte es, nebenbei, zugelassen, die Vertrauensfrage getrennt von der Sachfrage zu stellen. Damit wäre nicht nur die Freiheit der Abgeordneten in beiden Fällen gewahrt geblieben: Wir hätten auch

ein klares Ergebnis, wie viele Abgeordnete in der einen wie der anderen Frage nun wirklich dafür bzw. dagegen sind. Mit dem jetzt gewählten Verfahren werden wir das nie herausfinden. Was sich allerdings mit Gewissheit sagen lässt, ist: Wären die Sach- und die Vertrauensfrage getrennt gestellt worden, hätte es zu beidem eine deutliche Mehrheit gegeben. So aber hat man sich ohne Not in eine Zitterpartie begeben, die über die Freiheit des Mandates und die Sachlichkeit der Abstimmung hinaus auch diese von den Bürgern gewollte Koalition massiv gefährdet.

Das Ergebnis meiner Abwägung: Ich möchte das rot-grüne Projekt nicht beenden. Ich will es fortführen! Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Einstieg in alternative Energieformen, die Agrarwende, eine ökologische und soziale Steuerreform, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes, eine moderne und generationengerechtere Reform des Rentensystems, die Stärkung der Demokratie und die Einführung unmittelbarer Bürgerbeteiligung, eine weitsichtige und vermittelnde Außen-, Friedens- und Menschenrechtspolitik, dies alles ist mir zu wichtig, als dass ich es so fahrlässig, wie es mit dieser Abstimmung geschähe, gefährden wollte. Die von der Bundesregierung auf Druck insbesondere einer Reihe grüner Abgeordneter ergänzend zum heute zu fassenden Beschluss abgegebene Protokollerklärung und die Entwicklung in Afghanistan lassen mich hoffen, dass die dennoch bestehenden Risiken dieses - bis auf den möglichen Einsatz der 100 Sonderkräfte - deutlich defensiven und nicht kampforientierten Einsatzes beherrschbar und damit hinnehmbar bleiben. Ich werde deshalb in der nachfolgenden Abstimmung, die mich zwingt, zwei Fragen miteinander zu vermischen, die nichts miteinander zu tun haben, mit „ja“ stimmen. Ich tue das auch deshalb, weil ich mich nicht berechtigt fühle, ein politisches Projekt zu beenden, das von den Wählern eindeutig und für die Dauer dieser Legislaturperiode gewollt ist.

Ich hoffe, dass künftige Abstimmungen dieses Parlamentes in der Freiheit und Sachbezogenheit stattfinden können, die einer Abstimmung von vergleichbarer inhaltlicher Bedeutung würdig sind. Das Parlament ist nicht ein bloßes Notariat der Regierung, sondern die freie Vertretung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die ein Anrecht darauf haben, dass ihre Ängste, Anliegen, Fragen und Gesichtspunkte in den Abstimmungen mit dem größtmöglichen Ernst aufgenommen und gewürdigt werden. Die Vermischung zweier völlig unterschiedlicher Fragen in einer einzigen Abstimmung, der damit ausgeübte Druck, ja die Aufforderung an einzelne Abgeordnete, wenn sie mit ihrem Gewissen in Schwierigkeiten kämen, könnten sie doch ihr Mandat zurückgeben, hat mit den berechtigten Erwartungen der Bürger an ihr Parlament und mit dem Parlaments- und Abgeordnetenverständnis des Grundgesetzes nicht mehr viel zu tun.

MEINUNGSUMFRAGEN UND WAS SIE VERSCHWEIGEN

Die Stimmung in den USA in Bezug auf Krieg und Frieden und die Kulturell Kreativen

Paul H. Ray

Paul H. Ray ist zusammen mit Sherry Ruth Anderson Autor des Buches „The Cultural Creatives - How 50 Million People Are Changing The World“ (Die Kulturell Kreativen - Wie 50 Millionen Menschen die Welt verändern). Der Terminus „Cultural Creatives“ wurde von diesen beiden Autoren entwickelt, um die Gemeinsamkeit jener Menschen zu beschreiben, die sich an Werten wie Ökologie, Frieden und soziale Gerechtigkeit orientieren und eine bestimmte Offenheit für die Selbstentwicklung durch Spiritualität, Psychotherapie und ganzheitliche Praktiken entwickeln. Sie unterscheiden sich damit sowohl von den Strömungen der Konservativen als auch von denjenigen, die alles Heil vom technisch-ökonomischen Fortschritt erwarten und auf Gewinnmaximierung aus sind. Paul Ray schrieb auch das Vorwort zur englischen Ausgabe von N. Perlas Buch „Die Globalisierung gestalten“. In einem Brief vom 7. November 2001 an Paul Ray fragt Nicanor Perlas: „Lieber Paul, wenn der Anteil der Kulturell Kreativen etwa 26 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der USA beträgt, wie kommt es dann, dass die amerikanischen Meinungsumfragen eine so hohe Unterstützungsrate für den „Krieg gegen den Terrorismus“ ausweisen? Vielleicht kannst Du in diese Sache etwas Klarheit bringen, denn sie bereitet vielen Kulturell Kreativen in den USA Schmerzen. Danke und beste Grüße, Nicanor.“ Am 10. November antwortet Paul Ray wie folgt:

Lieber Nicanor, der beigefügte Artikel gibt sehr gut wieder, was passiert:

a) Frühe, voreingenommene Meinungsumfragen, die den Schock und das Trauma der ersten Woche durch Fragen ausnutzten, die suggerierten, dass die Alternativen nur „Krieg gegen Afghanistan oder sonst nichts“ seien, anstatt Krieg oder eine Reihe mehr abgestimmter Antworten. Der Schock zusammen mit solchen vorurteilsbehafteten Fragen hat sehr stark das Pro-Kriegs-Gefühl gesteigert, und nach diesem Zeitpunkt haben die Kriegsbefürworter nur noch diese Umfragen zitiert und den Rest ignoriert. Schau auf die Ergebnisse der Meinungsumfragen einige Wochen später, als Alternativen vorgeschlagen wurden, und beachte besonders die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Mitte des Artikels - bedenke, dass die Kerngruppe der Kulturell Kreativen im Verhältnis von zwei zu eins aus Frauen besteht. Ganz allgemein sind vielmehr Frauen gegen den Krieg und vielmehr Männer dafür. Da siehst du dann eine viel stärker nuancierte Antwort, mit etwa einem Drittel oder der Hälfte, die gegen einen großen Krieg ist und viel stärker Maßnahmen wünscht, die sich auf die Täter beschränken. Das sind dann auch Antworten, wie man sie in der Anwesenheit Kulturell Kreativer erwarten würde. (Bedenke auch, dass keine Mei-

nungsumfrage nach Werten fragt, welche die Ansichten der Kulturell Kreativen berücksichtigen oder sie identifizieren würden.)

b) Voreingenommene Medienberichterstattung über Handlungsalternativen und Meinungsumfrage-Ergebnisse widerspiegelt in falscher Weise, was die Öffentlichkeit denkt, so dass Andersdenkende meinen, sie seien alleine, und sich widerstrebend einordnen. Der normale Rückprall in den Ergebnissen der Meinungsumfragen: weg von kriegsähnlichen Reaktionen nach dem Schock, und hin zu sowohl diplomatischen als auch international legalen Aktionen, wird durch diese Art der Befangenheit der Medien verlangsamt: die Haltungen männlicher Kriegsfalken kommen in die vordersten Schlagzeilen, und abweichende Stimmen werden ausgeschlossen oder erstickt. Auf diese Weise wird es möglich, die kritischen, politischen Neuausrichtungen nur unter den Kräften vorzunehmen, die nicht auf „Komplikationen“ Rücksicht nehmen müssen, welche die Gegenstimmen äußern. Und dies auch so, dass die Andersdenkenden keine Chance haben, ihre Seite zusammenzurufen. Das nennt man „Übereinstimmung auf unverfrorene Weise herstellen“, ein Beweis dafür, dass das, was Noam Chomsky seit Jahren geschrieben hat, wirklich wahr ist.

c) Jetzt werden wir Monate oder Jahre brauchen, um zu entdecken, dass die meisten Amerikaner in Wirklichkeit überhaupt nicht für den Krieg sind. Aber dann wird es zu spät sein, und die Kriegsfalken werden sich durchgesetzt haben: die offizielle Politik ist bereits dabei, sich auf den Krieg festzulegen, und viele Politiker fühlen, dass sie nicht mehr zurück können, ohne ihr Gesicht zu verlieren oder sich zu blamieren, den Angriffen der Gegner ausgesetzt, sofort klein beizugeben, wenn es ernst wird...

Ein neues Buch von Michael Beschloss über Gesprächsaufzeichnungen von Lyndon B. Johnson während der Zeit der Eskalation des Vietnamkrieges ist gerade erschienen. Es zeigt, dass „Johnson zu der Zeit voll erwartete, den Krieg zu verlieren“, aber er hatte das Gefühl, keine Wahl zu haben, dass er nicht nachgeben könnte, ohne sich zu blamieren, ohne den Angriffen des Falken Bobby Kennedy und einer Reihe von Falken südlicher Demokraten ausgesetzt zu sein, genauso wie denen republikanischer Falken. Und so nahm das verheerende Abgleiten in den sich verschlechternden Krieg seinen Lauf, in Erwartung der Niederlage ...

Der Prozess der Manipulation der Medien und der politischen Fixierung der Option des Krieges ist natürlich ganz normal in autoritären Regimes; aber er ist auch typisch für das, was bei ganz normalen, demokratischen „Großmächten“ auf der Höhe ihrer Weltherrschaft geschehen ist. Schau auf die Geschichte des feigen Journalismus, der die Kriegshysterie in Frankreich und Großbritannien vor 50 bis 200 Jahren aufgepeitscht hat, in Deutschland vor 55 bis 150 Jahren, in Russland vor 10 bis 100 Jahren, und in den USA während der letzten 60 Jahre, und zusätzlich im Ersten Weltkrieg. In solchen Zeiten waren die Medien Schoßhunde der Macht und Agenten des diplomatisch-militärisch-politischen Sektors, und viele Journalisten fungierten als Agenten oder Spione

für ihr Regime. Ihre Entschuldigung lautete, dass „die Verteidigung der Nation“ Vorrang habe vor Kleinigkeiten wie „Wahrheit“, die sie ohne Beschränkung als Verhandlungsmasse anzusehen gelernt hatten.

Zivilgesellschaftliche Bewegungen müssen sich der Tatsache stellen, dass das, was sie in den etablierten Medien hören, nicht eine genaue Wiedergabe der Realität darstellt, sondern einen Teil der Propaganda einer Kriegsmaschine. Was wir brauchen, ist der Zugang zu unseren eigenen Daten und Erhebungen, und eine Möglichkeit, deren Ergebnisse in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Fühl Dich frei, Kulturell Kreativen diesen Inhalt zugänglich zumachen. Herzliche Grüße, Paul Ray

Wenig Raum für Widerspruch zur militaristischen Linie¹

Ein Plädoyer von Fair.Org für Fairness und Genauigkeit in der Berichterstattung

Während der Wochen nach den Terroranschlägen vom September nutzten zwei führende Tageszeitungen ihre Titelseiten als Echowand für die offizielle Regierungspolitik der militärischen Antwort, wobei Abweichler und Kritiker zumeist ignoriert wurden.

Eine FAIR-Überprüfung der Titelseiten-Kommentare der New Yorker Times und der Washington Post in den drei auf die Anschläge folgenden Wochen (12.9.2001 bis 2.10.2001) kam zu dem Ergebnis, dass Kolumnen, die eine militärische Antwort auf die Anschläge befürworteten, sehr viel Platz eingeräumt worden war, während Meinungen, die auf diplomatische oder internationale Rechtsansätze als Alternative zu militärischen Aktionen drängten, fast nicht existent waren.

Wir zählten insgesamt 44 Kolumnen in der Times und der Post, die deutlich eine militärische Antwort betonten, gegenüber nur zwei Kolumnen, die eine nichtmilitärische Lösung betonten. (Obwohl praktisch jeder Titelseitenkommentar in beiden Zeitungen in irgendeiner Weise sich mit dem 11. September befasste, befassen sich die meisten nicht spezifisch damit, wie auf die Anschläge zu reagieren sei. Viele konzentrieren sich auf Wirtschaft, Wiederaufbau, New Yorks Rudolph Giuliani, usw. Während der überprüften Zeit brachte die Post insgesamt 105 Kolumnen mit Titelseitenkommentaren, die Times 79.)

Insgesamt war die Post militaristischer, mit mindestens 32 Kolumnen für militärische Aktion, gegenüber 12 in der Times. Aber die Post brachte auch die einzigen zwei Kolumnen, die wir in den ersten drei Wochen nach dem 11. September finden konnten, die für eine nichtmilitärische Antwort argumentierten; die Times hatte keine solche Kolumnen. Beide widersprechenden Kolumnen waren von Gastautoren geschrieben worden.

Die hauseigenen Kolumnisten der Times und der Post stellten den Großteil der kriegsbefürwortenden Kommentare. Zwei Drittel der Times-Kolumnen, die auf militärische Aktionen drängten, waren hauseigen, während es bei der Post mehr als die Hälfte Pro-Kriegs-Kolumnen waren. Dies kann etwas darüber aussagen, welche Jour-

nalisten für die Besetzung der prestigeträchtigen Position der Kolumnisten ausgewählt werden.

Zusätzlich zeigten beide Titelseitenkommentarseiten deutliche Ungleichgewichte zwischen den Geschlechtern. Unter den 107 Autoren von Titelseitenkommentaren an der Post waren nur sieben Frauen. Proportional war die Times etwas besser mit acht weiblichen Autoren von 79.

Wenn die Kritiker argumentieren, dass die Nachrichtenmedien der USA die Aufgabe haben, eine breite Diskussion über den Krieg zu führen, kommt als übliche Antwort die Gegenfrage: „Warum -, gibt es denn nicht einen politischen und öffentlichen Konsens für den Krieg?“

Vielleicht, aber es gibt Grund, zu glauben, dass das Ausmaß und die Natur dieses Konsens übertrieben und verzerrt wurde.

Für Umfragen, die eine Wahl zwischen einer militärischen Antwort und dem Nichtstun angeboten haben, stimmt es, dass die überwältigende Mehrheit sich für den Krieg ausgesprochen hat. Aber vor die Wahl gestellt, entweder einem militärischen Angriff oder die Auslieferung und den Prozess der Verantwortlichen zu fordern (Christian Science Monitor, 27.9.2001), entschied sich eine beträchtliche Minderheit entweder für die Auslieferung (30 Prozent) oder war unentschieden (16 Prozent). Diese Menschen wurden fast überhaupt nicht in den Debatten der Titelseiten repräsentiert. Es ist wahrscheinlich, dass viele Menschen, die für oder gegen den Krieg befragt wurden, niemals eine Alternative zum Krieg in der dominierenden Presse artikuliert gefunden haben.

Es gibt auch eine wenig beachtete Geschlechterkluft innerhalb der Ergebnisse der Meinungsumfragen über Militäraktionen, eine Tatsache, die Licht wirft auf das Ungleichgewicht der Geschlechter in den Kommentaren der Titelseiten der Washington Post und der New York Times. In den letzten zwei Absätzen einer 1395-Worte-Story unter dem Titel „Öffentlichkeit unnachgiebig im Krieg gegen Terror“ (29.9.2001), hebt die Washington Post hervor, dass Frauen „in signifikanter Weise weniger geneigt sind, einen langen und teuren Krieg zu unterstützen.“ Während 44 Prozent der Frauen, gemäß der Post, einen großangelegten militärischen Einsatz unterstützen würden, „sagten 48 Prozent, sie wollten einen begrenzten Schlag oder überhaupt keine militärische Aktion.“

In ähnlicher Weise zeigt eine Umfrage von CNN/USA Today/Gallup (www.gallup.com, 5.10.2001), dass 64 Prozent der Männer denken, die USA „sollten einen langfristigen Krieg organisieren“, während 24 Prozent begrenzte Vergeltungsschläge befürworteten, um die für die Anschläge verantwortlichen Gruppen zu bestrafen. Im Gegensatz dazu „sind die Frauen gleichmäßig geteilt - mit 42 Prozent für jede Option.“ Während „die Unterstützung der Frauen für den Krieg mit viel mehr Vorbehalten verbunden ist als bei den Männern“, berichtet Gallup, dass, obwohl 88 Prozent der Frauen sich für militärische Vergeltungsschläge aussprachen, diese Zahl auf 55 Prozent sank, falls 1000 amerikanische Soldaten getötet würden. (76 Prozent der Männer würden einen Krieg unter diesen Umständen unterstützen.)

Selbstverständlich würde ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern auf den Titelseitenkommentarseiten keine

proportionale Repräsentation der Abweichler garantieren - einige der schärfsten Pro-Kriegs- und Anti-Moslem-Kolumnen waren von weiblichen Kommentatoren geschrieben worden (z. B. Mona Charen, die zu Massenausweisungen auf der Grundlage von ethnischer Zugehörigkeit aufgerufen hat - Washingtoner Times, 18.10.2001). Aber mehr Frauen auf den Titelseiten, auf der Grundlage der durch die Umfragen zu vermutenden Geschlechtsunterschiede, würden sehr wohl die übliche Überzeugung als Lüge entlarven, dass alle Amerikaner uneingeschränkten Enthusiasmus für einen Krieg ohne Ende hegten.

Sogar wenn man den Gedanken akzeptiert, dass die Öffentlichkeit in überwältigendem Maße den Krieg befürwortet, ist es doch die Aufgabe des Journalismus, unabhängig zu bleiben und deutliche Fragen an die zu stellen, welche die Politik machen. Denn schließlich gibt es in der amerikanischen Geschichte viele offizielle politische Strategien, die zu ihrer Zeit populär waren, die aber heute als Desaster angesehen werden. Wäre dem Land nicht besser gedient worden, wenn die Journalisten stärker und verbindlicher den Konsens in Frage gestellt hätten, der Vietnam oder die Internierungen der japanischen Amerikaner unterstützt hat?

Mehr als jede andere Zeitung haben die New York Times und die Washington Post - mit ihrem unvergleichlichem Einfluss in der Hauptstadt der USA und in den amerikanischen Nachrichtenredaktionen - die Aufgabe, die Leser mit einer großen Bandbreite von Meinungen darüber zu versorgen, wie mit dem Terrorismus umgegangen werden kann, welches seine Ursachen sind, und welches die Lösungen sein können. Wenn der Zweck der Titelseitenkommentare nicht darin besteht, eine dynamische Debatte zu ermöglichen, die kritische Meinungen mit einschließt, haben beide Zeitungen gegenüber ihren Lesern in einer kritischen Zeit versagt.

¹ Der Artikel wurde am 2. November veröffentlicht auf den Internet-Seiten der Initiative Fairness & Accuracy In Reporting (Fairness und Genauigkeit in der Berichterstattung; www.fair.org/activism/nyt-wp-opeds.html)

Übersetzt aus dem Amerikanischen von Ulrich Morgenthaler

ZUM ERGEBNIS DES WTO-GIPFELS IN KATAR

Christoph Strawe

Zwei Jahre nach der gescheiterten dritten WTO-Minister-Konferenz in Seattle kam es zu einem neuen Gipfel im Emirat Katar am Persischen Golf. Damit wurde ein Tagungsort gewählt, an dem Massendemonstrationen wie in Seattle nicht zu befürchten waren: nur eine kleine Zahl von Vertretern der Zivilgesellschaft konnte einreisen. Erst am letzten Abend (14. November) kam eine Einigung auf eine Abschlusserklärung zustande.

„Trotz aller Standhaftigkeit der ‚2/3 Minderheit‘ in der WTO (mehr als 100 der 142 WTO-Mitglieder sind

Entwicklungsländer) und den Versprechungen des Nordens, ‚die nächste Runde wird eine Entwicklungsrunde‘, ist es den über 100 Entwicklungsländern nicht gelungen, ihre Ziele in Dohar zur Geltung zu bringen“, stellt Michael Baumann in einer auf den Internet-Seiten von Germanwatch¹ veröffentlichten Einschätzung der Ergebnisse von Katar fest. In der Uruguay-Runde des GATT war diesen Ländern Hoffnung auf zusätzliche Exportchancen gemacht worden, dafür hatten sie sich zu Marktöffnungen bereiterklärt und der WTO-Gründung zugestimmt. Nun stellt sich die Marktöffnung vielfach als selbstzerstörerisch heraus, während sich die Exportchancen als trügerisch erweisen.

Der Kompromiss, der zum Einlenken vieler Entwicklungsländer führte, lautete dahingehend¹, dass einer neuen dreijährigen großen Liberalisierungsrunde des Welthandels unter der Bedingung zugestimmt wird, dass bei der nächsten Ministerkonferenz ein Konsens über den Modus der Verhandlungen gefunden wird. Bundeswirtschaftsminister Müller bezeichnete dieses Ergebnis als einen großartigen Erfolg.³ Das ist insofern eine verständliche Einschätzung, als die treibenden Kräfte in der WTO damit Zeit gewonnen haben und die Entwicklungsländer im Boot bleiben.

„Die EU konnte sich mit den Forderungen nach Einbeziehung von Umwelt- und Sozialstandards teilweise durchsetzen und in der Frage des Abbaues von Agrarsubventionen Zeit gewinnen. Es wurde außerdem beschlossen, Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen aufzunehmen, d.h. ein Teilbereich der GATS-Themen wurde in die Erklärung aufgenommen“, schreibt Johannes Lauterbach in der Dezemberrunde von Info 3.

Das Dienstleistungsabkommen GATS spielte, anders als von vielen NGOs erwartet, nur am Rande eine Rolle. Das ist allerdings kein Grund zur Entwarnung, da GATS sowieso Bestandteil der sogenannten „built-in-Agenda“ (des ständigen Arbeitsauftrags) der WTO ist. In bezug auf GATS wird auch immerhin festgestellt, dass Teilnehmerstaaten Grundforderungen für spezifische Verpflichtungen („initial requests“) bis Ende Juni 2002 und entsprechende Angebote („initial offers“) bis Ende März 2003 vorlegen sollen.

Heiße Debatten wurden um das TRIPS-Abkommen über „handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums“ geführt, das bereits zur Folge gehabt hat, dass jahrhundertalte „Kulturgüter, wie beispielsweise der Basmati-Reis [...] von Biotechnologie-Konzernen patentiert und damit de facto gestohlen“ wurden (Baumann). Ein Teilerfolg der Entwicklungsländer an dieser Stelle besteht in der Feststellung des Dokuments, dass TRIPS Maßnahmen zur Bekämpfung verheerender Epidemien wie Aids oder Malaria nicht entgegenstehe.

Der Text des Schlussdokuments ist in vielen Passagen von einem beschwichtigenden Stil geprägt, der offensichtlich die Sorgen der Entwicklungsländer zerstreuen soll. Das führt zugleich dazu, dass streckenweise der Inhalt der Vereinbarungen unklar ist: „Die Bedeutung des Schlussdokuments von Dohar hängt von der Auffassung des Lesers ab“ titelt die vom ICTSD (Internationales

Zentrum für Handel und nachhaltige Entwicklung) herausgegebene Zeitschrift „Bridges“ in ihrer November/Dezember-Nummer.⁴ Selten seien die Worte „Wer vieles bringt, wird vielen etwas bringen“ zutreffender als in Bezug auf die Abschlusserklärung der Minister gewesen.

1 <http://www.germanwatch.org/>

2 Der Text der Abschlusserklärung ist zu finden unter www.wto.org.

3 Pressemitteilung des Ministeriums vom 15. 11.

4 Im Internet unter www.ictsd.org

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH

Der Aufschwung von Attac nährt Hoffnungen auf größere Wirksamkeit einer Bewegung für eine menschengerechte Form der Globalisierung

Christoph Strawe

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen - verbindet Menschen und Organisationen, die für soziale und ökologische Gerechtigkeit im Globalisierungsprozess eintreten. Mit über 55.000 Mitgliedern in 30 Ländern ist die Organisation ein gewichtiger Teil der globalisierungskritischen Bewegung. Attac wurde 1998 in Frankreich gegründet. Seit Anfang 2000 gibt es Attac auch in Deutschland als ein breites gesellschaftliches Bündnis, dem u.a. der BUND, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und Pax Christi angehören. Nach den Ereignissen von Genua stieg die Mitgliederzahl sprunghaft, von 500 im August 2001 auf gut 3.500 Anfang November. Darunter sind signifikant viele jungen Menschen. Diese Attraktivität von Attac konnte der Autor selbst verifizieren, als er im Rahmen von Schülerprojekttagen der Michael-Bauer-Schule mit Schülern von der 9. bis zur 13. Klasse in einer Gruppe über die Gestaltung der Globalisierung arbeitete. Der Attac-Kongress vom 19.-21. Oktober in Berlin (Motto: „Eine andere Welt ist möglich“) fand in der Öffentlichkeit starke Beachtung.

Viele der neu gebildeten örtlichen Gruppen sind mit Aktionen an die Öffentlichkeit getreten. In Stuttgart z.B., wo Attac im Forum 3 gastliche Aufnahme gefunden hat, gab es am 10. November Infostände aus Anlass der WTO-Konferenz im arabischen Katar. In Katar selbst waren einige Freunde von „GlobeNet 3“ vor Ort anwesend. Es gab eine Direktschaltung zwischen Dohar/Katar und der Stuttgarter Fußgängerzone via Handy: Johannes Lauterbach von GlobSTAF, MdB Ernst-Ulrich von Weizsäcker (MdB) als Mitglied der offiziellen deutschen Delegation und Michael Baumann, der für Germanwatch - eine Nichtregierungs-Organisation - in Dohar war, beantworteten Fragen der „Stuttgarter“. Baumann wiederum hatte im Frühjahr dieses Jahres im Forum 3 an einem Seminar mit Nicanor Perlas und mir teilgenommen. Er war es auch, der die TeilnehmerInnen und Teilnehmer damals für die ganz spezielle Problematik des GATS-Abkommens sensibilisierte.

Dies führte u.a. zur Übersetzung des auszugsweise in der Nr. 2/01 des Dreigliederungs-Rundbriefs übersetzten Artikels von Maude Barlow zu GATS. Auf den Internet-Seiten von Info 3 wurden während der WTO-Konferenz täglich Berichte der in Dohar anwesenden Freunde veröffentlicht. In der Zeitschrift selbst erschien u.a. ein Interview mit der in Katar anwesenden kanadischen Aktivistin der Zivilgesellschaft. Aus solchen Vorgängen sieht man, dass im Moment ganz neue Formen von weltweitem Dialog und Zusammenarbeit entstehen können.

Eine andere Folge des erwähnten Seminars im Frühjahr war, dass einige Freunde an einer Bonner NGO-Konferenz zum Thema GATS teilnahmen. Dort wiederum lernten sie Peter Wahl kennen, einen der Organisatoren des Berliner Attac-Kongresses vom Oktober - es stellte sich heraus, dass wir alte Bekannte aus Zeiten der Studentenbewegung sind. Ich habe mit ihm kurz nach dem Kongress im Stuttgarter Forum 3 ein öffentliches Gespräch geführt. Wir waren uns einig, dass es unter anderem gelingen muss, zu erreichen, dass die Bereiche von Bildung und Gesundheit aus dem GATS-Abkommen herausgenommen werden, um sie vor der dort intendierten Kommerzialisierung zu schützen. Peter Wahl hat mir erzählt, dass die Organisatoren selbst überrascht waren von dem Zustrom zum Attac-Kongress. Die Attraktivität von Attac mag viel damit zu tun haben, dass es sich um einen innovativen Organisationstyp handelt: etwas nicht Fixiertes, einen Mischtyp von Nichtregierungsorganisation, Netzwerk und Bewegung. Es ist eine spannende Frage, wie es gelingen wird, diese politisch-weltanschauliche Pluralität gerade als Stärke auszuspielen. Das heißt auch, Vereinnahmungsversuche abzuwenden und dabei mehr zu sein, als eine Bewegung, die bloß einen Minimalkonsens in der Antihaltung zustande bringt.

Natürlich führt der Aufschwung von Attac auch dazu, dass Menschen mit bestimmten Ideen gesellschaftlicher Veränderung, die nicht immer wirklich neuem Denken entspringen, Attac entdecken, teilweise auch zu instrumentalisieren versuchen. (Bei der Stuttgarter Demonstration wurde dies durch eine größere Gruppe von Marxisten-Leninisten deutlich, die versuchten, die Kundgebung umzufunktionieren). Um so wichtiger erscheint es, dass im Kreis der für die Koordinierung der Attac-Arbeit Verantwortlichen ein Konsens besteht, dass die Arbeitsweise der Organisation offen, plural und dialogisch sein muss (siehe Kasten S. 20). Soweit Menschen aus der Dreigliederungsbewegung - was ja wünschenswert ist - sich an Attac beteiligen, sollten sie diese Orientierung mit aller Kraft unterstützen und eigene Beiträge konstruktiv in einen gemeinsamen Dialogprozess einbringen.

Es geht um die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft als unabhängige soziale Kulturbewegung. Es geht auch darum zu zeigen, dass die Idee der anderen Welt keine Ideologie ist, die der Wirklichkeit übergestülpt werden soll. Diese andere Welt wächst dadurch heran, dass sie mehr und mehr sozial gelebt werden kann, z.B. in Einrichtungen und Initiativen, von denen der Rundbrief Dreigliederung immer wieder berichtet.

ZWISCHEN NETZWERK, NGO UND BEWEGUNG: DAS SELBSTVERSTÄNDNIS VON ATTAC

*Auszug aus einem Thesenpapier**

Mit dem Aufstieg von Attac zu einem wichtigen Akteur im Rahmen der globalisierungskritischen Bewegung sind auch sehr unterschiedliche Erwartungen an das Projekt verknüpft. Einige betrachten Attac als außerparlamentarische Sammlungsbewegung, andere wiederum bezeichnen Attac als NGO, manche gehen bis zu der Vorstellung, dass Attac zu den nächsten Bundestagswahlen antreten sollte, und in den Medien war die Rede vom „Dachverband der Globalisierungskritiker“. Was also ist eigentlich Attac? Was unterscheidet Attac von Parteien, Verbänden, NGOs und sozialen Bewegungen?

1. Weltanschaulicher Pluralismus: Wer bei Attac mitmacht, kann christliche oder andere religiöse Motive haben, Atheist, Humanist, Marxist sein oder anderen Philosophien anhängen. Attac hat keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis und braucht eine solche nicht. Vielfalt ist eine Stärke.

Der Grundkonsens von Attac lautet: Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware. - Attac wirft die Frage nach wirtschaftlicher Macht und gerechter Verteilung auf. - Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.

In diesem Korridor emanzipatorischen Politikverständnisses haben unterschiedliche Vorstellungen über Wege und Instrumente, wie dieser Konsens in praktische Politik umgesetzt werden kann, Platz. [...] Der Respekt dieses Pluralismus ist unabdingbare Geschäftsgrundlage von Attac. Die Erarbeitung konkreter Politik und praktischer Maßnahmen wird aus der Vielfalt heraus und in solidarischer Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen entwickelt.

2. Thematische Schwerpunkte: Am Anfang der Attac-Geschichte stand die Ein-Punkt-Orientierung auf die Besteuerung von Devisentransfers, die auch den Namen Attac abgab. Das ist nicht mehr aktuell. Inzwischen sind viele Fragen der ökonomischen Globalisierung Gegenstand von Attac Initiativen: Regulierung der Finanzmärkte, des Welthandels, der ökonomischen Nord-Süd-Beziehungen u.a.

Es können durchaus auch weitere Themen dazukommen [...] Eine gewisse Konzentration auf die ökonomischen, international wirksamen Dimensionen der Globalisierung ist unerlässlich. [...] Auch innerhalb des Rahmens ökonomischer Globalisierungsfragen muss Attac Schwerpunkte bilden. [...]

Bei allen Themen steht für Attac die Entwicklung von Alternativen im Vordergrund.

3. Wer macht mit bei Attac? [...] kommt es darauf an, die Mitgliedschaft von Einzelpersonen, lokalen Gruppen und kollektiven Mitgliedern wie Gewerkschaften, Verbände und NGOs so auszubalancieren, dass die jeweiligen Stärken aller Typen von Mitgliedern genutzt werden können.

4. Internationalismus: Für uns ist klar, dass in Zeiten der Globalisierung ein globalisierungskritisches Projekt wie Attac nur als internationales Projekt Sinn macht. [...] Dabei versucht die internationale Attac-Bewegung, die Fehler früherer Konzeptionen von Internationalismus zu vermeiden. Eine Zentrale gibt es nicht, insofern unterscheidet sich Attac auch von internationalen Verbandsstrukturen wie Greenpeace. Jede nationale Attac Organisation ist eigenständig und für sich selbst verantwortlich. Die Beziehungen der einzelnen nationalen Attac untereinander funktionieren netzwerkförmig.

5. Basis- und Bewegungsorientierung: Attac [...] zieht den wichtigsten Teil seines Potentials aus dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger an der Basis. Es ist ein Hauptinteresse von Attac, die neue soziale Bewegung nach besten Möglichkeiten zu fördern und zu stärken.

6. Attac in der globalisierungskritischen Bewegung: Attac ist ein wichtiger Bestandteil der neuen, globalisierungskritischen Bewegung, ist aber nicht identisch mit ihr. Diese Bewegung ist weitaus breiter, differenzierter und vielfältiger als Attac, und es gibt in ihr andere sehr gewichtige Akteure. Attac erhebt keinen Alleinvertretungs- oder Führungsanspruch und ist auch keine Dachorganisation. Attac strebt eine Kooperation mit anderen Akteuren an. [...] Gegenüber politischen Parteien wahrt Attac seine Eigenständigkeit und weist Versuche parteipolitischer Instrumentalisierung oder der Kooptation durch staatliche und zwischenstaatliche Institutionen zurück.

7. Pluralität von Aktionsformen und Instrumenten: [...] Gesellschaftliche Veränderungen können nur demokratisch, d.h. durch die Teilnahme vieler Menschen erreicht werden. An diesem demokratischen Imperativ orientieren sich auch die Aktionsformen von Attac. Aktionsformen, die diesem Ziel widersprechen, lehnen wir ab. Daraus ergibt sich, dass die Aktionsformen friedlich sind. [...]

8. Ein innovativer Organisationstyp: Die Kombination all dieser Elemente macht den spezifischen Charakter von Attac aus. Insofern ist Attac ein innovatives Projekt, das nicht ohne weiteres in die Kategorien Netzwerk, Verbandsinternationale, NGO oder Bewegung passt. Es versucht [...] die Vorzüge der einzelnen Organisationstypen miteinander zu verknüpfen und deren Nachteile zu vermeiden: die Flexibilität und Offenheit von Netzwerkstrukturen, ohne deren Unverbindlichkeit, mit dem machtpolitische Gewicht von sozialen Bewegungen, ohne deren Instabilität, und der Kompetenz, Stabilität und Verbindlichkeit von NGOs und Verbänden, ohne deren Abhängigkeiten und Bürokratisierungstendenzen.

Die konstitutiven Merkmale dieses Organisationstyps sind: a. Attac ist ein Ort, wo politische Lern- und Erfahrungsprozesse ermöglicht werden, b. in dem unterschiedliche Strömungen emanzipatorischer Politik miteinander diskutieren und c. zu gemeinsamer Handlungs- und Aktionsfähigkeit zusammenfinden.

* Oktober 2001. An der Erstellung dieses Papiers war u.a. Peter Wahl beteiligt. Das vollständige Papier steht zum Download auf den Seiten von Attac Deutschland bereit (www.attac-netzwerk.de).

Die soziale Frage als regionale Frage

Nachhaltiges Wirtschaften in regionalen Zusammenhängen Ansätze sozialer Dreigliederungspraxis vor Ort

Wilhelm Neurohr

Überschaubarkeit sozialer Beziehungen: Verantwortlichkeit durch räumliche Nähe

„Eine öko-soziale Neuorientierung der Gesellschaft bedarf der räumlichen Nähe. Erst die Nähe und Überschaubarkeit sozialer Beziehungen schafft Raum für Verantwortlichkeit. Es ist leichter, sich für das Wohlergehen eines Indianerstammes im fernen Regenwald ‚verantwortlich‘ zu fühlen als für das Wohlergehen derjenigen Menschen, mit denen man Tag für Tag zusammenlebt. Vielleicht geht es daher mancher und manchem leicht über die Lippen, ‚globale Verantwortung‘ zu übernehmen, weil man insgeheim weiß, dass mit der Grenzenlosigkeit der Verantwortung die Chancen schwinden, ihr auch gerecht zu werden. Entlastung durch Überforderung.

Es kann zwar nicht geleugnet werden, dass gerade die ökologische Krise das Bewusstsein der globalen Vernetzung von Menschen sowohl untereinander als auch mit der Natur geweckt und gefördert hat. Dieses Bewusstsein allseitiger Verbundenheit sollte aber nicht den Blick dafür trüben, dass die öko-soziale Wende hin zu einem ‚guten Leben‘ entweder vor Ort stattfindet und von den Menschen vor Ort gestaltet wird - oder gar nicht stattfindet.“ (Aus den Leitideen der Schweisfurth-Stiftung, die u. a. ökologische Projekte und nachhaltige Landwirtschaft fördert.)

Damit ist hingewiesen auf die soziale Frage als regionale Frage: „Global denken, aber lokal und regional handeln“ - unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten und Gegebenheiten und nicht rezepthaft, denn an jedem Erdenort und in jeder Menschengemeinschaft muss anders sozialisiert werden, wie sinngemäß Rudolf Steiner stets betonte.

Der Verschiedenheit der Menschen und Regionen Rechnung tragen

Es sei in Bezug auf die soziale Frage ungeheuer wichtig, dass man dasjenige nicht verabsolutiert, was für das individuelle einzelne gilt, betonte Rudolf Steiner in seinen Vorträgen über die „soziale Grundforderung unserer Zeit in geänderter Zeitlage“ (GA-Nr. 186, 1918/1979). Auch könne niemals nur die individuelle Einzelmeinung und das Einzelurteil für das Soziale maßgebend sein. Da die Menschen in sozialer Beziehung gruppenhaft auftreten, wollen sie in der äußeren sozia-

len Ordnung und Struktur der Gemeinschaft heutzutage ihr inneres Ideal eines menschenwürdiges Daseins erfüllt sehen im Sinne der dreigliedrigen sozialen Ordnung, führt Rudolf Steiner sinngemäß aus. Auch wenn sich noch viele Menschen dagegen sträuben würden, dränge die Zeit nach Verwirklichung der sozialen Dreigliederung.

Man könne aber, so Rudolf Steiner, nicht fragen: Wie sollen die menschlichen Einrichtungen über die ganze Erde hin getroffen werden? Die Menschen seien über die Erde hin verschieden. Und gerade gegen die Zukunft hin werde sich diese Verschiedenheit trotz allem Internationalismus immer mehr und mehr zeigen. (Heute sprechen wir von Globalisierung). Infolgedessen könne man nicht in Russland gerade so wie in China, wie in Südamerika, in Deutschland oder wie in Frankreich sozialisieren - also nicht absolute Gedanken da aussprechen, wo individuelle, relative Gedanken allein der Wirklichkeit entsprechen: der Gemeinschaftswille als Ergebnis des Einzelwillens.

Regionalisierung, Differenzierung und Individualisierung statt Absolutismus

Es kann also nicht die ganze Menschengemeinschaft wie eine homogene Gruppe behandelt werden, sondern in der Differenzierung kommen wiederum die individuellen Gedanken zur Geltung. Was auf den ersten Blick vielleicht wie ein Widerspruch wirkt, stellt sich bei näherem Hinsehen als folgerichtig heraus: Einzelgedanken einerseits nicht zu verabsolutieren und in den gruppenhaften Zusammenhängen andererseits nicht die individuellen Gedanken zu ersticken, die ja das Lebenselixier zeitgemäßer Gruppenbildungen sind.

Das wirkt z. B auch für eine erstrebte oder erstrebenswerte Vernetzung zu einer weltweiten, mit anderen Gruppierungen und Initiativen zusammenarbeitenden sozialen Dreigliederungsbewegung im Sinne des GlobalNetwork die Frage auf, ob über ein Informations- und Kommunikationsnetzwerk (mit dem Anspruch auch eines spirituellen Netzwerkes) hinaus ein globales Aktionsnetzwerk daraus erwachsen kann, das in der Lage ist, den regionalen Verschiedenheiten und individuellen Gestaltungsräumen im Sinne Rudolf Steiners in geeigneter Weise wirklich Rechnung zu tragen? Da sich die sozialen Voraussetzungen und Bedingungen der einzel-

nen Regionen und Menschengemeinschaften nicht übertragen lassen, wohl aber voneinander gelernt werden kann, steht eher der Charakter eines Lernnetzwerkes im Vordergrund, das von unten nach oben und nicht von oben nach unten initiiert und aufgebaut sein sollte.

Die weltweite Bewegung der Globalisierungskritiker, wie sie in den großen Demonstrationen von Seattle, Göteborg, Nizza und Genua in Erscheinung getreten ist, lebt geradezu von dem Engagement der örtlich und regional aktiven Menschen. Ein globales Netzwerk ohne weltweiten regionalen „Unterbau“, ohne nennenswerte lokale und regionale Aktivitäten und Aktivisten vor Ort, wäre relativ wirkungslos. Denn die Aktionsebene ist die regionale Ebene. „Aus (globaler) Erkenntnis (regional zu) handeln“, darauf kommt es an. Der Fortschritt der sozialen Dreigliederung steht und fällt mit den örtlichen Aktivitäten und den dort engagierten einzelnen Menschen, die sich zur rechten Zeit mit anderen vor Ort zusammenschließen, was darüber hinausreichende weltumspannende Kommunikationsnetzwerke nicht ausschließt.

Einheitlich in die Welt getragen werden können also nur die Prinzipien und Ideen der Dreigliederung, die aber nicht in verabsolutierter oder vereinheitlichter Form „von oben“ auf globaler Ebene (z.B. durch solche globalen Rechtsgestaltungen, die nicht individuell beeinflussbar sind durch alle mitbetroffenen Menschen gleichermaßen) verwirklicht werden können, sondern nur durch engagierte Menschen vor Ort in individueller und regionaltypischer Weise, wie es einer sozialen Kulturbewegung angemessen ist. Das reicht hinein bis in die regionalen Wirtschaftszusammenhänge, die nicht im Widerspruch zu einem globalen, grenzenlosen Wirtschaftsorganismus stehen.

Die differenzierten sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge bedürfen also eigener Entfaltungsräume und überschaubarer sozialer Beziehungen. Demgegenüber verführt die Globalisierung vielfach dazu, einheitliche oder allgemeingültige Regelungen und Verhältnisse für die Menschheit schaffen zu wollen, bis hin zum Ruf nach einer „Weltregierung“ u.ä. Die Regionen wären aus dem zentralistischen globalen Blickwinkel dann nur „Untergliederungen“ des größeren Ganzen, weniger deren tragende Grundlage. Der soziale Organismus-Gedanke käme dabei zu kurz.

Beispiel der Lokalen Agenda 21 und Problematik globaler Rechtsinstitutionen

Am Beispiel der weltweiten Lokalen Agenda 21 an tausenden Erdenorten wird deutlich, dass zwar gleichgerichtete Anliegen, Ziele und Prinzipien überall verfolgt werden, aber je nach regionalen Verhältnissen und beteiligten Menschen in differenzierter Weise an jedem Erdenort anders sozialisiert wird. Schon die Ebene einer nationalen Agenda 21 (Beispiel Philippinen) ist nur bedingt geeignet, auf die unterschiedlichen lokalen Besonderheiten innerhalb des Landes Rücksicht zu nehmen, wenn nicht umgekehrt das nationale Konzept Ausfluss der regionalen Beiträge und Anliegen ist.

Und noch problematischer stellen sich alle Überlegungen dar, die auf einheitliche, allgemein gültige glo-

bale Rechtsinstrumentarien abzielen, um auf höchster Ebene die ausufernde globale Wirtschaft zu bändigen, wenn sich nicht die Menschen in allen Regionen in dem zugrundegelegten Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden und mit ihren Bedürfnissen gleichermaßen darin wiederfinden, was entsprechende Einfluss-, Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten voraussetzt.

Diese aber bedürfen wiederum der sozialen Nähe und Überschaubarkeit, um soziale Beziehungen herstellen zu können, gerade auch in der persönlichen Menschenbegegnung und nicht nur über technische Netzwerke oder Delegation von Verantwortung auf globale Institutionen oder Repräsentanten. Im Rechtsleben gilt das Gleichheitsprinzip, so dass jeder Mensch gleichermaßen auch an globalen Rechtsgestaltungen eigentlich mitwirken können müsste.

Bis das Rechtsempfinden aller Menschen in größeren globalen Zusammenhängen in für alle gültige, konsensfähige Rechtsformen und -regelungen gegossen werden kann, wird wohl noch eine Weile das regional und kulturell unterschiedliche Rechtsempfinden in regionalen Rechtsräumen leben müssen, so wie ja überhaupt die unterschiedlichen Rechtsebenen zu unterscheiden sind und das Streben dahin gehen müsste, die Rechtsgestaltungen den jeweils Beteiligten in ihren Zusammenhängen zu überlassen, bis schließlich ein erungener ethischer Individualismus so manche Rechtsnormen entbehrlich macht, weil der einzelne ein gesundes Rechtsverhalten aus sich heraus im Gemeinschaftsleben an den Tag legt.

Noch leben wir in einer Situation, in der nicht einmal die für alle gültigen allgemeinen Menschenrechte verinnerlicht und gelebt werden und in verschiedenen Kulturkreisen nicht in allen Punkten Akzeptanz finden. Auch das Ringen um Rechts- und Gleichheitsfragen wird also auf der regionalen Ebene, in den überschaubaren sozialen Zusammenhängen vornehmlich stattfinden müssen, ohne dass Rechtsräume, Kulturräume und Wirtschaftsräume deckungsgleich sein müssen.

Die lokale und regionale Ebene als eigentliche Handlungsebene

Damit sind wir auf die regionale und lokale Ebene als soziale Aktions- und Gestaltungsräume angewiesen, auch wenn die menschlichen Beziehungsgeflechte weit darüber hinaus reichen und die ganze Welt umspannen oder wenn menschliche Zusammenarbeit auch jenseits räumlicher Bezüge sich entfalten kann, sofern wirkliche Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Aktionsebene (und Interaktionsebene) ist eigentlich immer die lokale oder regionale Ebene, was nicht ausschließt, dass sich Menschen von Fall zu Fall an einem entlegenen oder zentralen Aktionsort verabreden und treffen, um z. B. als Globalisierungskritiker gemeinsam in Erscheinung zu treten oder auf Missstände und Notwendigkeiten in ganz bestimmten Regionen vor Ort hinzuweisen oder dort Unterstützung zu geben und Abhilfe zu schaffen, Tagungen abzuhalten oder soziale Verbindungen herzustellen usw., um das globale Problembewusstsein zu fördern.

Von den einzelnen Erdenorten mit ihren dort tätigen Menschen geht dann ein Stück Weltentwicklung aus - und Welt und Menschheit blicken dann auf diese Aktionsorte und Regionen, aus denen Menschen auf sich aufmerksam machen oder nachahmenswerte Modellprojekte realisieren. Die Regionen als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsräume und als Schicksalsgemeinschaften oder Inkarnationsorte repräsentieren für die dort Tätigen die soziale Welt, temporär oder dauerhaft. Dort haben sie ihr persönliches Wirkungs- und Aufgabenfeld, ohne die globalen Zusammenhänge und Abhängigkeiten dabei aus dem Bewusstsein zu verlieren.

Beim „globalen Denken und lokalen Handeln“ haben wir es also mit einer Bewusstseins- und einer Handlungsebene zu tun. Sogleich direkt die „ganze Welt auf einmal verändern zu wollen“, wäre ein unrealistischer, abstrakt-naiver oder illusionärer Ansatz, was nicht die Tatsache ausschließt, dass jedes örtliche Handeln unmittelbare Auswirkungen auf die gesamte Weltentwicklung hat - aber nur dann in positiver Weise, wenn vor Ort auch wirklich für die Welt menschlich, d.h. dreigliederungsgemäß gehandelt wird.

Noch gewichtiger und deutlicher werden die regionalen Beziehungen und Zusammenhänge im Bereich der Landwirtschaft mit ihren regionalen Kreisläufen, wie nachfolgend weiter verdeutlicht. Gerade die jüngste Ernährungskrise (BSE und MKS) hat ja die Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens in den regionalen Zusammenhängen von Stadt und Land unübersehbar gemacht.

Fragen zur Zusammenarbeit von Mensch zu Mensch in regionalen Kulturräumen

Wie können also die Menschen in Stadt und Land durch Zusammenarbeit in regionalen Kulturräumen (als regionale Bewusstseinsräume und soziale Gestaltungsräume) Wegbereiter werden für eine nachhaltige, d.h. assoziative Wirtschaftsordnung? Wie können sie gewonnen werden für Assoziationen von Mensch zu Mensch, von Region zu Region, weltweit, in partnerschaftlicher Gesinnung, angestoßen durch die akute Ernährungs- und Versorgungskrise in einer Welt der ungerechten Güter- und Reichumsverteilung und der ökologischen Zerstörungswut?

Wie können Stadt und Land sich zu Kulturregionen und Verantwortungsketten wiederbeleben, in denen natur- und menschengemäß gewirtschaftet wird - als zukünftiges Zivilisationsprinzip? Und wie können dadurch in Stadt und Land, die sonst ihrem Niedergang entgegenzueilen, kulturelle Keimzellen neu entstehen, aus denen gesunde Wirtschafts- und Sozialbeziehungen hervorgehen? Wie kann durch die Stadtbevölkerung eine Unterstützung der regionalen Landwirtschaft erfolgen und diese wiederum zur gesunden Ernährung der Städter beitragen - als Konzept wirtschaftlicher Zusammenarbeit in regionaler Selbstverwaltung?

Es taucht also auch bei diesem Thema die Frage auf: Hat nicht alles, was wir hier lokal und regional tun, auch Auswirkungen auf die ganze Erde, die Menschheit und das Weltgeschehen? Ist nicht die Menschheit auf

jeden einzelnen verantwortungsbewussten Menschen in den Handlungsräumen vor Ort angewiesen?

Ergänzung und Tragfähigkeit der Globalisierung durch Regionalisierung

Es schließt sich die Frage an: Erfordert nicht deshalb der Globalisierungsgedanke seine Ergänzung und Tragfähigkeit durch Regionalisierung? Und sind nicht sogar die transnationalen Konzerne darauf angewiesen, auf die Besonderheiten der Regionen mit ihren kulturellen Eigentümlichkeiten und unterschiedlichen Bedürfnissen und Begabungen Rücksicht zu nehmen, wenn sie dort ihre Produkte in den jeweiligen Absatzregionen verkaufen wollen? (Wobei die Kultur sich nicht weltweit auf bloße Kaufkultur reduzieren sollte). Im Welthandel eignen sich überdies die landwirtschaftlichen Güter und Frischprodukte kaum für den internationalen Handel, sondern für den regionalen Markt.

Die Regionalisierung auch der Produktion kann den Waren die unverwechselbare Qualität des Regionalspezifischen aufprägen, was bei Landwirtschaftsprodukten unerlässlich ist, weil deren ortsnahe Weiterverarbeitung notwendig ist und deren Absatz z.B. in Regionalkaufhäusern der nahegelegenen Städte sinnvoll erscheinen lässt. Ein so verstandener Regionalismus, der durch die regionale Kulturpflege (einschl. Kulturlandschaftspflege) ergänzt und geprägt wird und den Genius loci eines Ortes einbezieht, ist kein Rückfall in Provinzialismus oder Separatismus, auch keine Umkehr der notwendigerweise weltumspannenden Wirtschaftsbeziehungen ohne Grenzen.

Globalisierung und Regionalisierung sind kein Widerspruch

Die Weltwirtschaft und die Menschheitskultur profitieren von den Regionen und umgekehrt die Regionen von der Weltwirtschaft und von anderen Regionalkulturen. Dafür ist die Voraussetzung, dass so viel wie möglich vor Ort an den menschlichen Wirkungsstätten selber geregelt wird und so wenig wie möglich zentralistisch. Der Regionalismus ist Bedingung und Voraussetzung für eine wieder am Menschen orientierte Wirtschaftsweise und Sozialordnung. Die Globalisierung erzwingt also auf der anderen Seite geradezu eine Regionalisierung (und in den Regionen eine Individualisierung und Spiritualisierung), damit sie der Menschheitsentwicklung dienlich ist.

Der Zukunftsblick sollte also auf die Regionen gerichtet werden als die zukunftsfähigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltungsräume - und auf die wechselseitigen Abhängigkeiten von Stadt und Land als zwei Pole ein und derselben Wirklichkeit. Stadt und Land sind eine regionale Schicksalsgemeinschaft. Von der Wandlungsfähigkeit unserer bislang noch stetig wachsenden und ausufernden Städte hängt entscheidend die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Zukunftsentwicklung ab - und vom Verhältnis der Stadt zur umgebenden landwirtschaftlich geprägten Landschaft im Umland mit den regionalen Zusammenhängen, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen.

Stadt und Land als regionale Schicksalsgemeinschaft und kulturelle Keimzellen

Die Städte sind ja durch die Versorgung ihrer Menschen ganz eng mit dem Land verbunden. Sie sind keine isolierten Inseln, so wie auch die Landwirtschaftsbetriebe keine isolierten Inseln sein können. Städte konnten auch nur entstehen, weil es eine Überschuss produzierende Landwirtschaft gab. Wir müssen also die gesamt-räumlichen und funktionalen Zusammenhänge der Regionen als Arbeits- und Lebensräume ganzheitlich denken, aber auch die geistig-kulturellen Zusammenhänge der regionalen Kulturräume einbeziehen.

Beide, Stadt und Land, haben als Basis für das Wirtschaftsleben Keime für die Kulturentwicklung in Europa und anderen Teilen der Welt gelegt. Sie brauchen heute selber neue Kulturimpulse anstelle einer lebenszerstörenden Landwirtschaft und einer lebensfeindlichen Stadtkultur - und einer daraus hervorgegangenen lebensfeindlichen Wirtschaft.

Beide dürfen nicht länger nur von ökonomischen Wachstumsimpulsen beherrscht sein, wenn sie zur Erneuerung der Wirtschaft, zur Entfaltung der Kultur und zur Neuordnung des sozialen Zusammenlebens beitragen wollen. Das kann nicht die Aufgabe globaler Institutionen sein, das müssen die Menschen in Stadt und Land aus eigener Kraft regional angehen.

Heute werden die Grenzen und Lebensstile zwischen Stadt und Land in den zersiedelten Agglomerations- und Ballungsräumen fließend. Stadtlandschaft und Reste von bedrohter Kulturlandschaft durchdringen sich. Sehr viele Landwirtschaftsbetriebe befinden sich in den Stadtgebieten, in den Freiräumen und Resträumen am Stadtrand. Das Elend der großen Städte und das Elend der industrialisierten Landwirtschaft führt die Menschen in eine vielschichtige Ernährungs- und Nahrungsmangelkrise mit geistig-seelischem Nahrungsmangel.

Über 60% der Menschen leben bereits in Städten mit geringem Naturbezug. Städtische Konsumgewohnheiten und Ernährungsweisen erreichen längst die verstäderten Dörfer. Bei ihrer zeitweiligen Stadtfucht haben die auf die Dörfer gezogenen Städter ihre städtischen Lebensgewohnheiten mitgenommen und dort eingeführt.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft ging mit der Industrialisierung der Städte einher, aus der gleichen materialistischen Sicht- und Wirtschaftsweise. Beide sind auch von einer verfehlten Geld- und Bodenpolitik abhängig geworden. In vielem unterscheiden sich also die städtisch und ländlich geprägten Räume mit ihren Wechselwirkungen kaum noch. Sie sind stärker denn je schicksalhaft miteinander verwoben und nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch, kulturell und sozial aufeinander angewiesen.

Nachhaltigkeit: Regionale Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Was wären jetzt die richtigen Konsequenzen, um aus so manchem entstandenen Dilemma herauszukommen? Selbstbestimmte Lebensverhältnisse und allen zugängliche Runde Tische mit direkter Menschenbegegnung sind

kaum national oder global zu organisieren, sondern eher in den Regionen mit individueller Ausprägung möglich - die nicht identisch sein müssen mit Verwaltungsregionen. (Die Einheitsregion gehört ebenso wie der Einheitsstaat „auf den Müll der Geschichte“).

Die staatliche Allzuständigkeit auch für die Landwirtschaftspolitik - mit ihren krassen Auswüchsen in der zentralstaatlichen EU-Politik - greift ebenso tief in das Leben der Menschen ein wie die Allmacht der konkurrenzorientierten Marktwirtschaft. Können nicht stattdessen regionale Zusammenarbeitsformen der Wirtschaft - bei der die Machtverhältnisse aus ihrer Anonymität geholt werden - zur Lösung vieler Probleme, so auch des „Arbeitslosenproblems“, das ja ein Problem der Einkommensverteilung ist, beitragen?

Bei einer nachhaltigen Regionalentwicklung ergeben sich auch Potenziale für neue Arbeitsplätze und sinnvolle Betätigungsfelder nicht zuletzt in der Landwirtschaft, wo jede Menge engagierter Menschen und Investitionen dringend gebraucht werden, will man tatsächlich die biologische Landwirtschaft auf 20% steigern.

Biologische oder naturnahe Landwirtschaft braucht erheblich mehr Flächen und benötigt ein dörfliches wie ein städtisches Umfeld. Schon die Steigerung auf 10% ökologische Landwirtschaft bedeutet eine Vervierfachung der Hektar-Flächen, ferner riesigen Investitionsbedarf in Stallbauten, und in erheblichem Umfang sind Fachkräfte regional auszubilden, Arbeitskräfte werden benötigt - also ein großer Anschlag für die Wirtschaft.

Viele Landbewohner, die in die nächstgelegenen großen Städte abwanderten, sind ja dort nicht immer glücklich. Sie erlebten teilweise Entwurzelung, Vereinsamung und Anonymisierung. Sie könnten mit besseren Einkommensperspektiven wieder zurückkehren, zumindest die Verbindungen wieder herstellen oder mit den Landwirtschaftsprodukten in den Städten handeln. Sie könnten sich kompetent um die Stadtökologie bemühen, stadtnahe Schulbauernhöfe betreiben usw.

Wie kann zudem die Verständniskluft der Städter gegenüber der Landwirtschaft abgebaut werden? Bis 2006 wird damit gerechnet, dass die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben werden, nach dem schon jahrelang anhaltenden Höfesterben. Der Haupterwerb wurde zum Nebenerwerb, teils infolge der generations- und Nachwuchsprobleme, aber auch der ruinösen Landwirtschaftspolitik und des harten Existenz- und Überlebenskampfes.

Immer mehr Flächen des städtischen Umlandes wurden überdies in Anspruch genommen und die Landwirtschaft dadurch zurückgedrängt. Ein Stillstand oder eine Trendwende ist noch nicht in Sicht, im Gegenteil, der Verstädterungsprozess schreitet fort. Viele gute Ackerböden werden für Verkehr, Wohnen und Gewerbe oder Freizeitanlagen verbraucht. Mit Nachhaltigkeit hat das wenig zu tun. Landschafts- und Naturschutz in der Stadt und um die Stadt und auf dem Land steht im Spannungsfeld mit den wachsenden Lebensraumansprüchen und Gesundheitsbedürfnissen der Menschen mit ihren veränderten Lebensweisen.

Haben wir seitdem überhaupt noch genügend unzersiedelten und unbelasteten Raum für Landwirtschaft mit gesunden Böden? Und haben wir die bereitwilligen und fähigen Menschen, die sich dort einbringen mit dem entsprechenden Bewusstsein? Nachhaltigkeit erfordert also regionale Formen der wirtschaftlichen, der sozialen und kulturellen Zusammenarbeit.

Regionales Denken und Handeln: Veränderte Lebensstile, Ernährungsweisen und Konsumgewohnheiten

Vor geraumer Zeit wurde die Parole ausgegeben: „Neue Städter braucht das Land.“ Man könnte jetzt hinzufügen: „Neue Bauern braucht die Stadt.“ Die Verbraucher leben, wie zuvor erwähnt, zu 60% in den Städten, die eine herausragende Rolle einnehmen. Kann aber die Siedlungsform der Stadt auch in Zukunft noch ihre Funktion erfüllen - oder müssen nicht Stadt und Land gleichermaßen ihr Wesen verändern? Müssen die Stadtmenschen mit den dort üblichen Lebensstilen und Ernährungsweisen sowie Konsumgewohnheiten, mit ihrem Energieverbrauch und Verkehrsverhalten nicht gleichermaßen ihr Denken und Handeln verändern?

Jetzt müssen die Verbraucher in die Pflicht genommen werden, wollen sie gesunde Nahrung haben, die ihren Preis hat. Von den Verbrauchern hängt es auch ab, ob eine konsequent ökologische Produktionsweise unter menschenwürdigen sozialen Bedingungen eingeleitet wird. Verbraucherschutz, Umwelt- und Tierschutz und soziale Arbeitsbedingungen sowie faire Preise müssen im Zusammenhang gesehen werden und die gruppenbezogene Interessenpolitik ablösen. Gäbe es eine starke Verbraucherbewegung, die an vielen Orten Wirkung entfalten würde, brauchte man sich über die negativen Auswüchse der Globalisierung kaum noch zu unterhalten; sie wäre die wirksamste Gegenmacht mit Einfluss auf Qualität, Preise, Arbeitsplätze, Umweltstandards, Produktionsstandorte und Regionalverträglichkeiten. Ganze Regionen könnten sich des negativen Einflusses negativer neoliberaler Zugriffe erfolgreich erwehren, wenn sie nur wollten.

Für die Gestaltung der regionalen Entwicklung brauchen wir aber Leitbilder für die Land- und Stadtentwicklung gleichermaßen, die beide neu überdacht werden müssen, mit Blick auf eine soziale Ausrichtung, wegen der vielseitigen Verflechtungen und dynamischen Prozesse zwischen Stadt und Land mit ihren ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Austauschbeziehungen.

Kulturelle Vielfalt: Pflege regionaler Kultur und Kulturlandschaft sowie Stadtkultur

Kulturelle Vielfalt zu bewahren, heißt auch: regionale Kultur und Kulturlandschaft zu bewahren und Stadtkultur zu pflegen. Jede Stadt ist trotz zunehmender Einheitsgestalt und kultureller Nivellierung ein geschichtlich gewachsenes Gebilde mit spezifischem Charakter auch der Stadtlandschaften und eigener Prägung des ländlichen Umlandes. Kulturelle, soziale, wirtschaftliche und individuelle Entwicklung muss regional ermöglicht wer-

den. Der Regionalgedanke ist heute als Lebensgedanke auch gegen eine abstrakte Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse und Ernährungsweisen ausgerichtet.

Wie können also in diesem Sinne die so geprägten Regionen zu lebensfähigen und gesunden Biotopen und Soziotopen werden? Die Regionen sind als schützenswerte Lebens- und Entwicklungsorte von Menschen, Tieren und Pflanzen und von Kultur anzusehen, in denen eine Vitalisierung von Böden und Pflanzen, eine Gesundung der Menschen und der Kulturlandschaft sowie eine Wiederbelebung der Stadtkultur und Stadtökologie anzustreben ist: ein hoher, aber unverzichtbarer Anspruch.

Der Erhalt der gefährdeten Kulturlandschaft ist die Grundvoraussetzung für die Zukunft der Landwirtschaft. Landwirtschaft und Naturschutz müssen Bündnispartner werden. Und die davon abhängigen Menschen in den Städten müssen ebenfalls als Partner gewonnen werden. Naturschutz im städtische Umfeld ist auch wichtig als Erfahrungsfeld für Stadtbewohner und Kinder, um ein Empfinden für das dialektische Wechselverhältnis von Stadt und Land und für die Nahrungsmittelströme und Ernährungskreisläufe zwischen Stadt und Land zu erfahren. Praktika der Stadtkinder auf den Bauernhöfen sind ein wichtiger Ansatz.

Stadt und Landbewohner sollten nicht in einen Gegensatz gebracht werden nach dem Motto: „Urbanisten gegen Umweltschützer“, sondern Umgang mit fairem Interessenausgleich sollte eingeübt werden. In die Erde als lebendigen Organismus müssen sich auch der Stadtorganismus wie der landwirtschaftliche Organismus harmonisch einfügen. Standortgemäße Natur kann Übergänge schaffen und in die Stadt räumlich hinein- und hinausführen über erlebbare Grünzüge.

Wir können nicht das Abholzen von Regenwäldern in fernen Regionen kritisieren, wenn wir zugleich selber die Landschaft in unseren eigenen Lebensräumen verunstalten, ausbeuten und zerstören. Mit dieser Grundhaltung sollten wir Regionalgestaltung betreiben. Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Stadt und Land benötigen beide neue Sozialformen, Kulturpflege, Kooperation und partnerschaftliche, organische Zusammenarbeit. Beide benötigen auch ökologische Umorientierung und Vernetzung, mit regionaler Ausprägung der Kulturlandschaft und der Stadtgestaltung. Stadtentwicklung und Landentwicklung gehen nur aufeinander abgestimmt.

Standortabhängigkeit und Regionalgebundenheit der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist regional gebunden, standort- und landschaftsgebunden, bodenverbunden. Gesund zu essen, gesund weiterzuverarbeiten und gesund zu vermarkten ist nur regional möglich. Darum können wir auch nicht von hier aus über den Welthandel die Ernährungskrisen in den entfernten Armutsländern der Welt lösen - im Gegenteil: die bisherige Art des konkurrenzorientierten Welthandels erzeugt ja diese Armut. Wir können aber hier gesunde und dreigliederungs-

gemäße Formen der Landwirtschaft vorbildhaft entwickeln und bei dortigen Aufbau einer standortgerechten Landwirtschaft in den Armutsregionen helfen.

Denn unser lokales und regionales Handeln sollte ja vom globalen Denken geprägt sein im Sinne einer brüderlich gestalteten Weltwirtschaft. Die Erde als Ganzes ist ja zum sozialen Organismus geworden. Weltweiter grenzenloser Handel hat die Menschheit zu einer großen Wirtschaftsgemeinschaft gemacht, ein Wirtschaftsgeflecht aus Regionen. Jetzt ist es im Sinne der Geschwisterlichkeit notwendig und zeitgemäß, die Fähigkeiten und Leistungen dafür individuell und regional zu erbringen, gerade in der standortgebundenen Landwirtschaft und Grundnahrungsmittelproduktion, die keine weltweiten Transporte erlaubt - sonst wäre das Hungerproblem in der Welt ja schon gelöst.

Europas Armutsregionen: soziale Unterentwicklung, geistig-seelische Armut

Wir müssen begreifen: die eigentlichen Entwicklungsländer und Armutsregionen sind wir hier in Europa und in der westlichen Welt. Hier herrscht geistig-seelische Armut, hier herrscht sozialer Ideenmangel. Wir sind sozial unterentwickelt und unsere konkurrenzorientierte Marktwirtschaft führt in die Barbarei. Das leben wir den sogenannten Entwicklungsländern vor und zwingen ihnen im Zuge der Globalisierung dieselben inhumanen Verhaltensweisen auf.

Unsere Wirtschaftsweise ist nicht am Menschen orientiert und nimmt keine Rücksicht auf Tier- und Pflanzenwelt, auf Luft, Wasser und Boden. Dadurch ist unsere jüngste Landwirtschaftskrise ausgelöst worden. BSE und MKS (Rinderwahnsinn und Maul- und Klauenseuche) sind Krankheitssymptome nicht nur der Tiere, die auf die unnatürlichen Lebensbedingungen reagiert haben. Der äußere Rinderwahn ist geistiger Natur: er hat seinen Erreger in uns Menschen. Er weist uns auf krankhaftes Denken, Fühlen und Wirtschaften, auf krankhaftes Verhalten und falsches Ernähren hin, auf fehlendes Bewusstsein über die regionalen Kreisläufe im globalen Wirtschaftszusammenhang.

Die Ausbreitung der Rinderseuche macht die Notwendigkeit deutlich, die Erzeugung von Lebensmitteln überwiegend regional auszurichten und sich im Wirtschaftsleben sozial zu verhalten. Dazu müssen dringend wieder gesunde Produktionskreisläufe sowie regionale Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen für die gesamte Landwirtschaft aufgebaut werden. Diese Umorientierung muss auch Teil einer neuen Agrarpolitik werden, bei der die Verbraucher und Händler mit den Produzenten eng zusammenarbeiten.

Eine „Lebenslandwirtschaft“ ist von sich aus regional

Es dürfte einleuchten: Eine „Lebenslandwirtschaft“ ist von sich aus regional. Sie befindet sich im ganzheitlichen Arbeits- und Gemeinschaftszusammenhang mit regionalen Handwerks- und Handelsstrukturen und in Kooperation mit den zu versorgenden Städten in der Regi-

on. Es fehlt für eine solche neue Lebenslandwirtschaft der Zukunft, vor dem Hintergrund der Massentierhaltung, überdies an Moral und Ethik, an Sozialverhalten, ja, an sozialer Dreigliederung, die den lebendigen natürlichen Organismus und den sozialen Organismus wieder in Einklang bringen könnte durch den „Dreiklang“.

Verlorene Beziehung zu regionalen Kultur- und Landschaftsräumen

Zugleich bemerken wir den Verlust an Menschenwürde infolge der unwürdigen Tierhaltung und der fehlenden Ehrfurcht vor dem Leben. Wir behandeln die Tiere als Warendepot und die Pflanzenwelt als gentechnisches Labor. Wir zerstören die Kultur- und Agrarlandschaft als unsere Lebensgrundlage und haben mit unserem ungeistigen Naturverständnis die Beziehung zu unseren regionalen Kultur- und Landschaftsräumen verloren. Wir haben kein Wahrnehmungsorgan mehr für die unterschiedliche Begabung der einzelnen Erdenorte und ihre geistige Ausstrahlung.

Die aus dem gleichen materialistischen Denken erfolgte Industrialisierung der Landwirtschaft geht einher mit der Industrialisierung der Städte, die in enger Wechselwirkung stehen. Die Krise der Landwirtschaft offenbart uns eine weitreichende „Ernährungskrise“: nämlich den Mangel an geistiger und seelischer Nahrung als eigentliche Ursache - geprägt durch die Trennung von Natur- und Geisteswissenschaft. Demgemäß spiegelt die Krise unserer großen Städte den Kulturverfall wider, mit der realen Gefahr des Niederganges der Menschheitszivilisation.

Dadurch entziehen wir uns der Mitverantwortung für die Probleme - als Stadtbewohner, als Konsumenten, durch unseren Lebensstil usw. Wie kommen wir zu einem veränderten Denken und Handeln und auch zu einem anderen Mitfühlen mit den notleidenden Menschen und mit der Natur und Tierwelt? Das geht nur vor Ort in den Regionen, wo man Auge in Auge notleidenden Mitmenschen gegenübersteht, die nicht nur in der anonymen Armutsstatistik auftauchen, und wo man mit allen Sinnen das Leid der Kreaturen in der Massentierhaltung auf sich wirken lässt.

Mit der Suche nach Schuldigen und Verantwortlichen ist es nicht getan, ebenso nicht mit der Frage nach Zuständigkeiten. Wir müssen selber verantwortlich mitwirken an einer sozialorganischen Gestaltung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens.

Es schlägt die Stunde der Verbraucher: Radikale Agrarwende in den Regionen

Die nun geforderte radikale Agrarwende ist nicht allein mit der Veränderung einiger politischer Rahmenbedingungen auf nationaler oder europäischer Ebene zu bewirken, obwohl das 6-Punkte-Programm von Landwirtschafts- und Verbraucherministerin Künast, auf dem Höhepunkt der Krise verkündet, richtige Ansätze enthält wie z.B. regionale Vermarktung, Qualitätsstandards und gläserne Produktion, artgerechte Tierhaltung und Mast ohne Antibiotika und Tiermehlverfütterung, ferner Stei-

gerung des Marktanteils an Öko-Produkten auf 10 bis 20% auch durch Wandel im Einzelhandel (Bio-Produkte im Supermarkt).

Wir müssen aber auch eine ganz persönliche Agrarwende vollziehen: Jetzt schlägt die Stunde der Verbraucher! Die Unzufriedenheit der Verbraucher über die Entwicklung der Landwirtschaft und Agrarpolitik und die mangelnde Qualität der Produkte kann jetzt genutzt werden. Längst müsste es Verbraucherboykotts geben bei minderwertigen Nahrungsmitteln. In den Aktionsformen könnte man dabei von Greenpeace lernen. Selbst die Gewerkschaften haben jetzt erkannt, dass sie ein Bündnis mit der Verbraucherbewegung eingehen müssen, weil Löhne, Preise, Arbeitsplätze und Gesundheit sowie Lebensqualität eng zusammenhängen.

Tausende Bauern und Händler, hunderttausende Konsumenten in einer Region, die sich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung bewusst werden, wären ein gewaltiges Potenzial zur Veränderung der Verhältnisse. Der Verbraucher kann nicht nur an seine tägliche Versorgung denken, sondern muss über den eigenen Tellerrand blicken. Bei seinem Konsumverhalten und seiner Ernährungsweise und seinen Preisvorteilen steht immer folgende Frage mit im Hintergrund: Wie wollen wir im Zusammenhang unserer Wirtschaftsweise, bei der jeder einzelne immer auf den anderen angewiesen ist, unsere Erde, unsere Städte und Regionen, unsere ländlichen Lebensräume entwickeln? Wie können wir durch faire und gerechte Preise umweltschonend, arbeitsplatzschaffend, einkommenssichernd und gesundheitsfördernd wirtschaften?

Regionale Wahrnehmungsorgane und Organisationsstrukturen

Wie und wo können wir die Folgen und Konsequenzen unseres Wirtschaftens am besten ins Bewusstsein nehmen? Wie schaffen wir dafür Wahrnehmungsorgane und Organisationsstrukturen in unseren Regionen? Wie gewöhnen wir uns an „regionale Preise“ statt an absolute Einheitspreise? Die Preismaßstäbe werden sich in regionalen Zusammenhängen verändern müssen. Das einstige Ziel der Bundesraumordnung, einheitliche und vergleichbare, zumindest gleichwertige Lebensverhältnisse und -bedingungen in allen Regionen zu schaffen, wird neu zu überdenken und zu differenzieren sein, so wie überhaupt der regionalen Ebene mehr Gestaltungsverantwortung überlassen werden muss. Denn die Steuerung und der Ausgleich der unterschiedlichen Regionalentwicklungen „von oben“ war nur bedingt erfolgreich.

Betrachten wir das Zustandekommen der Landwirtschaftskrise genauer, kommen wir auf folgenden komplexen Zusammenhang: Es begann mit der Entvölkerung der ländlichen Räume, mit der Landflucht wegen der schlechten Einkommensverhältnisse und der zurückgebliebenen Lebensverhältnisse in den Dörfern einerseits, mit der Übervölkerung der großen Städte als Fluchtburgen der Armen und Arbeitsplatzsuchenden andererseits. Dadurch wurde die Zersiedelung der Landschaft und die Versiegelung der einstigen landwirtschaftlichen Flächen im Stadtumland hervorgerufen, ferner die Um-

weltverschmutzung auch durch eine mechanisierte, industrialisierte Landwirtschaft und die zugehörige Massentierhaltung verschlimmert. Die Einkommensbelastungen der Bauern führten zur Technisierung und Rationalisierung, zum chemischen Gifteinsatz und zur Produktionssteigerung mitsamt Massentierhaltung.

Der agrar-industrielle Komplex entstand, von dem die Städte profitierten, auch mit der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie und den Supermärkten. Diese Industrialisierung der Landwirtschaft wurde als nötig erachtet wegen der Ertrags- und Produktionssteigerung zur Versorgung der vermehrten Stadtmenschen und zur Erfüllung ihrer Preiserwartungen und künstlich gesteigerten Konsumbedürfnisse im Zuge der marktwirtschaftlichen Konkurrenz, aber auch aus Profitinteresse. Höhere Angebotsmengen führten zur Überproduktion.

Durch einen erbarmungslosen Verdrängungswettbewerb kam es zu sinkenden Preisen und sinkenden Einkommen für die Bauern. Die Spirale begann von vorn. Begünstigt wurde diese negative Entwicklung durch die dementsprechende Agrar- und Subventionspolitik der EU, mit der Folge von Überproduktion und überquellenden Speichern bei uns sowie Hunger und Ernährungsmangel anderswo.

Mit dieser Wirtschaftsweise und chemischen Boden-düngung sowie Flurbereinigung und Massentierhaltung trat die Landwirtschaft als größter Zerstörer ihrer eigenen Naturgrundlagen und der Kulturlandschaft auf. Quantität ging vor Qualität. Ganze Landstriche und wertvolle Böden wurden zur bloßen Freizeitlandschaft mit Golfplätzen und Vergnügungsparks. Für diese Zusammenhänge fehlte es an Wahrnehmung, die erst mit zunehmender Globalisierung verstärkt auftritt. Erst recht fehlt es an regionalen Organisationsstrukturen und Runden Tischen, um aus eigener Kraft eine Neuordnung anzugehen. Mit der Lokalen Agenda 21 bilden sich allmählich Strukturen heraus, die sich für eine andersartige Herangehensweise an dieses Problembündel auf regionaler Ebene eignen.

Von unten globalisieren: Die Regionen als relevante Räume der Neugestaltung

Durch die geschilderten Entwicklungen entfremdeten sich die Städter noch mehr von der stadtnahen Natur und gesunden Ernährungsweise. Mit der abnehmenden Nahrungsmittelqualität wiederum, ja, man muss schon fast von der Fäkalisierung der Nahrungsmittelkette sprechen, und mit der Entfremdung von der Natur kam es zu Beeinträchtigungen der Gesundheit. Tierkadaver wurden verfüttert und Wachstumshormone gegeben. Abfälle mit chemischen Geschmackskomponenten kamen in die Lebensmittel. Die dadurch hervorgerufenen Gesundheitsschäden bei Mensch und Tier wiederum will man künftig mit gentechnischen Methoden in den Griff bekommen, also aus einem ungeistigen, materialistischen Natur- und Menschenverständnis, mit dem ethische Grenzen überschritten werden. Ein teuflischer Kreislauf, der sich da in Gang gesetzt hat und seinen Gipfelpunkt in den gegenwärtigen Krisen findet.

Jetzt haben wir es in der Hand, regional dafür zu sorgen, dass die Städte wieder zu geistig-kulturellen Zentren werden und die Dörfer zur wirtschaftlichen Erneuerung auf ökologischer Basis beitragen. Dieses Thema wird sich noch einmal als überlebensnotwendig für die Weltbevölkerung erweisen! Die Stadtregionen mit ihrem Umland sind im Zuge der Globalisierung die relevanten Räume der Umgestaltung.

Müssen wir nicht in dem Zusammenhang den Kulturbegriff ausweiten? Kultur ist alles, wo Menschen sich um die Menschheit kümmern, um die Erde, die Mitwelt, die Umwelt - wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der lokalen Agenda 21. Um die Idee des Menschen in der konkreten menschliche Situation sichtbar zu machen, brauchen wir Freiraum für kreative Aktivität in selbstorganisierten Bürgergruppen in der Region. Aus dem selbstorganisierten Kulturleben entsteht auch ein neuer Typ von Arbeit, außerhalb des erwerbsorientierten Kreislaufs, durch gemeinnützige Eigenarbeit neben der Erwerbsarbeit. Dem fühlt sich auch die „Bürgerkommune“ verpflichtet als Versuch, mit dem Subsidiaritätsprinzip in vielen Städten, Kreisen und Gemeinden ernst zu machen und die gemeinnützige Gemeinwesenarbeit nach vorne zu bringen.

Auch der Landwirtschaft in einer immer wesensferneren Welt fallen ganz neue gesellschaftliche Aufgaben in der Region zu. Der Bauer kann neue Tore öffnen zu den Bedürfnissen der Menschen: Die Landwirtschaft als Tor zur Welt des Lebendigen, wie es z.B. der Initiative Terra Nuova in Karlsruhe vorschwebt. Was bedeutet Lebendiges? Zu diesen Dimensionen des Denkens kann die Landwirtschaft Zugang verschaffen.

Diese und viele andere Fragen sind jetzt auf regionaler Ebene in globalem Bewusstsein neu zu bedenken: die Frage von Arbeit und Ausbildung, von Steuern und Subventionen, von Bodenrecht und Pacht, von Grundeinkommen für Bauern, von Kontrolle und Vertrauen, von Entwicklungshilfe, von Verursacherprinzip, von Familieneinkommen usw.

Förderpolitik nicht für Regionen, sondern von Regionen

Eine solche Herangehensweise erfordert auch ein Umdenken bei der Förderpolitik. Wir brauchen künftig nicht eine Förderpolitik *für* Regionen, sondern *von* Regionen. Die Maßstäbe legen die Regionen selber fest nach ihren Gegebenheiten: regionale Qualitätsmerkmale, regionale Preise, regionale Absatzmärkte, regionale Produktionsbedingungen, regionale Selbstverpflichtungen und Solidarität im Rahmen assoziativer Zusammenarbeit und bei der sozialen Fürsorge in der Region.

In dem wirtschaftlich-sozialen Beziehungsgeflecht von Stadt und Land könnte überdies auf den Höfen und in den Einrichtungen folgendes stattfinden in regionaler Vernetzung: Lehrlingsausbildung in landwirtschaftlichen Betrieben, Resozialisierung ehemaliger Strafgefangener, Kooperation mit Restaurants und Schulküchen, ökologische Pflanzenzüchtung in Kooperation mit Gemeinden und Grünflächenämtern, wissenschaftliche For-

schungsprojekte (mit Hochschulen der Region), Kultur im Gewächshaus, Stallbau mit Schulklassen, Altenbetreuung und Kinderbetreuung, schulpädagogische Projekte, um nur einige Beispiele anzudeuten. Interessant wäre auch die Umstellung von Grünpflege und Biotopmanagement auch durch traditionelle alte Landtierrassen wie Schafe, Ziegen oder alte Rinderrassen.

Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Gesellschaftlicher, sozialer und kultureller Handlungsbedarf besteht in allen Feldern. Aber nicht nur die Landbevölkerung hat wichtige Aufgaben, auch die Rolle der Städte ist neu zu sehen, die im Rahmen der Stadtökologie lebensraumverändernde Beiträge leisten kann. Auch in den Städten, in den Gewerbegebieten kann anders, nachhaltig und umweltverträglich sowie sozialverträglich produziert und nachhaltig gewirtschaftet werden.

Manches andere ist noch in der Stadt zu tun, will sie ihrem kulturellen und baukünstlerischen Anspruch wieder gerecht werden, geschweige ihre wirtschaftliche und soziale Mittelpunktfunktion in der jeweiligen Region erfüllen. Mit dem schon erwähnten Schritt zur „Bürgerkommune“ kann sie das Subsidiaritätsprinzip einlösen und die Mitverantwortung, die Eigenverantwortung und Selbstverwaltung der Bürger stärken. Aus eigener Kraft sollten die Regionen sich auf ihre spezifischen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Begabungen besinnen, um sich vom Gängelband staatlicher und europäischer Fördertöpfe unabhängig zu machen, mit denen oft eine ungewollte und unverträgliche Regionalentwicklung aufgezwungen wurde.

Regionale Bündelung menschlicher Ressourcen in regionalen Partnerschaften

Menschliche Ressourcen, d.h. Köpfe und Fähigkeiten sowie Willenskräfte von gesellschaftsverändernden Menschen können regional gebündelt werden. Jeder kann seinen Beitrag leisten, damit alle gemeinsam an das Anliegen und Ziel ihrer Wünsche und Bestrebungen gelangen. Keiner kann ohne den anderen existieren: Produzenten, Bauern, Verarbeiter, Händler, Konsumenten, Kulturschaffende, die nicht Konkurrenten, sondern Partner sind - und das nicht nur auf dem Papier, sondern in der realen Menschenbegegnung. Die Partnerschaften müssen also sichtbar und wirksam und schließlich erlebbar werden.

Nicht die Weltkonzerne und die Globalisierungselite und auch nicht die nationalen Politiker und EU-Bürokraten bestimmen also, was bei uns in Stadt und Land, in der Region passiert und wer dort investiert oder Standorte beansprucht, sondern die Menschen selber sind für die Gestaltung ihrer Lebensräume, ihrer sozialen Beziehungen und für ihre Zukunft insgesamt verantwortlich.

Das reicht hinein bis in zivilen Ungehorsam, wenn sich z.B. das per internationalem Regierungsabkommen ohne demokratische Willensbildung drohende GATS-Abkommen durchsetzen sollte, mit dem die Menschen ihr örtliches und regionales Gemeinwesen nicht mehr unabhängig von kommerziellen Interessen gestalten dürften. Weltweiter regionaler Widerstand und ziviler

Ungehorsam ist dann gefragt, wenn in einem undemokratischen Akt quasi der „Wirtschaftsdiktatur“ globales Handelsrecht die Dienstleistungen am Menschen zur bloßen Ware degradiert. Ansonsten wäre damit das Ende der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung eingeläutet und ein weiterer Verstoß gegen die Menschenwürde zementiert.

Plötzlich merken wir: Die an sich für die Wirtschaftsbeziehungen notwendige Globalisierung ruft durch ihre falsche verhängnisvolle neoliberale Gestaltung Gefahren und Krisen hervor, die zu einem Aufwacherlebnis führen. Die große Krise wird zur ungeahnten Chance! Das gilt gleichermaßen für die Landwirtschafts- und Ernährungskrise. Das Zentrum der globalisierten Welt, die Mitte, ist dann dort, wo wir selber stehen: die Zukunft muss von hier aus den Regionen heraus gestaltet werden, von den Menschen vor Ort, die nicht nur reden und schreiben und demonstrieren oder Tagungen abhalten - was auch alles sein muss - sondern durch aktive Menschen, die auch im Alltag handeln, zusammen mit anderen Menschen in ihren regionalen Lebenszusammenhängen.

Spiritualisierung: Heilung der Erde von Region zu Region, von Mensch zu Mensch

Wir brauchen weniger internationale oder globale Handelsabkommen als vielmehr regionale „Handlungsabkommen“. Die regionalen Dimensionen der Globalisierung eröffnen uns neue Dimensionen; wir bewegen uns dann in „höheren Regionen“, wenn wir die Dimension unserer eigenen Aufgaben und Herausforderungen richtig erkannt haben und demgemäß handeln.

Dann wird nachhaltiges Wirtschaften zu assoziativem Wirtschaften und beginnt mit der nachhaltigen Beteiligung an den regionalen Wirtschaftsprozessen und sozialen Gestaltungs- und Beteiligungsprozessen. Soziale Nachhaltigkeit ist soziale Dreigliederung, die es zu realisieren gilt. Ökologische und kulturelle Nachhaltigkeit heißt, den Geist in der Natur und im Menschen wiederzuentdecken und die Erde zu durchgeistigen, die unsere gemeinsame Lebensgrundlage ist.

Diesen Geist gilt es auch in die Politik hineinzutragen, damit sie sich wieder zu einer Politik für die Menschen und ihre Erde wandelt und nicht länger eine Politik im Dienste des Mammons ist, die sich dem menschenfeindlichen Terror der Ökonomie beugt. Wirtschaften, so verstanden, ist Dienst am Menschen und an der Erde. Eine in diesem Dienste regional sich zusammenfindende Menschengemeinschaft trägt zur Spiritualisierung in der Region bei, so dass die Heilung der Erde und des Menschen von Region zu Region, von Mensch zu Mensch innerlich und äußerlich zu erkämpfen ist durch uns Zeitgenossen. Das ist die erkennnistmäßige Lektion aus der sich sonst fehl entwickelnden Globalisierung: Die Individualisierung der globalen Verantwortung durch konsequente Handlungsorientierung - aus Erkenntnis auch wirklich zu handeln in aufgezeigter Richtung, dann werden wir selber zur wahren „Globalisierungselite“ im wohlverstandenen Sinne.

Anmerkung: Bei diesem Aufsatz konnte sich der Autor nicht nur auf eigene Erarbeitungen für ein Vortragsmanuskript stützen, sondern auch Grundgedanken aus Veröffentlichungen und Vorträgen von Freunden zu dieser Thematik aufgreifen, u. a. von Udo Hermannstorfer, Christoph Strawe, Harald Spehl, Nikolai Fuchs, Bernhard Steiner und Alexander Rist.

Herausforderung GATS

Das Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation WTO:

Hintergründe - Zusammenhänge - Alternativen - Handlungsrichtungen

Am 21. Oktober fand im Forum 3 in Stuttgart unter dem oben genannten Titel ein Kolloquium der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ statt. Christoph Strawe leitete mit einem Referat zu GATS ein, in dem er den Kampf gegen das Abkommen zugleich in den Kontext der Weltlage nach dem 11. September zu stellen versuchte. Hugo Lueders gab eine überaus interessante Darstellung über die Diskussion um den Dienstleistungsbegriff. Dabei machte er deutlich, dass es hier letztlich überhaupt um den Arbeitsbegriff und die Überwindung der Vorstellung der Arbeitsbezahlung geht. Ulrich Rösch sprach über Perspektiven einer fortgeschrittenen Dreigliederung, die als Leitbild bei allen Aktivitäten nicht vergessen werden dürfe. Wilhelm Neurohr, dessen Beitrag wir hier in von ihm redigierter Form abdrucken, sprach über die kommunalen Auswirkungen von GATS.

Kommunale Auswirkungen von GATS

Wilhelm Neurohr

Mit GATS schlägt die neoliberale Globalisierung unmittelbar bis auf die kommunale Ebene durch und gefährdet die kommunale Selbstverwaltung und das örtliche Gemeinwesen, nachdem die staatlichen Dienstleistungsunternehmen (Post, Bahn, Telekom, Energieversorgung, Rundfunk u.a.) bereits weitgehend privatisiert, d.h. kommerzialisiert wurden.¹ Hauptsächlich haben die Betreiber von GATS jedoch das umfassende, vielfältige und flächendeckende Dienstleistungsspektrum in den Hunderttausenden von Kommunen und regionalen Einrichtungen weltweit im Visier, die bislang durch die öffentliche Hand, durch freie Träger oder gemeinnützige Einrichtungen erbracht werden: hier eröffnet sich ein Milliardengeschäft und ein schier unerschöpflicher „Dienstleistungsmarkt“.

Neben den privaten sind vor allem die öffentlichen oder halböffentlichen Dienstleister mit teilweise über 60% derzeit die größten Branchen und Arbeitgeber in vielen Kommunen, selbst in den Industriegroßstädten an Rhein und Ruhr. (In Recklinghausen sind beispielsweise nach der Stilllegung der Bergwerke die Stadtverwaltung der größte und die Kreisverwaltung der zweitgrößte Arbeitgeber und Dienstleister am Ort. Danach kommen die zwei großen Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft, die bereits existenzbedrohende Konkurrenz von kommerziell ausgerichteten privaten „Gesundheitszentren“ bekommen). In Bedrängnis kommen auch längst die Nahverkehrsunternehmen durch kommerzielle Marktkonkurrenz, ferner die Stadtwerke durch Machteinflüsse seitens der großen kommerziellen Energieversorger mit immer noch monopolähnlicher Dominanz (trotz Liberalisierung des Strommarktes) sowie neuerdings die regionale Wasserversorgung. Das größte Wasserversorgungsunternehmen im Ruhrgebiet, Gelsenwasser, das 5 - 7 Mio. Menschen versorgt, wird nach dem Rückzug der kommunalen Anteilseigner ebenfalls vollständig kommerzialisiert, bis hin zum späteren Gang an die Börse.

Kommerzialisierungswelle überrollt Kommunen

Die Kommerzialisierungswelle überrollt die Kommunen zu einem Zeitpunkt, an dem nicht nur eine Neubesinnung auf die gemeinnützig orientierte Gemeinwesenarbeit in den örtlichen Gemeinschaften stattfindet und die ehrenamtliche Arbeit von 40% der Bevölkerung für das Funktionieren des örtlichen Gemeinwesens sorgt, sondern wo überdies das Subsidiaritätsprinzip sich immer mehr durchzusetzen beginnt. Es gibt Beispiele z.B. aus der westfälischen Staat Soest, wo das städtische Kulturamt aufgelöst wurde und ein Teil der dadurch eingesparten Verwaltungskosten der stattdessen gegründeten freien Kulturinitiative der Kulturschaffenden zur Verfügung gestellt wurde - für die direkte nachhaltige Projektförderung aus öffentlichen Mitteln, mit dem Effekt einer spürbaren Belebung und Bereicherung der örtlichen Kulturaktivitäten und -veranstaltungen. Auch solche und andere dreigliederungsgemäßen Modellversuche und Ansätze drohen nun durch GATS behindert, wenn nicht schon im Keim wieder erstickt zu werden, wenn kommerzielle Dienstleister auch im Kultur- und Bildungsbereich den Vorrang erhalten sollen.

Örtliche Beziehungsdienstleistungen von Menschen für Menschen in Gefahr

Im Rahmen des Lernnetzwerkes der „Bürgerkommunen“ als neue soziale Bewegung² wird ja längst über zivilgesellschaftliche Alternativen nachgedacht und vieles ansatzweise praktiziert, was das Bürgerengagement, die Eigeninitiative und die Selbstverwaltung fördert. Ein Umdenken über die Aufgaben- und Rollenverteilung zwischen Staat, Kommune, Verwaltung, freien Trägern und Bürgerschaft, zwischen Wirtschafts-, Rechts- und Kulturleben ist vor Ort längst im Gange, nicht zuletzt auch mit vorangebracht durch die Lokale Agenda 21 mit ihren runden Tischen in mittlerweile 2500 Kommunen Deutschlands. Auf lokaler Ebene individualisiert sich die globale Verantwortung: Die engagierten Bürger mit ihrem ausgeprägten Gemeinschaftsleben, ihrem örtlichen Verantwortungsbewusstsein in den überschaubaren Zusammenhängen und ihrer sozialen Zusammenarbeit sind als „soziale Unternehmer“ auf der kommunalen Selbstverwaltungsebene der „soziale Humus für Dreigliederungsaktivitäten“. Die unmittelbare Betroffenheit durch die negativen Auswirkungen von GATS wird deshalb hier am größten sein, weil hier auch das Gespür und Empfinden für Beziehungsdienstleistungen von Menschen für Menschen am intensivsten ist.

Partizipative Basisdemokratie in Gefahr

Während über die Lokale Agenda 21 ein ausgeprägtes Bewusstsein über soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit in kommunalen Leitbildern zum Ausdruck kommt, weil die Bürger auch nachhaltige Dienstleistungsqualität anstreben und örtliche Beiträge für eine zukunftsfähige globale Lebensgemeinschaft leisten wollen, werden durch GATS solche Bestrebungen zunichte gemacht. Die Beteiligungsgerechtigkeit und der Ausbau partizipativer Basisdemokratie mit eingespielter Kultur der Bürgerbeteiligung an allen örtlichen Planungen und Vorhaben geraten durch GATS ebenso in Gefahr wie das kommunale Gebühreneinkommen für gemeindliche Dienstleistungen als zweite Säule der Gemeindefinanzierung. Indem sich die kommerziellen Dienstleister demnächst das öffentliche Gemeineigentum aneignen (wie bei Versorgungsleitungen, Schienennetz, Kanalisation, öffentlichen Gebäuden, Grundstücken und sonstiger Infrastruktur im Rahmen von Privatisierungen

auf kommunaler Ebene vielfach schon erfolgt), findet eine Enteignung des Staates und der Kommunen durch die Wirtschaft statt, die gleichwohl diese privaten Unternehmensaktionen noch subventionieren, auch kommunal im Rahmen der Wirtschaftsförderung oder bei Ausgründung von Verwaltungseinrichtungen und gewerblichen Steuernachlässen. Überdies bewirkt GATS auch ein Unterlaufen kommunalpolitischer Willensbildungen durch kommerzielle Interessendurchsetzung z.B. hinsichtlich Ladenschlusszeiten, Einkaufszentren auf grüner Wiese statt Urbanisierung der Innenstädte, Lockerung des Verbraucherschutzes, fehlende Rücksichtnahme auf die regionale Wirtschaft statt ihre Förderung, Verhinderung örtlicher und regionaler Sozial- und Umweltstandards u.v.m. Damit wird GATS auch die Regional- und Stadtentwicklung nach kommerziellen Interessen vorgeben und führt letztendlich zu einem definitiven Sozialstaatsverbot bis hinunter auf die kommunale Ebene, wo der soziale Friede und der Gemeinsinn gefährdet werden und das Ende gemeinnütziger Orientierung vorhersehbar ist.

Multinationale Dienstleistungskonzerne beherrschen die kommunale Szene

Statt heimischer oder regionaler Unternehmen werden die multinationalen Dienstleistungskonzerne die kommunale Szene beherrschen. Schon heute durchdringen sich öffentliche und kommerzielle Dienstleistungen, indem sich die Kommunen kommerzieller Beratungsunternehmen bedienen, ihr Beschaffungswesen über europaweite (demnächst weltweite) Ausschreibungen zu organisieren gezwungen sind usw. Die größte existenzielle Bedrohung haben die Kommunen aber von der forcierten Entwicklung zum „virtuellen Rathaus“ zu befürchten: Künftig wird der größte Teil auch der kommunalen Dienstleistungen und Bürgerdienste über das Internet online abgewickelt werden, was zunächst für die Bürger eine Service-verbesserung bedeutet. Die westfälische Großstadt Hagen hat in einem Modellversuch bereits bis hin zur digitalen Signatur und zur Online-Gebührenzahlung und Antragsbearbeitung die Möglichkeiten ausgelotet.

Virtuelles Rathaus: Kommerzialisierung kommunaler Dienstleistungen über Netze

Über die kommerzialiserten Netze und Lizenzen werden die Kommunen aber zunehmend in totale Abhängigkeit von den kommerziellen Netzbetreibern geraten, die sehr daran interessiert sind, auch über das Netz die Dienstleistungen als Handelsware (für die „Ware Mensch“) selber anzubieten, die bisher noch von den Kommunen erbracht und inhaltlich erarbeitet werden. Die Kommunalbediensteten in den Rathäusern werden womöglich über Teleheimarbeit in Konkurrenz zu privaten Anbietern noch gewisse Angebote ins Netz einspeisen, aus denen nicht mehr erkennbar ist, ob sie aus der öffentlichen Verwaltung oder aus dem globalen Netzverbund heraus von irgendwoher erbracht worden sind. Dem Nutzer wird das relativ egal sein, so dass die Identität mit der eigenen Kommunalverwaltung verloren geht und diese sich aus

ihrem örtlichen Bezug und Zusammenhang sowie ihrer bürgernahen Struktur ungewollt auflöst. Statt räumlicher Verwaltungs- und Hierarchie-Ebenen (Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden) wird es künftig mehr funktionale Ebenen geben. Schon gibt es Überlegungen, die „teuren“ Kommunalbediensteten künftig als „unselbständig Selbständige“ ihre Dienste anbieten zu lassen, also nicht mehr in Ausübung öffentlicher Ämter mit Gemeinwohlverpflichtung, zu denen laut Grundgesetz jeder Zugang haben muss. Die Kommerzialisierung der öffentlichen Dienstleistungen wird also über die technischen Netzwerke und den globalen Netzverbund ganz im Sinne von GATS eine zusätzliche Beschleunigung und Eigendynamik erhalten, bis hinein in das Erziehungs- und Schulwesen, da die Kommunen als Schulträger dem Vorhaben „Schulen ans Netz“ verpflichtet sind.

Aushöhlung der Kommunalverfassung und Ende der kommunalen Selbstverwaltung

Mit dem durch GATS angestrebten „Handel mit Dienstleistungen“ wird also die Kommunalverfassung (Kreis- und Gemeindeordnung) völlig ausgehöhlt, und die Kommunalparlamente haben de facto keinerlei Entscheidungsspielräume und -kompetenzen oder Einflussmöglichkeiten mehr. Damit bedeutet GATS auch einen Angriff auf die Demokratie und das Rechtsleben sowie die kommunale Selbstverwaltung, denn die Kommunalverfassungen aller Länder gehen davon aus, dass die örtliche Gemeinschaft alle Angelegenheiten der Daseinsvorsorge in eigener Verantwortung und Zuständigkeit (also nicht unbedingt in eigener Trägerschaft) im Rahmen der Selbstverwaltung regelt.

In der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen (und ähnlich lautend in allen anderen Bundesländern) heißt es zum „Wesen der Gemeinde“, dass diese die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus sind, wie jedes Schulkind schon lernt. „Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.“ Diese Organe und der Bürgerwille werden durch GATS unwirksam. Weiter heißt es zum Wirkungskreis der Gemeinden, dass diese „in ihrem Gebiet ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung“ sind. Damit ist auf eine ortsnahe Problemlösung abgezielt, also nicht durch Global Players, die mittlerweile auch in klassische Verwaltungsdienstleistungen (wie Kfz-Zulassung, Baugenehmigungen, hoheitliche Planung oder Personalwesen, öffentliche Sicherheit und Ordnung u.v.m.) eindringen. Dem öffnet GATS demnächst Tür und Tor.

Der Wille der Bürgerschaft und ihrer gewählten Organe wird ignoriert

Zu den Aufgaben der Gemeinden heißt es in der Gemeindeordnung, dass „Eingriffe in die Rechte der Gemeinden nur durch Gesetze zulässig“ sind. Die kommerzielle Wirtschaft will sich nunmehr mittels GATS auch über Recht und Gesetz erheben. Alles ist käuflich - auch das Gemeinwesen vor Ort? GATS ist ungesetzlich und undemokratisch; es setzt Recht und Gesetz sowie De-

mokratie außer Kraft. Zu den gemeindlichen Einrichtungen heißt es in der Kommunalverfassung: „Die Gemeinden schaffen (...) die für ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohner erforderlichen öffentlichen Einrichtungen.“ Das bedeutet, die Gemeinden selber gewährleisten die örtliche Infrastruktur und den sozialen Ausgleich sowie die Grundlagen für wirtschaftliche und kulturelle Betätigung ihrer Bürger. Das möchte GATS den Gemeinden streitig machen. Zum „Willen der Bürgerschaft“ äußert sich die Kommunalverfassung wie folgt: „Die Verwaltung der Gemeinden wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt“, also nicht durch Fremdbestimmung von außen oder von oben, z.B. durch die WTO oder durch eine kommerziell motivierte Wirtschaftslobby und deren Privatinteressen.

Die Gemeindeordnung verdeutlicht sogar, wo die Abgrenzung zwischen zulässiger wirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden verläuft und was nicht als wirtschaftliche Betätigung gilt: „Die Gemeinde darf sich zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck das erfordert. [...] Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind“, insbesondere sind hier angeführt Erziehung, Bildung und Kultur (Schulen, VHS, Jugendhilfe, Museen), Sport und Erholung, Gesundheits- und Sozialwesen (Krankenhäuser, Altenheime, Beratungsstellen u.v.m.) sowie Umweltschutz, Abfallentsorgung, Wasserversorgung, Wirtschaftsförderung, Wohnraumversorgung etc. Hingegen darf die Gemeinde privatrechtliche Einrichtungen nur unter bestimmten Voraussetzungen gründen, was auch für die Veräußerung von Unternehmen gilt. In ausgegründeten Einrichtungen und Unternehmen ist dann die Gemeinde in Aufsichtsräten, Beiräten oder Gesellschafterversammlungen vertreten. Auch diese Regelung wurde im Sinne von GATS bei rein kommerziellen Unternehmen vereitelt.

Gemeinden haben eine Unterrichtspflicht gegenüber ihren Bürgern

In Anbetracht der durch GATS drohenden Gefahren für die kommunale Selbstverwaltung und Versorgung müssen sich die Gemeinden auf ihre Unterrichtspflicht gegenüber den Bürgern besinnen, die ebenfalls in der Kommunalverfassung enthalten ist: „Der Rat unterrichtet die Einwohner über alle wichtigen Planungen und Vorhaben, die das wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Wohl ihrer Einwohner nachhaltig berühren. Die Einwohner sollen möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen unterrichtet werden.“ GATS ist ein dringender öffentlicher Unterrichtsgrund, weil das Wohl der Einwohner in Gefahr ist und die Auswirkungen und Zwecke von GATS unübersehbar sind. Über die ebenfalls in den Kommunalverfassungen enthaltenen Regelungen über Bürgeranfragen und Anträge in Einwohnerfragestunden, über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sollten die kommunalen Räte und

Kreistage von ihren wachen Bürgern zur Unterrichtung veranlasst werden über das, was auf die Bürger und das Gemeinwesen zukommt - umso mehr, wenn GATS schleichend und in kleinen unauffälligen Schritten unbemerkt die kommunale Selbstverwaltung eigennützig auszuhöhlen droht. Da elementare Verfassungsrechte und Grundlagen der Demokratie berührt sind, müsste sogar über das im Grundgesetz verankerte Recht auf Widerstand nachgedacht werden.

Widerstand und kreative Alternativen sind angesagt

Darüber hinaus sollte über die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di - mit ca. 3 Mio. Mitgliedern immerhin die größte Dienstleistungsgewerkschaft der Welt - sowie über die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Städte- und Gemeindebund und Landkreistag) ferner über die kommunalpolitischen Fachzeitschriften, aber auch über die örtlichen Bundestags- und Europaabgeordneten gegen GATS mobil gemacht werden, im Bündnis mit den betroffenen Bürgern und den Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen und kommunalen Betrieben und Einrichtungen, aber auch im Bündnis mit den Ortsgruppen von Attac und den Foren der Lokalen Agenda 21 (Runde Tische und überregionale Netzwerke). Die unmittelbare Betroffenheit vor Ort, die Wertschätzung für die kommunalen und öffentlichen Dienstleistungen und die bereits anlaufenden Projekte zur Arbeitsteilung zwischen Bürgern, Initiativen und freien Trägern sowie Kommunalverwaltung bieten beste Voraussetzungen, GATS zu thematisieren und über Alternativen nachzudenken.

Anmerkungen

1 Hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung des Staates erscheint eine Vonselbständigung seiner bisherigen Staatsunternehmen teilweise sogar sinnvoll oder notwendig, ebenso die Vonselbständigung von staatlichen Kultureinrichtungen wie Landesmuseen und Landestheatern, Forschungsinstituten und Hochschulen oder Landeskrankenanstalten u.a.m. Doch im Sinne der soziale Dreigliederung kann dies nicht in kommerzialisierter Form gemeinschaftsdienlich sein. Auch bei Infrastruktur- und Verkehrseinrichtungen wie den angedachten Privatautobahnen (mit Mautgebühren) oder Privatbahnhöfen als öffentlichen Plätzen in kommerzieller Hand tauchen vielerlei klärungsbedürftige Fragen auf, mehr noch bei der anstehenden Kommerzialisierung der Wasserversorgung, der öffentlichen Naturparks und anderer landschaftsbezogener Freizeiteinrichtungen mit Gewässern usw.

2 Siehe ausführlichen Beitrag im „Goetheanum“ Nr. 28/2000 vom 9. Juli).

Autorennotiz: Der Verfasser ist Stadt- und Regionalplaner und derzeit Personalratsvorsitzender in einer Kreisverwaltung mit ca. 1400 Beschäftigten sowie Sprecher des interkommunalen Personalräte-Arbeitskreises, stellv. Bezirksvorsitzender des ver.di-Fachbereiches Gemeinden sowie Mitglied im Lenkungskreis der Lokalen Agenda 21 und Agenda-Beauftragter der Kreisverwaltung, beteiligte sich an der Gründungsvorbereitung einer Attac-Ortsgruppe, publizierte früher in kommunalpolitischen Fachzeitschriften und war Mitbegründer eines Bürgerforums. Seit 10 Jahren im Netzwerk Soziale Dreigliederung mitwirkend

Betrachtungen und Berichte

NATUR, ARBEIT UND INTELLIGENZ - DIE GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFT*

Michael Rist

In den Betrachtungen über den mündigen Konsumenten als Mitgestalter der Wirtschaft in Nr. 4/2000 bis 2/2001 des Rundbriefs wurde zunächst auf das Ideal einer nachhaltigen, umwelt- und sozialverträglichen assoziativen Wirtschaftsordnung hingewiesen, deren Realisierung ein wachsendes Bedürfnis wacher Produzenten und Konsumenten ist. Wirtschaftswissenschaft und -praxis sind aber kein nur naturwissenschaftlich-technischer Prozess, vielmehr ist ein wesentlicher Faktor im Wirtschaftsgeschehen der Mensch und sein Verhalten. Weiterentwicklung der Wirtschaft ist deshalb untrennbar mit der Weiterentwicklung menschlichen Verhaltens verbunden. Zur Wirtschaftsentwicklung bedarf es also sowohl der Umgestaltung der Naturgrundlagen als auch der Selbstwandlung des Menschen. Dies ist natürlich nicht von heute auf morgen zu erreichen. Es setzt vielmehr ebenso umfassende Fachkenntnisse wie unbeirrbares Ausdauer voraus.

Um Mitgestalter der Wirtschaft zu werden, gilt es zunächst, den wirtschaftlichen Produktionsprozess zu verstehen, in dem bereits die beiden Faktoren Umwelt und Inwelt ineinander wirken. Werden doch die natürlichen Rohstoffe durch die menschliche Arbeitskraft in Gebrauchsgüter und -werte sowie Dienstleistungen umgewandelt. Als weiterer Produktionsfaktor kommt die menschliche Intelligenz, der menschliche Erfindungsgeist hinzu, der auf die Arbeit selbst angewendet wird und diese mit Hilfe von Geräten und Maschinen sowie durch die Arbeitsteilung effizienter als die reine Handarbeit gestaltet. Dieser Einsatz des menschlichen Geistes auf den Arbeitsprozess wird auch Rationalisierung genannt. Durch sie wird Handarbeit eingespart, so dass zunächst - bei gleichem Lebensstandard - freie Zeit entsteht, die für Kulturaufgaben wie Schule, Kirche, Kunst und Verwaltung eingesetzt werden kann. Wird diese freie Zeit, die nicht zur Deckung der Notdurft des Lebens eingesetzt wird, wieder für wirtschaftliche Tätigkeit verwendet, so wird damit zunächst der Lebensstandard gesteigert, indem die Einkommen steigen und die Produkte verbilligt werden. Wird der wirtschaftliche Mehrwert nicht zur Hebung des Lebensstandards verwendet, so bekommt der Überschuss heute die Form des Kapitals.

Die Grundfaktoren des Wirtschaftens sind also nicht, wie konventionell angenommen, Boden, Arbeit und

Kapital, sondern die Naturgrundlage, die menschliche Arbeit und der menschliche Geist, aus deren Zusammenwirken erst das Kapital geschaffen wird (R. Steiner, 1922)

Der durch den menschlichen Geist bewirkte Rationalisierungseffekt ist aber nicht nur an den naturwissenschaftlich-technischen Bereich in Form der Erfindungen von immer neuen technischen Produktionsmitteln gebunden, sondern kann auch durch biologische Erfindungen wie z.B. die biologisch-dynamischen Präparate in der Landwirtschaft effizienzsteigernd angewendet werden. Aber auch durch einen menschenkundlichen Lehrplan, der den Gesetzmäßigkeiten der menschlich physisch-seelisch-geistigen Entwicklung entspricht, kann eine wesentlich effizientere und menschengemäbere Unterrichtsgestaltung erreicht werden, wie sie z.B. die Rudolf Steiner Schulen praktizieren.

Bei niedrigem Lebensstandard wie zu Beginn der industriellen Revolution wurde der Gewinn freier Zeit nicht deutlich, weil wie selbstverständlich jede frei gewordene Stunde wieder zur wirtschaftlichen Tätigkeit verwendet wurde mit dem entsprechenden Ansteigen des Lebensstandards. Erst mit hohem Lebensstandard wurde die Frage akut, ob es nicht sinnvoller sei, die durch Rationalisierung gesamthaft eingesparte Arbeitszeit nicht in eine weitere „Über“-Produktion zu investieren, sondern den Menschen als Freizeit zur Verfügung zu stellen. Dies entsprach einerseits dem Wunsch der Menschen und schuf andererseits neue Produktionsfelder in Form der Freizeit-Gebrauchsartikel. Letzteres kam dem Wunsch der Wirtschaft nach neuen Märkten entgegen. Beides führte dann zur 40-Stundenwoche. Als die 35-Stundenwoche zur Debatte stand, verstanden es die Kapitalinhaber, ihre Forderung auf Steigerung der Ertragskraft des Kapitals auf 12 - 15 % und mehr zu erhöhen. Damit wurde der Rationalisierungseffekt teilweise dafür beansprucht. Einerseits wurde damit die Möglichkeit der Verbilligung von Waren und Dienstleistungen nicht voll zu Gunsten aller ausgeschöpft und andererseits das Einkommen der Mitarbeiter - abgesehen von Ausnahmen - auf einem gewissen Niveau festgelegt.

* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meiradstrasse 1, CH - 8006 Zürich.

WENN DAS WASSER KNAPP WIRD ...

Herbert G. Spies

Unter diesem Titel veranstaltete das Seminar für freiheitliche Ordnung/Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“, Bad Boll am 24./25. November 2001 eine Tagung, die am konkreten Beispiel des Wassers die grundsätzliche Problematik der Nutzung von Umweltgütern unter den Aspekten der Ökologie und Nachhaltigkeit, der menschenrechtlichen Teilhabeansprüche an den Umweltgütern sowie der ökonomischen Effizienz und Ordnungspolitik ansprach.

Eine sehr vielseitige Einführung in die weithin unbekannteren Qualitäten des Elements Wasser brachte Jörg Schaubberger (Enkel des bekannten österreichischen Wasserforschers Viktor Schaubberger) in seinem Vortrag „Wasser im Wirbel - Beobachtungen an einem außergewöhnlichen Naturelement“. Seine Ausführungen betrafen insbesondere folgende Themen: Das Wasser als Träger des Lebens, totes und lebendiges Wasser, physikalische Anomalien des Wassers, Verbesserung der Wasserqualität durch Wirbelbildung, das Wasser als Träger von Qualitäten („Informationen“ bzw. „das Gedächtnis des Wassers“) mit ausführlichen Hinweisen auf Forschungen von Schwenk, Imoto in Japan, und neuerdings auch Prof. Kröplin, Universität Stuttgart.

In die gesellschaftspolitische Problematik einführend berichtete Dr. Fritz Käser (Mitarbeiter der in der Entwicklungshilfe tätigen GTZ) aus vielfältiger eigener Anschauung über Konflikte ums Wasser. Er gab eine systematische und informative Übersicht über den gegenwärtigen Stand von Wasserbedarf, Wasserqualität und Wasserversorgung für Deutschland und weltweit. Eingehend beschrieb er die Situation und das Konfliktpotential Trinkwasser im Nahen Osten an den konkreten Beispielen Türkei/Irak - Aufstauung und Nutzung der Zuflüsse zu Euphrat und Tigris durch die Türkei - und Israel/Jordanien bezüglich der Ableitung des Jordan durch Israel.

Eine Ergänzung gab Jobst v. Heynitz über „Das Wasser im deutschen Recht“. Seine Darstellung beschrieb die Entwicklung vom ursprünglichen germanischen Gemeinschaftsrecht über die Rechtsveränderungen durch das Eindringen des mehr individualisierenden römischen Rechts bis zu den bundes- und landesrechtlichen Regelungen der Gegenwart hinsichtlich Eigentum und Nutzung von Wasser. Dabei wurde deutlich, dass in der gesamten Rechtsgeschichte der Grundsatz galt, dass fließende Gewässer immer Gemeinschaftseigentum sein müssen. Dies wurde noch kürzlich durch das sogenannte „Wasserpennig-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt. Danach ist die Gemeinschaft bzw. der Staat berechtigt, von Grundstückseigentümern ein Entgelt für die Entnahme von Grundwasser als Gemeinschaftsgut zu erheben.

Das eigentliche Tagungsthema war dann im Kern die Frage nach der Vereinbarkeit von ökologisch notwendiger Begrenzung und ökonomisch effizienter Nutzung der Umweltgüter sowie der menschenrechtlichen Teilhabe-

ansprüche an diese. Darüber sprachen unter den Überschriften „Verteilt das Wasser, nicht die Quellen - Ordnungspolitische Maßstäbe und Leitlinien für eine gerechte und funktionsfähige, weltweite Wasserordnung“ und „Bodenknappheit - Wasserknappheit - Migration“ Fritz Andres und Eckhard Behrens. Als Vorstände des Seminars trugen sie dazu die Ergebnisse langjähriger Befassung mit den Ordnungsfragen der modernen Gesellschaft, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Ideen der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ vor und diskutierten diese mit den Teilnehmern des Seminars.

Ganz konzentriert und unter Verzicht auf manche Begründung im einzelnen lässt sich das Ergebnis wie folgt zusammenfassen:

1. Eine aus Gründen von Ökologie und Nachhaltigkeit erforderliche Begrenzung und Regelung der Nutzung von Umweltgütern (Boden, Luft, Wasser, Bodenschätze) kann nicht durch den marktwirtschaftlichen Prozess allein erfolgen, sondern soll und kann nur durch eine demokratisch legitimierte öffentliche Planung geleistet werden.

2. Die durch diese Begrenzung bewirkte und gewollte Verknappung führt zu Wertsteigerungen in Form von erhöhten ökonomischen Renten. Diese dürfen nicht den jeweiligen Eigentümern dieser Umweltgüter zufließen, was grundsätzlich auch für die bereits fließenden Renten gilt. (Eine Rente im ökonomischen Sinne ist der Ertrag aus der Nutzung einer Sache nach Abzug der dazu erforderlichen Aufwendungen für Arbeit und Kapital)

3. Die Nutzungsbegrenzung und Werterhöhung ist nur dann ethisch vertretbar und politisch durchsetzbar, wenn diese Renten durch öffentlich-rechtliche Regelungen (z.B. Besteuerung) beim jeweiligen Inhaber der Umweltgüter abgeschöpft und pro Kopf der Bevölkerung rückverteilt werden. Nur dadurch ist eine menschenrechtlich gebotene ökonomisch gleiche Teilhabe aller an den Gütern der Umwelt bei gleichzeitiger Verknappung und effizienter Nutzung erreichbar. Der aus geographisch ungleicher Verteilung von Umweltgütern folgende stark wachsende Migrationsdruck und die daraus entstehenden Konflikte würden dadurch weitgehend neutralisiert.

4. Dadurch, dass die unmittelbare Nutzung der Umweltgüter bei den jeweiligen Inhabern - Eigentümern oder Pächtern - belassen wird, findet eine staatlich-planwirtschaftliche Bewirtschaftung mit ihren negativen Folgen für Freiheit und Effizienz nicht statt. Die Nutzung der Umweltgüter erfolgt in individueller Initiative im arbeitsteilig - privatwirtschaftlichem Marktgeschehen, deren ökonomische Früchte fließen allen Bürgern gleichmäßig zu. Die Nutzungsfreiheit wirkt sich sozial nicht mehr schädlich aus, da den Nutzungsrechten durch die vorgeschlagenen Neuregelungen ihr Privilegiencharakter genommen wird.

Zusammenfassend kann die Tagung bei erfreulicher Teilnehmerzahl als ein gelungener Beginn gewertet werden, das Element Wasser in seiner speziellen Eigenart und weiterhin alle Umweltgüter zu würdigen und zugleich den Umgang mit ihnen in einer übergreifende, umweltpolitische Konzeption einzubeziehen.

AKTIVISTEN FÜR DIE ISRAELISCHE ZIVILGESELLSCHAFT (ICS)

Yesaja Ben-Aharon

Die Organisation der Aktivisten für die israelische Zivilgesellschaft (ICS) wurde im Jahr 2000 begründet, um eine neue, dreigliedrige soziale Ordnung in Israel umzusetzen. Unser Konzept sozialer Dreigliederungsaktivitäten beruht auf den folgenden Werten, Zielen und Projekten:

Werte

- Freiheit im dritten, kulturell-zivilen Sektor
- Gleichheit im zweiten, politisch-administrativen Sektor
- Brüderlichkeit (Zusammenarbeit) im ersten, ökonomisch-kommerziellen Sektor

Ziele

- Selbstorganisation der israelischen Zivilgesellschaft als ein dritter Sektor, der sich seines Platzes und seiner Rolle in der israelischen Gesellschaft bewusst ist
- Umsetzung der Dreigliederung in den drei sozialen Sektoren im Rahmen des Staates Israel

Projekte

- Schaffung eines „Runden Tisches“ der Zivilgesellschaft in Israel

ICS unterstützt die Schaffung unabhängiger Identität und Selbstorganisationsfähigkeit unter den israelischen zivilgesellschaftlichen Organisationen (IZGOs) und Individuen, welche die Zivilgesellschaft als dritten Sektor, neben dem politischen und ökonomischen Sektor anerkennen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind wir dabei - in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von IZGOs - den „Runden Tisch“ der israelischen Zivilgesellschaft zu schaffen. Im Zusammenhang mit diesem Runden Tisch unterstützen wir einen Prozess der Selbstdefinition und Selbstmobilisierung der israelischen Zivilgesellschaft, im Rahmen sozialer Dreigliederungsprozesse.

- Schaffung „Runder Tische“ in den politischen und ökonomischen Sektoren

ICS wird die Schaffung zweier weiterer „Runder Tische“ unterstützen: im politischen und ökonomischen Sektor. In beiden Sektoren ist es unser Ziel, Organisationen und Individuen miteinander in Verbindung zu bringen, welche die Umsetzung sozialer Dreigliederung in Israel unterstützen, und zwar auf der lokalen und nationalen politischen Führungsebene und in der Geschäftswelt.

- Schaffung trisektoraler Partnerschaften im Rahmen eines gemeinsamen Runden Tisches

ICS wird mit den drei Runden Tischen der drei Sektoren zusammenarbeiten, mit dem Ziel, in einer Vielzahl von Bereichen des sozialen Lebens in Israel trisektorale Partnerschaften zu schaffen. Der „gemeinsame Runde

Tisch“ soll die Koordination von Partnerschaften zwischen den drei Sektoren ermöglichen, in dem Maße, in dem wir in der Umsetzung des Prozesses einer dreigliedrigen sozialen Ordnung vorankommen

Infos und Kontakt: Dr. Yesaja Ben-Aharon, Israeli Civil Society, Harduf, D.N Hamovil 17930, Work:TelFax: 00972-4-9059276, Home: 00972-4-9059236, E-Mail: civilsociety@barak-online.net, Internet: <http://www.civilsociety.co.il> (hauptsächlich in Hebräisch) und Global Network for Threefolding <http://www.globenet3.org>

Übersetzt aus dem Englischen von C. Strawe

DAS INTERNATIONALE DREIGLIEDERUNGS-SYMPOSIUM IN KIMBERTON/USA

Michael Babitch

Vom 11. - 14. Oktober versammelten sich um die sechzig Menschen aus zehn Ländern in der Camphill-Siedlung Kimberton in Pennsylvania, um sich über ihre Arbeit auszutauschen. Die Tagung wurde gemeinschaftlich von der nordamerikanischen Camphill-Assoziation und der Sozialwissenschaftlichen Sektion in USA unterstützt. Die Ereignisse vom 11. September lebten sehr stark in den Herzen und Gemütern der Menschen, was vielleicht einen besonderen Sinn für die Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit dieses Treffens schuf, das praktischen Bemühungen für eine Heilung des sozialen Lebens gewidmet war.

Der ganze Duktus der Tagung war ungewöhnlich. Das war keine Konferenz mit Vorträgen und Workshops, die den Teilnehmern vorgesetzt worden wären. Jeder Teilnehmer war mitverantwortlich. Ungefähr die Hälfte der Teilnehmer hatte Arbeitspapiere eingereicht. Zwölf von ihnen wurde die Chance gegeben, eine zwanzigminütige Präsentation ihrer Arbeit vor der ganzen Gruppe zu geben, mit der Zeit für Erwidern und Diskussion. Alle Papiere standen für die Teilnehmer zur Prüfung zur Verfügung, viele bereits im voraus. Allen Teilnehmer stand eine eineinhalbstündige Zeiteinheit für selbstorganisierte Gruppen mit Themen ihrer Wahl zur Verfügung, also nicht notwendig verbunden mit den Gegenständen der vorgelegten Papiere. Mit anderen Worten, es gab ein starkes Moment der Improvisation.

Ob das wohl funktionieren würde? Eine gewisse Anzahl von Teilnehmern fühlte im voraus, dass diese Anlage der Tagung „riskant“ war, vielleicht sogar problematisch, aber die Ergebnisse waren schließlich zufriedenstellend. Ob in den Präsentationen, bei den Erwidern, den selbstorganisierten Gruppen, den offenen Foren über die Bedeutung der Ereignisse des 11. Septembers, informellen Diskussionen oder in den Abschlussplena: die Stimmung war lebhaft, offen und durchweg positiv. Ein Teilnehmer hat es so charakterisiert: er fühlte sich an einem geheiligten Ort angekommen, wo er völlig er selbst, wo er vollkommen menschlich sein konnte.

Eine lustige Parodie und herausragende künstlerische Aktivitäten in Klang und Bewegung (angeleitet von Johannes Moora) und mit Farbe und Form (Denis Schneider) trugen zur Atmosphäre gesunden seelischen Atems bei. Die Flexibilität der Tagungsgestalt ermöglichte es, dass sich Menschen mit gemeinsamen Interessen leicht finden konnten, und erzeugte Kollegialität für die Zukunft.

Es gab buchstäblich Dutzende von Darstellungen im Plenum und in Gruppen. Einige davon waren Darstellungen gegenwärtig aktiv vorangetriebener Projekte, - z.B. a) das Projekt eines Internationalen Waldorf-Versandhauses (Karen Davies-Brown), b) die Gemeinschaft zur Förderung der Anthroposophischen Medizin in Ann Arbor, Michigan (Pam Gillespie), c) die anthroposophische und waldorfpädagogische Arbeit des Novalis-Instituts in Südafrika (Ralph Hirt) und d) ein Projekt einer Vereinigung von Künstlern und Erzeugern und eines entsprechenden Zentrums für die Künste in Port Orchard, Washington. Andere Projekte befassten sich mit sozialer und spiritueller Forschung und Methodologie. Dazu gehörten z.B. a) das Fünf-Schritte-Forschungsprojekt über die Frage, wie Dreigliederung in Gemeinschaften überall in der Welt gelebt wird, b) das Projekt „Von der Sozialwissenschaft zur Sozialkunst“ - ein mitteleuropäischer Ansatz zu goetheanistischer Forschung und Aktion (Uli Rösch), schließlich die Beschäftigung mit geisteswissenschaftlicher Untersuchungsmethodik (Christopher Houghton Budd). Außerdem gab es Darstellungen über Forschungsergebnisse, z.B. die „Transformation der postkommunistischen Gesellschaften“ (Rilka Dragneva), die Integration von innerer und äußerer Arbeit (Chris Schaefer), „Das Soziale Hauptgesetz als Same für die Zukunft“ (Richard Steel) und „Die drei Säulen gesunder Waldorfschulgemeinschaften“ (Robert Schiappacasse). Das ist nur eine Auswahl aus den vielen exzellenten Darstellungen.

Im Licht der Ereignisse, die mit dem 11. September verbunden sind, war es fühlbar wichtig, dass Menschen aus Mitteleuropa und aus dem Osten, Westen, Norden und Süden unserer Erde ihre spezifische Volksgeistigkeit und Volkpsychologie in das Symposium einbrachten und dass, mit Hilfe von etwas Humor, reale Begegnung, Harmonisierung und Vertiefung möglich wurden.

Viele potenziell fruchtbare Fragen und Einsichten sind aus dieser Vorgehensweise erwachsen. Hier eine Sammlung aus den persönlichen Aufwacherlebnissen des Berichterstatters: 1) Könnte es sein, das historische Versäumnisse sozialer und spiritueller Art im Osten und in Mitteleuropa eine Art Leere erzeugt haben - und damit einen Sog, welcher Amerika (und naive, unvorbereitete Amerikaner) vorzeitig in eine Hegemonierolle gebracht hat, welche die Perversion einer Rolle wahrer Brüderlichkeit ist, die nur in der siebenten nachatlantischen Kulturepoche gedeihen kann? 2) In unserer Epoche der Bewusstseinsseele ist „kollegiale Führung“ ein neues und fortschrittliches Phänomen, bei welchem alle (in einer Organisation oder Gemeinschaft) frei sein und sich verantwortliche fühlen müssen, wirkliche Führungsqualitäten zu entwickeln, d.h. Einsicht und Inspiration der geistigen Welt gewinnen müssen. Das erfordert, damit die Arbeit in Gruppen fruchtbar wird, die Herstellung jener

Bedingungen, die in R. Steiners „Motto der Sozialethik“* angegeben werden. Und 3) muss das „Motto der Sozialethik“ in ganz anderer Weise auf dieser Seite der Schwelle mit Leben erfüllt werden, als die Art der Erfüllung jenseits der Schwelle (in geistiger Kommunion) ist.

Das Symposium war eine Manifestation der Lebenskraft der Fragen und Aktivitäten in bezug auf die Dreigliederung auf der Welt.

* Heilsam ist nur, wenn im Spiegel der Menschenseele sich bildet die ganze Gemeinschaft, und in der Gemeinschaft lebet der Einzelseele Kraft. (GA 40/1921, S. 256.)

Aus dem Englischen übersetzt von Christoph Strawe

INITIATIVE „NETZWERK“ BEIM WELTZOZIALFORUM IN PORTO ALEGRE/BRASILIEN

Über zehntausend Aktivisten der Globalen Zivilgesellschaft werden am zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre, Südbrasilien, teilnehmen, das vom 31. Januar bis 5. Februar 2002 stattfindet. Sie tragen die Erfahrungen ihrer weltweiten Arbeit in unzähligen Nichtregierungsorganisationen, Initiativen und Netzwerken zusammen und wollen wirksame Alternativen zur gegenwärtigen Form der Globalisierung finden. Sie versuchen, über die Demonstrationen und Proteste „gegen“ hinaus zu kommen. Sie wollen eine neue Periode einleiten, in der es um präzise Antworten auf die Frage geht, wie in einer zukünftigen Welt die Ökonomie in den Dienst der Menschen gestellt werden kann und nicht umgekehrt. Zum ersten Mal hatte ein solches Weltsozialforum im letzten Jahr etwa um die gleiche Zeit am gleichen Ort stattgefunden. Dieses Treffen stand in deutlicher und gewollter Opposition zu dem zur gleichen Zeit in Davos stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel. Der gemeinsame Nenner der mehr als zehntausend Teilnehmer war die Ablehnung der Politik des Neoliberalismus. Damals entstand auch der Impuls, ein solches Forum jährlich stattfinden zu lassen. Aus Deutschland werden u.a. Carol Bergin, Jens Loewe, Johannes Lauterbach, Ulrich Morgenthaler und Christoph Strawe teilnehmen. Sie haben sich - als Vertreter verschiedener Organisationen - zusammengetan, um eine Folge von Workshops zu gestalten, bei denen sie verschiedene Vorschläge und Initiativen darstellen. Die Organisationen sind das „Netzwerk weltweiter Projekte“ (NWWP), das „Global Social Threefolding Action Forum“ (Global STAF), das „Global Network for Threefolding“ (GlobeNet3), die „Initiative Netzwerk Dreigliederung“ und das Jugend- und Kulturzentrum „Forum 3“. Ulrich Morgenthaler wird beispielsweise anhand der Erfahrungen des Forum über die Notwendigkeit offener Zentren für die Zivilgesellschaft sprechen, Christoph Strawe über die von ihm mit Udo Herrmannstorfer und Harald Spehl entwickelten Vorschläge zur Umfinanzierung der Sozialsysteme berichten. Infos über das Forum und auch Kurzbeschreibungen der einzelnen Workshops findet man bei: www.forumsocialmundial.org.br.

„Eine andere Welt ist möglich!“

Bericht vom 2. Weltsozialforum in Porto Alegre am Montag, dem 18. Februar im Forum 3, Stuttgart, Gymnasiumstr. 21

Mit Carol Bergin, Johannes Lauterbach, Jens Loewe, Suely Nunes, Ortrun Rehm, Christoph Strawe und Ulrich Morgenthaler. Rückfragen unter Telefon 0711 / 29 0372, E-Mail: ulrich.morgenthaler@forum3.de

WWW.THREEFOLDING.NET

Seit dem 14. November gibt es neben dem gemeinsamen deutschen Internet-Auftritt der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ und des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart - unter der bekannten Adresse www.sozialimpulse.de - auch eine englische Website mit dem Domainnamen www.threefolding.net. Damit tragen wir der Notwendigkeit Rechnung, in einem globalen zivilgesellschaftlichen Dialog mitsprechen zu können, bei dem nun einmal Englisch das wichtigste sprachliche Verständigungsmedium ist. Das Angebot soll in Zusammenarbeit mit Freunden aus der angelsächsischen Welt nach und nach ausgebaut werden. Der Anfang wurde mit der von Wilfried Hüfler, dem hierfür auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen werden soll, besorgten Übersetzung des Artikels zu GATS gemacht: GATS - Service to Whom? Civil Society's Alternatives to The World Trade Organization's Agreement on Services. Zu danken haben wir auch Carol Bergin für ihre unermüdliche Hilfe und Ulrich Morgenthaler, ohne dessen Übersetzung z.B. des Artikel von Maude Barlow ins Deutsche die gesamte Initiative wohl kaum zustande gekommen wäre. Außerdem finden sich einige weitere Texte, z.B. der Aufruf EU 21 und Stellungnahmen bei Hearings in Brüssel. Eine Übersetzung der Skizze zur Grundrechte-Charta steht vor der Fertigstellung. Bei den Übersetzungen hat sich übrigens das Online-Wörterbuch <http://dict.leo.org/> als große Hilfe erwiesen. Natürlich sind Menschen, die kompetent - und ehrenamtlich - an Übersetzungsarbeiten mitwirken können, sehr willkommen. Durch einen Verweis auf die englische Fassung des in dieser Ausgabe abgedruckten Artikels von Nicanor Perlas zur Lage nach dem 11. September gelangt man unmittelbar von der neuen Homepage auch auf die Internetseiten von GlobNet3.

SWR ZITIERT AUS DEM DREIGLIEDERUNGS-RUNDBRIEF

Am 16. November strahlte der SWR 2 in seiner Reihe Schauplatz eine Radiosendung aus, die den Titel trug: „Die Privatisierung der Welt - Der Kampf um das globale Dienstleistungsabkommen GATS“. Der Autor, Robert Kurz, zeigte darin sehr eindrücklich die Gefahren auf,

die mit dem von der Öffentlichkeit bisher viel zu wenig beachteten Abkommen der WTO verbunden sind. Am Ende der Sendung wurde auch die Frage der Alternativen besprochen. Hier ein Auszug:

„*Sprecherin:* GATS und die Folgen rücken scheinbar unaufhaltsam der ganzen Welt zu Leibe. Alternativen werden offiziell gar nicht erst diskutiert, obwohl es durchaus Ansätze gibt. Je mehr Staatsbürokratie einerseits und freie Konkurrenz der Profitunternehmen andererseits gleichermaßen versagen und unerträglich werden, desto mehr stellt sich die Frage einer neuen gesellschaftlichen Organisationsform jenseits von Markt und Staat. Statt die öffentlichen Dienste kommerziell zu privatisieren, könnten sie zum Vorreiter in diese Richtung und zum Experimentierfeld für genossenschaftliche Non-Profit-Einrichtungen gemacht werden. Christoph Strawe, Vertreter einer sozialen Netzwerk-Initiative aus Stuttgart, stellt einige Überlegungen in diesem Sinne an:

Zitator: Eine Denkschablone, die überwunden werden muss, ist die Gleichsetzung ‚öffentlich ist gleich staatlich‘. Diese ist für die heutige Zeit längst nicht mehr zwingend. Es gibt viele Organisationen der Zivilgesellschaft, die selbstverwaltet und selbstbestimmt arbeiten - man spricht hier von ‚freier Trägerschaft‘ - , aber zugleich öffentliche Aufgaben wahrnehmen und daher auch zu Recht ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden. Solche Organisationen sind für das Funktionieren des öffentlichen Sektors in vielen Bereichen ganz und gar unentbehrlich Es entspricht geradezu dem Geist eines Zeitalters der Individualisierung und Pluralisierung, dass Initiativlösungen dort, wo Menschen dies wollen, an die Stelle von Staatslösungen treten können. Zwischen der Scheinalternative ‚staatlich‘ oder ‚privat‘ gibt es ein Drittes Dieser dritte Weg ... führt nicht zur ‚Deregulierung‘, sondern zur unbürokratischen Regelung von Problemen durch vielfältige Aufgabengemeinschaften und Selbstverwaltungsnetzwerke.

Sprecher: Natürlich sind solche Ansätze noch nicht ausgegoren, vor allem deswegen, weil sie immer weniger praktiziert werden und vor dem Ansturm der kommerziellen Privatisierung zurückweichen müssen. Wenn sich die Richtlinien von GATS durchsetzen, wird die Auflösung der öffentlichen Dienste ein weiterer Schritt zur sozialen Spaltung der Gesellschaft sein. Prognostiker sprechen heute von einer möglichen Stabilisierung bei 20 Prozent „Ins“ und 80 Prozent „Outs“. Für die überflüssige Mehrheit wird dann gelten: Unter- und Billigversorgung mit elementaren Lebensvoraussetzungen; Billignahrungsmittel mit hohem Schadstoffgehalt und wenig Nährwert; Billigmedizin, die Arme früher sterben lässt; Billigschulen, aus denen die Kinder als sekundäre Analphabeten ins Billigleben entlassen werden. Wird das wirklich von der Mehrheit der Menschen gewollt? Immerhin ist es nicht unwahrscheinlich, dass in nicht allzu ferner Zukunft, wenn GATS in der augenblicklichen Form Gesetzeskraft erlangen sollte, bis zu 80 Prozent der Bevölkerung eines Staates das Leben von Billigexistenzen führen könnte.“

Das Manuskript der Sendung (Archiv-Nr.: 390-1635/051-5056) ist im Internet abrufbar (<http://www.swr2.de/wissen/manuskriptdienst/index.html>).

Ankündigungen

Wege zur Qualität - Ausbildungsseminar: Die Gestaltung einer modernen Aufabengemeinschaft

Der Umgang mit „Wege zur Qualität“ führt innerhalb der beteiligten Einrichtungen bei leitenden oder für die Einführung oder Betreuung verantwortlichen MitarbeiterInnen immer wieder zu dem Wunsch, sich mit den inhaltlichen und methodischen Grundlagen, wie sie durch das Handbuch, die Einführungsseminare oder Vertiefungsseminare vermittelt werden, noch intensiver zu beschäftigen. Dies umso eher, als der Inhalt der Ausbildung auch in anderen Lebensbereichen hilfreich angewendet werden kann.

Etwas anders liegt die Fragestellung von BeraterInnen. Sollen sie in Einrichtungen im Sinne von Wege zur Qualität wirken, so wird von ihnen ein vertieftes Verständnis des Verfahrens erwartet. Zumindest aber, dass ihre Beratungstätigkeit mit dem gewählten Verfahren zusammenstimmt.

Ein dritter Kreis von InteressentInnen ergibt sich aus dem Kreis derer, die zukünftig in den durch die Qualitätsdiskussion entstehenden Strukturen arbeiten wollen. Es werden zunehmend BeraterInnen oder AuditorInnen benötigt, um die entstandenen Verfahren durch alle Stufen der Anforderungen hindurch zu begleiten. Hier gehört eine vertiefte Ausbildung im Verfahren selbst zu den Voraussetzungen der Berufsausbildung. Mit der Ausbildung wollen wir die Umsetzungsphase und die Arbeit der Fachgruppen fachlich begleitend unterstützen.

Die unterschiedlichen institutionellen Anforderungen und zeitlichen sowie finanziellen Möglichkeiten lassen es als sinnvoll erscheinen, differenzierte Ausbildungsseminare (Verfahrensschulung / Anwendungswerkstatt) anzubieten.

Die Ausbildungen können nur als Ganzes und nicht partiell belegt werden

Verfahrensschulung:

Zur Vertiefung in die grundlegenden Gesichtspunkte, Methoden und Prozesse. Drei Blockveranstaltungen von insgesamt 10,5 Tagen Dauer. Für diejenigen TeilnehmerInnen, die später als AuditorInnen tätig werden wollen und können, wird bei Bedarf im Anschluss eine davon getrennte Ausbildungseinheit angeboten. **Arbeitsweise:** Vorträge, Referate, Arbeitsgruppen, Künstlerische Übungen

Termine: 1. Block: 18.-21. März // 2. Block: 17.-20. Juni // 3. Block: 25.-28. November. **Ort:** Gültstein (bei Herrenberg, Baden-Württemberg). Kosten: 2.150,- • .

Inhalte: Inhalte und Prozesse der Kapitel 1-12 des Arbeitshandbuchs // Geisteswissenschaftliche Vertiefung der Kapitel 1-12. **Zielgruppe:** Leitende und MitarbeiterInnen aus den Anwenderbereichen // BeraterInnen, die nach und mit Wege zur Qualität verbindlich arbeiten wollen // Künftige AuditorInnen für Wege zur Qua-

lität aus den Bereichen der Anwender und BeraterInnen // VerantwortungsträgerInnen institutionsbezogener Einrichtungen (Verbände). **Voraussetzungen:** Die Bereitschaft, mit Wege zur Qualität aktiv gestaltend arbeiten zu wollen // Anfängliche Kenntnis des Verfahrens // Beratungserfahrung bei Beratern // Verantwortliche Mitarbeit in einer Institution bei Anwendern

Anwendungswerkstatt:

Zur Unterstützung der Anwendung in den Einrichtungen. Zwei Blöcke von insgesamt 4 Tagen Dauer.

Infos und Anmeldung: Wege zur Qualität - Verfahrensgruppe Deutschland, Dr. Michael Ross, Bodenseestr. 23, D-81241 München, Tel +49- (0) 89-89 69 19 29, Fax +49-(0) 89-89 69 19 30, E-Mail: wegezurqualitaet@aol.com

Wege zur Qualität - Einführungsseminare 2002

Die Anforderung an soziale Einrichtungen, ihre Qualität zu entwickeln und zu sichern, nimmt zu. Gerade dort, wo in *Beziehungsdienstleistungen* direkt mit dem und am Menschen gearbeitet wird (Betreuung, Beratung, Erziehung, Therapie, Heilung usw.), würde sich der vordergründige Vergleich mit der Produktionstechnik verheerend auswirken, denn bei Menschen hat man es immer mit Individualitäten zu tun und nicht mit Material oder Fällen.

Das Seminar dient zur Einführung in die dem Verfahren zugrunde liegende Denk- und Arbeitsweise und zur Darstellung der zur Umsetzung notwendigen praktischen Arbeitsschritte. Die Gestaltungsaspekte der 12 Kapitel durchdringen die tägliche Arbeit und sollen unmittelbare praktische Hilfe werden. Auf Formalisierung wurde so weit als möglich verzichtet. Das ist aber nur möglich, wenn die Anliegen der Qualität von möglichst vielen Mitarbeitern aktiv mitgetragen werden. Qualitätsverantwortung lässt sich deshalb nicht an einzelne delegieren. Vielmehr ist es das Anliegen von „Wege zur Qualität“, möglichst viele Mitarbeiter mit den Grundelementen des Verfahrens vertraut zu machen. Deshalb ist auch das Einführungsseminar so konzipiert, dass möglichst viele Mitarbeiter teilnehmen können. Die Begegnung mit engagierten Mitarbeitern anderer Einrichtungen wirkt gleichzeitig anregend und ermutigend.

Inhaltlicher Ablauf: 1. Beziehungsdienstleistungen sind keine Produktion - Was heißt Qualität bei der Arbeit mit dem und am Menschen? Zur Situation der Qualitätsentwicklung. 2. Qualität schaffen - eine Frage der Zusammenarbeit innerhalb einer Aufgabengemeinschaft. Das Verfahren „Wege zur Qualität“ . 3. Zur praktischen Umsetzung des Verfahrens: Organisati-

on, Einbezug der Mitarbeitenden, Werkzeuge, Dokumentation, Auditierung und Zertifizierung. 4. Vertiefende Aspekte moderner Gemeinschaftsbildung.

Ziel: Verständnis der Qualitätsproblematik und der Denk- und Arbeitsweise von „Wege zur Qualität“. Vermittlung von Vorstellungen und Erfahrungen zur Umsetzung in die Praxis. Motivation zum persönlichen Engagement.

Teilnehmende: Entscheidungsträger aus Leitung, Trägerschaften, Aufsichtsorganen und interessierte Mitarbeitende der Einrichtungen.

Arbeitsweise: Gruppenarbeit zu Themen des Handbuchs und zu Umsetzungsfragen, Textarbeit, Referate, Vorträge.

Termine, Dauer, Orte.

14. + 15. Januar 2002 Stuttgart
01. + 02. März 2002 Leipzig
11. + 12. März 2002 Rendsburg
Beginn 15.00 Uhr, Ende 16.00 Uhr

07. + 08. Mai 2002 Freiburg
01. + 02. Juli 2002 Ruhrgebiet
10. + 11. September 2002 Hamburg
04. + 05. November 2002 Frankfurt
Beginn jeweils 19.30 Uhr, Ende jeweils 18.00 Uhr

Kosten: Für Mitarbeitende aus beigetretenen Einrichtungen im ersten Jahr gratis. Ab dem zweiten Jahr kostet die Teilnahme • 65,- pro Person. Für sonstige Interessierte • 125,- pro Person, max. • 295,- je Institution. Je Institution können bis zu 20 Personen teilnehmen. Die Teilnahmegebühr wird bei Übernahme des Verfahrens zurückerstattet. Verpflegungskosten werden gesondert berechnet.

Veranstalter: Wege zur Qualität - Verfahrensgruppe Deutschland. **Information und Anmeldung:** Wege zur Qualität - Seminare Deutschland, Frau Martina Davidis, Vogesenstr. 2, 75203 Königsbach, Fon: 07232 - 735 416, Fax: 07232 - 735 415, E-Mail: wqzseminare@aol.com

Ausbildungsgang „Führung in der Selbstverwaltung“

In dem Ausbildungsgang „Führung in der Selbstverwaltung - Ausbildung für Verantwortliche in Führungs- und Leitungsaufgaben“ von Udo Herrmannstorfer und Gerhard Herz, wird die Frage des Zusammenhangs notwendiger Führungsfunktionen mit einer zeitgemäßen kollegialen Selbstverwaltung praxisorientiert bearbeitet. Der Zyklus umfasst fünf mal drei Seminartage und beginnt im kommenden Jahr wieder neu. Informationen über Termine, Inhalte oder Teilnehmerreaktionen bei Gerhard Herz, Postfach 1414, 82182 Gröbenzell, Tel. 08142 / 57 07 70, Fax 08142 / 58 83 3, E-Mail: gerhardherz@ibuibu.com

Menschen für Volksabstimmung

Die Initiative „Menschen für Volksabstimmung“ macht einen Vorschlag für die Ausgestaltung direkter Demokratie, für den derzeit 100.000 Unterschriften gesammelt werden. Davon war Ende November die Hälfte beisammen. Unterschriftenlisten können angefordert werden bei Mehr Demokratie e.V., Greifswalder-Str.4, 10405 Berlin, Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 90, info@mehrdemokratie.de. Sie können auch im Internet - wo man auch online unterzeichnen kann - heruntergeladen und ausgedruckt werden. Adresse: www.volksabstimmung.org. Nachstehend der Vorschlag im Wortlaut.

1. Dreistufiges Verfahren

Die Volksgesetzgebung wird dreistufig geregelt. Die Stufen sind Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. **Volksinitiative:** 100.000 Stimmberechtigte können dem Bundestag einen mit Gründen versehenen Gesetzentwurf zur Befassung vorlegen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative werden im Bundestag angehört. **Volksbegehren:** Lehnen Bundestag oder Bundesrat den Gesetzentwurf der Volksinitiative ab, so kann durch ein Volksbegehren ein Volksentscheid herbeigeführt werden. Ein Volksbegehren muss innerhalb von 6 Monaten von mindestens 1 Million Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben werden. **Volksentscheid:** Wie bei einer Wahl entscheidet auch beim Volksentscheid die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

2. Gegenstände der Volksgesetzgebung

Das Volk entscheidet im Rahmen dessen, was auch der Bundestag an Gesetzen beschließen kann. Bei Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes müssen beim Volksbegehren mindestens 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger unterschreiben.

3. Alternativvorschlag des Parlaments

Das Parlament hat bei einem Volksentscheid das Recht, dem Volk einen eigenen Vorschlag vorzulegen.

4. Abstimmungsbuch

Jede Bürgerin und jeder Bürger erhält frühzeitig ein Abstimmungsbuch. Es enthält den Gesetzentwurf und zu gleichen Teilen die Stellungnahmen der Initiatoren und des Bundestags.

5. Zeit für öffentliche Diskussion

Das gesamte Verfahren von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid dauert mindestens eineinhalb Jahre.

6. Volksbegehren gegen Parlamentsbeschlüsse

Richtet sich ein Volksbegehren gegen ein aktuell beschlossenes Gesetz, so können 500.000 Stimmberechtigte innerhalb von 3 Monaten einen Volksentscheid verlangen. Die Volksinitiative entfällt.

7. Obligatorisches Referendum

Grundgesetzänderungen sowie die Abgabe grundlegender Souveränitätsrechte bedürfen notwendig der Zustimmung in einem Volksentscheid.

Dreigliederungsinitiative in Liberia

Bitte um Unterstützung

Christoph Strawe

Eben Moses, ein Teilnehmer der Stuttgarter Dreigliederungskonferenz im Sommer (im Rundbrief 3/01 wurde darüber berichtet), hat den Impuls, in seiner afrikanischen Heimat eine Dreigliederungsarbeit ins Leben zu rufen. Dabei soll mit Informationsarbeit über die soziale Dreigliederung und Anthroposophie begonnen werden, um zunächst in der Hauptstadt Monrovia Mitstreiter zu gewinnen und eine Gruppe aufzubauen. Dafür muss schriftliches Material erstellt werden, eine gewisse Büroinfrastruktur (Fotokopierer usw.) sollte zur Verfügung stehen. Man hofft, dass sich die Arbeit durch Schenkungen und den Verkauf von Broschüren etc. finanzieren lässt. Aktivitäten für soziale Dreigliederung in Liberia und überhaupt in Afrika sind sehr notwendig. Denn Regierungen und Geschäftswelt versuchen immer wieder - so berichten afrikanische Freunde - die Zivilgesellschaft einzuengen. Die Menschen müssen lernen, dass zivilgesellschaftliches Engagement anerkannt und gefördert werden muss. Leider ist die Möglichkeit, Studien- und Informationsmaterialien über das Internet zu bekommen, durch die im Vergleich zu den Industrieländern horrenden Internetkosten erschwert - eine Stunde Surfen im Internet verschlingt ca. 10 US\$!

Für diese Arbeit sind Spenden erbeten. Die Überweisung ist im Moment noch etwas umständlich: Sie muss über die Western Union erfolgen, die aus Deutschland über die Telefonnummer (0681) 933 3328 oder 0180 522 5822 erreichbar ist. Bei Überweisungen sollte zur Sicherheit die Kontrollnummer und die Höhe des überwiesenen Betrages an Eben Moses gemailt werden. Adresse: Eben Moses, P.O. Box 20-4364, Monrovia, Liberia, Tel. 00231/ 225119/ 227595, Fax: 00231/ 226005/227838, E-Mail anthroposophy_liberia@yahoo.com. U.U. wird es auch sinnvoll sein, evtl. Spenden erst einmal in Deutschland auf einem Sammelkonto zu parken und dann in einer Tranche zu überweisen. Rückfragen hierzu an BueroStrawe@t-online.de.

Veranstaltungen der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum

Der Sozialimpuls Rudolf Steiners und die Welt nach dem 11. September 2001

Wochenende zur Phänomenologie gesellschaftlicher Prozesse mit Thomas Göbel (Carl Gustav Carus-Institut, Öschelbronn), 25. Januar, 20 Uhr bis 27. Januar, 12.30 Uhr 2002

Soziale Dreigliederung in Mitteleuropa: eine Frage des hygienischen Okkultismus?

Wochenendseminar mit Christof Lindenau, 15. Februar, 19.30 Uhr bis 17. Februar, 12.30 Uhr 2002

Nähere Informationen: Sektion für Sozialwissenschaften, CH-4143 Dornach, Tel. + 41.61 / 706 43 26, Fax + 41.61 / 706 43 50, E-Mail: sektion.sozialwissenschaft@goetheanum.ch

Zur Entwicklung der Anthroposophischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert

Einladung zu einer Wochenendtagung, 8. - 10. Februar 2002 in Celle

Die Geschichte der Anthroposophischen Gesellschaft selbst symptomatologisch zu betrachten - es scheint den Versuch wert. Aus der Arbeit der Frankfurter Leitbildgruppen haben sich dazu einige Ansätze ergeben, die in einer ersten Wochenendtagung ausgestaltet werden sollen.

Als Schwerpunkte sollen zunächst betrachtet werden: Die Impulse Rudolf Steiners und Schwierigkeiten in der Gesellschaftsbildung vor 1923. - Die Weihnachtstagung als Aufgabe für die Mitglieder, ihre gegenseitigen Beziehungen aus eigenem Willen zu gestalten - Missverständnisse und Irrtümer nach Rudolf Steiners Tod und ihre Folgen - Entwicklungen in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts - Konsequenzen für die Gegenwart. Weitere Anregungen zur Thematik sind erwünscht, ebenso Hinweise auf (ev.) noch nicht bekannte Sachverhalte.

Verantwortliche Initiativgruppe für die Ausgestaltung der Tagung: Peter Boock (Elzach), Gudrun Folkenhagen (Celle), J. Garcia Morales (Basel), Klaus Detlev Spieker (Franken- neck). Die Tagung findet von Fr., dem 8. - So., dem 10. 2. 2002 in Celle (DJH) statt. Beginn Freitag 18 Uhr, Ende Sonntag 14 Uhr. Kosten: Tagungsbeitrag, Quartier und Verpflegung ca. 50 • (DJH Mehrbettzimmer), Zuschlag für Einzelzimmer (außerhalb). Anmeldungen für die Teilnahme (mit Quartierwunsch) bis 31. 1. 2002 an: Peter Boock, Grabenstr. 8, D 79215 Elzach. Tel/Fax 07682 / 7387; E-Mail: PBoock@t-online.de. Ein genaues Tagungsprogramm wird nach Anmeldung zugesandt.

Offene Arbeitsgruppe („Frankfurter Forum“)

Das Ringen um eine zeitgemäße Konstitution (Verfassung) der Zusammenhänge Anthroposophische Gesellschaft (AG) und Verein Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft (AAG) geht in eine entscheidende Phase. 16. öffentlichen Zusammenkunft der „Offenen Arbeitsgruppe“, So, 3. März 02, in der Freien Bildungsstätte „der hof“ in Frankfurt-Niederursel. Eingeladen sind interessierte Mitglieder (und auch Nichtmitglieder). Nähere Auskunft: D.O. Böhm, Tel/Fax 0431 / 77 409 und U. Hölder, Tel/Fax 0711 / 473201.

Dreigliederungs-Gruppe in München

Im Anschluss an ein Seminar mit Nicanor Perlas im Haus Freudenberg in Söcking, hat sich in München eine Arbeitsgruppe gebildet, die seither regelmäßig zu Fragen der Globalisierung und der Dreigliederung arbeitet. Interessierte Mittäter sind willkommen. Kontakt: Oliver Düttmann, Barlachstr. 10, 8084 München E-Mail: GForscher.aol.com

Literaturhinweise

Die Ideale der 68er - 33 Jahre später

Wo sind sie geblieben? Was ist aus ihnen geworden?

Hg. von Ingrid Christiane und Helmut Krumm. Rückblick, Bestandsaufnahme, Zukunftsvisionen.

Vierzehn Gespräche mit Willy Hoss und Heidemarie Rohweder, Christoph Strawe, Klaus Pavel, Peter Tradowsky, Gabriele Naundorf, Rezzo Schlauch, Wolfgang Schlüter, Helga Breuninger, Johannes Stüttgen, Martin Walker, Alfred Bast, Peter Spiegel, Paola Giovetti, Hermann Liebenow.

Der vorliegende Sammelband ist der Initiative der Herausgeber zu verdanken, die zu dem Thema des Bandes auch einen Kongress in Engstigen organisiert haben, bei dem sich am zweiten Oktoberwochenende zahlreiche Menschen, darunter auch eine ganze Reihe der Interviewpartner zusammenfanden. Zwar sieht man dem Band an einigen Stellen an, dass „mit der heißen Nadel“ genäht werden musste. Das macht die Sache aber eher noch sympathischer. Entstanden ist ein außerordentlich nuanciertes farbiges Bild, zu dem alle Beteiligten beigetragen haben. Die Veröffentlichung verdient das Prädikat „Besonders wertvoll“ und ist ein heißer Tip für alle, die zum Fest einen Büchergutschein oder Bares bekommen haben.

ISBN 3-828780-31-X, 120 S., Din A 4, geheftet, 14,80 •. Bestellung über den Buchhandel oder über den FIU-Verlag, 88239 Wangen, Tel: 0 75 28 / 7734, Fax: 0 75 28 / 6028, E-Mail: FIU-Verlag@t-online.de

Ein Dreigliederungsbuch als Studium generale

Peter Boock: „Ich und der Große Bruder - Wege, die moderne Gesellschaft zu verstehen“

Drei Hasen Verlag Elzach, 2 Bände, 960 S. DM 58,-.

1. Teil: „Der einzelne Mensch in der Gesellschaft“: Zur Einleitung: 1. Wir sind selber Geschichte. 2. Ich als Techniker. 3. Das Auftauchen des einzelnen aus dem Kollektiv und der Widerspruch der modernen Gesellschaft. 4. Die moderne Gesellschaft als Gesellschaft der Unvollkommenen. 5. Die technische Gesellschaft und das Schicksal. 6. Die bürgerlichen Freiheitsideale und der „Verlorene Sohn“. 7. Die Verständigung des menschlichen Bewußtseins mit sich selbst und der Fortschritt. 8. Ich und Du. 9. Das Jedermann-Schicksal - Grundlage der Gesellschaftserkenntnis.

2. Teil: Wie sich die sozialen Strukturen bilden: 10. Heute leben in der Gesellschaft. 11. Gemeinschaft - Gruppen - Institution. 12. Der doppelte Goliath.

3. Teil: Die Gesellschaft gestalten vom Menschen aus: 13. Grundelemente des Zusammenlebens - Elementare Lebens-Tatsachen. 14. Leben im geistigen

Freiraum. 15. Jugendbildung. 16. Medien. 17. Arbeiten für andere - Bedürfen und Leisten. 18. Vom Nebeneinander zum Miteinander - Organisieren der „Gerechtigkeit“

Peter Boock über sein Werk „Ich und der Große Bruder“

Es treibt uns als Anthroposophen oft die Frage um, ob und wie heute - 2001 - und in der nächsten Zukunft die Dreigliederung des sozialen Organismus „verwirklicht“ - werden könne.

Eines der wesentlichsten Hemmnisse, das soziale Umfeld sach-, d.h. menschengemäß zu gliedern, liegt in der Befangenheit, die durch das gewohnheitsmäßige Festhalten an den überkommenen gesellschaftlichen Strukturbegriffen gegeben ist. (Was stellt man sich heute z.B. bei Worten wie „Staat“, „Demokratie“, „politische Parteien“, „Schule“, „Verein“, „Gericht“, „Strafverfolgung“, „Betriebswirtschaft“, „freie (soziale) Marktwirtschaft“ ... etc. vor?) In dieser Befangenheit steckt zunächst jeder Mensch (auch wir selber) auf Grund seiner „bürgerlichen“ Bildung drinnen. Die gesellschaftlichen Begriffsbildungen müssen aber heute auf die ihnen zugrundeliegenden elementaren Sachverhalte des menschlichen Zusammenlebens zurückgeführt werden, um von da aus zu realistischen Vorstellungen möglicher sozialer Gestaltungen zu kommen. Das bedarf einer intensivierten kontinuierlichen Gedankenarbeit. In meinem Buch „Ich und der Große Bruder“ wird versucht, auf der Grundlage von „jedermanns“-Erfahrungen einen Weg zu skizzieren, wie der einzelne Mensch zu einem Verständnis seiner selbst und zu dem seines menschlichen Umfeldes gelangt.

Dadurch wird ihm ermöglicht, für die Situationen, in denen er sich in der Gegenwartsgesellschaft als Zeitgenosse vorfindet, ein selbständiges, erkenntnisgetragenes Urteil zu bilden. Eine Begriffsbildung wird angeregt, durch die sichtbar wird, dass eine Dreigliederung sowohl dem Sozialorganismus als auch der individuellen Lebensführung zugrunde liegt (dies ist aber gegenwärtig durch vielfältige soziale Erkrankungen verdeckt). Wer diese nachvollzieht, kann auch dazu gelangen, dort, wo er steht, aus eigener Erkenntnis - dogmenfrei - im sozialen Umfeld mitzugestalten.

So sich eine ausreichende Anzahl von Menschen wirklich dahin durcharbeitet, müsste allein das so erreichte realistische Verständnis der im heutigen Sozialzusammenhang wirkenden Tendenzen und Strukturen zu fruchtbaren Änderungen im gesellschaftlichen Geschehen führen, ohne dass dazu Parteien gegründet oder politische Programme entwickelt werden müssen.

Drei Hasen Verlag, Peter Boock, Tel. und Fax (nach Voranmeldung): 07682 / 7387, E-Mail PBoock@t-online.de

Aufgabenerfüllung ermöglichen: Aufruf zum Kostenausgleich 2002

Etat 2002 der Initiative Netzwerk

Christoph Strawe

Wer die Inhalte des Rundbriefs kontinuierlich verfolgt hat, hat erkennen können, in welchem Umfang unsere Aufgaben und dementsprechend der Radius unserer Aktivitäten in den letzten Jahren zugenommen haben bzw. wie bestehende Aufgabenfelder weiterentwickelt werden konnten. Der redaktionelle Aufwand für den Rundbrief stieg, ebenso wuchs der substantielle Beitrag zur Klärung von Dreigliederungsfragen durch Treffen und Seminare der Initiative. In enger Zusammenarbeit mit dem Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart konnten zahlreiche Fragestellungen der sozialen Dreigliederung bearbeitet werden, was seinen Niederschlag auch in den Fortbildungsaktivitäten des Instituts fand. Politische Initiativen wurden ergriffen: es gab Vorschläge zur Umfinanzierung der Sozialsysteme, zur europäischen Charta der Grundrechte, es gab Beiträge zur Kampagne gegen das GATS und damit zugleich die Teilnahme an der zivilgesellschaftlichen Bewegung für eine andere Form der Globalisierung. Neue Zusammenarbeitsbeziehungen im Dienste weltweiter Vernetzung der Dreigliederungsbewegung sind gewachsen und wollen gepflegt werden, zunächst eine deutsche, dann auch eine englische Internet-Site ist entstanden und bedarf immer wieder der Überarbeitung oder muss erweitert werden. In diese Arbeit sind zahlreiche Freundinnen und Freunde in dieser oder jener Form einbezogen, die Schaffung der organisatorischen Basis des Netzwerkbüros, die Öffentlichkeitsarbeit und vieles andere mehr ruhen aber im wesentlichen auf den Schultern des Autors.

Mit Dankbarkeit blicken wir auf die Tatsache hin, dass sich über fast 11 Jahre hin, immer wieder die Menschen gefunden haben, die durch ihren finanziellen Beitrag meine Freistellung für solche Aufgaben mit bewirkt haben. Insofern wurde die von Christian Czesla im Rundbrief Nr. 3 vom August 1990 in seinen Überlegungen zur Dreigliederungsarbeit aufgeworfenen Frage immer wieder positiv beantwortet: Netzwerk Dreigliederung: Wunsch

oder Wille? - Christian Czesla - dem an dieser Stelle ganz herzlich gedankt sein soll, für die Unterstützung der Initiative durch die Führung des Treuhandkontos - wies damals auf drei wesentliche Probleme hin, die neben anderen Umständen, vor damals 70 Jahren die Dreigliederungsbewegung scheitern ließen:

„- Die Zahl der Menschen, die Dreigliederungs-Ideen aus der Anthroposophie heraus in zeitgemäßer Sprache öffentlich vertreten konnten, war zu klein. - Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit war bei den ohnehin wenigen Menschen, die in der Dreigliederungsbewegung tätig waren, zu wenig ausgebildet. - Die finanzielle Grundlage war für eine schlagkräftige Dreigliederungsarbeit entschieden zu schwach.“

Rudolf Steiner wurde damals zitiert: „Wir müssen in der Lage sein, eine öffentliche Meinung zu bilden. Jetzt stockt die Sache immer dadurch, dass wir bis zu einer gewissen Weite Persönlichkeiten an die Plätze hinstellen können, wo sie hingestellt werden müssen, dass sie sich da überarbeiten und dass wir von außen gar nicht Kräfte heranziehen können, weil das ja natürlich von den

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Sachkosten Rund brief	9.000 •	8.500 •
Sonstige Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		2.500 •
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		1.500 •
Gehaltsanteile und Honorare		17.500 •
Zusammen	9.000 •	30.000 •
Erwartete Unterdeckung		21.000 •
Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommen 210 Teilnehmern am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 • bedeuten.		

mannigfaltigsten Verhältnissen abhängt. Aber, meine lieben Freunde, zu diesen Verhältnissen, zu diesen Bedingungen gehört auch, dass man in jedem einzelnen Fall vor der Frage steht: Wie besoldet man sie? Und da hört es gleich auf. Man kann sie eben nicht besolden unter

den gegenwärtigen Verhältnissen. Man muss sie ziehen lassen. Das sind die Dinge, die also berücksichtigt werden müssen.“¹

Es handelt sich hier um eine Grundfrage der modernen Sozialentwicklung: Wer etwas will, der muss es ermöglichen, bis in das Finanziell-Wirtschaftliche hinein. „Wenn ein Engel heute auf die Welt herunterkäme, so müsste er entweder bloß im Traum erscheinen, dann würde er nichts ändern; sobald er aber den Leuten nur im Wachen erscheint, würde er schon in das Wirtschaftsleben eingreifen. Er kann gar nicht anders.“²

DIE ROLLE DES FINANZIELLEN AUSGLEICHS

Der finanzielle Ausgleich, wie er z.B. als Arbeitsfeld aufgabenorientierter Selbstverwaltung im siebenten Arbeitsfeld durch das Verfahren „Wege zur Qualität“ beschrieben wird, ist ermöglichende Zuwendung zu den Menschen, durch deren Initiative eine Aufgabe realisiert wird. Erkennen und immer neu abspüren, was gebraucht wird, die Verabredung eines Budgets und die Selbstverpflichtung, sich an seiner Deckung zu beteiligen und damit einen Anderen freizustellen. Die Mittelausgabe ermöglicht dann die Wirksamkeit dieses Anderen, die Realisierung der Aufgaben, die Buchführung hält die Spuren der Suche nach finanziellem Gleichgewicht fest und macht die Geldströme bewusst, eine Sozialbilanz schließlich lässt erkennen, was durch Verwendung tatsächlich an Fortschritt in der Aufgabenerfüllung erreicht wurde.

· Ausgehend von den weiter oben skizzierten Überlegungen entwickelte Czesla die bis heute gültige Figur des Kostenausgleichs als einen Weg zum bewussten Umgang mit der Finanzierungsfrage von Dreigliederungsarbeit. Methodisch sollte diese Finanzierung dadurch geschehen, dass alle am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts als reine Innengesellschaft bilden. Das bedeutet, dass diese Gesellschaft nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann dabei die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen.

Zielgröße für die Einschätzung bildet das gemeinsam akzeptierte Jahresbudget. Nach Ablauf des Jahres sollte dann - und so geschieht es auch bis heute - über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben Rechnung abgelegt werden. Dabei trennen wir die erwarteten Einnahmen für die Sachkosten des Rundbriefs zunächst ab und versuchen, eine Verteilung des übrigbleibenden Defizits zu erreichen, das natürlich zu einem großen Teil durch die Notwendigkeit entsteht, einen die Freistellung ermöglichenden Einkommensbeitrag zu leisten.

FINANZIELLE PLANUNG: ETAT 2002

Zur finanzielle Situation vor dem Jahresende: Es zeichnet sich ab, dass die Beiträge zum Kostenausgleich und zum Rundbrief für das laufende Jahr im Großen und Ganzen ausreichen werden. Ein kleines verbleibendes Defizit kann aus der Rücklage vom Jahresende 2000 in Höhe von ca. 1600,- gedeckt werden. Allen, die durch ihren Beitrag dieses Ergebnis ermöglicht haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Auch im neuen Jahr werden wir erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, damit die für die Arbeit notwendigen Mittel aufgebracht werden können. Für 2002 wurde im Anschluss an das Netzwerk-Seminar am 21. Oktober in Stuttgart der Finanzbedarf eingeschätzt und der im Kasten auf der vorigen Seite dargestellte Etat für das neue Jahr verabschiedet.

Bitte helfen Sie durch Ihren Beitrag dabei mit, dass wir die Kostendeckung erreichen! Das kann auch im neuen Jahr wieder gelingen, wenn sich genügend Menschen beteiligen.

Die Überweisung Ihres Kostenausgleichsbeitrags sollte das Kennwort „Kostenausgleich Initiative ‚Netzwerk‘“ enthalten. Wichtig: Den Beitrag für den Dreigliederungs-Rundbrief (neuer Richtsatz • 20,-, s. weiter unten) können Sie in ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese • 20,- dann für den Rundbrief an, sodass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen.

Selbstverständlich stellt der Etat nur eine Art Beschreibung der Minimalbedingungen der Aufgabenerfüllung dar. Und selbstverständlich würde, gerade auch im Sinne der eingangs zitierten Aussage von Rudolf Steiner, erheblich mehr an Aktivitäten möglich, wenn - wie man so schön sagt - „mehr Geld in die Hand genommen werden könnte“. Wer Möglichkeiten sieht, an dieser Stelle mehr zu tun, als zum Ausgleich des Etats beizutragen, ist natürlich herzlich willkommen. Siehe hierzu auch die Anmerkung 6.

NICHT NUR STEUERLICHER ASPEKTE - ZUR TECHNIK DES KOSTENAUSGLEICHS

Die „Initiative Netzwerk“ ist kein vereinsmäßiger Zusammenschluss. Dass sie nun schon zwölf Jahre existiert, länger als eingetragene Vereine zur Förderung der Dreigliederung in der Vergangenheit, beweist, dass dieser Ansatz nicht ganz falsch gewesen sein kann. - Dass man in solchen Organisationsfragen pragmatisch vorgehen und die heute gefundene Organisationsform im Hinblick auf neue Entwicklungen in Frage zu stellen bzw. weiter zu entwickeln bereit sein muss, bleibt von dieser Einschätzung unbeschadet. - Die „Initiative Netzwerk“

ist auch nicht einfach mit dem Netzwerk selbst identisch, dessen Bildung sie fördern möchte. Vielmehr stellt sie eine Art aktivierenden und damit zugleich neue Vernetzungen - auch solche mit anderen Netzwerken - anregenden „Knotenpunkt“ dar. Die Initiative „Netzwerk“ hat kein „Programm“, sondern leistet eine bestimmte reale Arbeit. Wer in dieser Arbeit etwas Förderungswürdiges sieht, ist herzlich eingeladen, sie durch seinen Beitrag zum Ausgleich der Kosten mit zu ermöglichen.

Alle am Kostenausgleich beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden daher - wie weiter oben bereits gesagt - faktisch eine GbR als reine Innengesellschaft. Die Kostenbeiträge sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.³ Bei gemeinnützigen Einrichtungen, die sich in ihrer Satzung in dieser oder jener Form die Pflege der Anthroposophie, der Waldorfpädagogik usw. zum Ziel gesetzt haben, kann die Beteiligung am Netzwerk und damit die Stärkung des anthroposophischen Sozialimpulses als ein integraler Bestandteil der Erfüllung ihrer Satzungszwecke betrachtet werden. (An dieser Stelle muss man allerdings realistischerweise sagen, dass es immer noch einen hohen Anteil „dreigliederungsresistenter“ Institutionen in der Szene gibt. Umso mehr freuen wir uns über diejenigen Einrichtungen, die uns kontinuierlich unterstützen.)

Ihren Kostenbeitrag setzen Sie nach eigenem Ermessen an. Zielgröße für die Einschätzung bildet das dargestellte Budget für 2002. Bei einer aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte hypothetisch angenommenen Zahl von 210 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich ergibt sich ein Richtwert von ca. 100,- • pro Person bzw. Einrichtung. Aufgehen kann die Rechnung in jedem Fall nur dann, wenn der geringere Beitrag von finanziell schlechter gestellten Menschen durch einen höheren Beitrag der Besergestellten ausgeglichen wird. Bitte denken Sie auch daran, ihre Überweisung in • auszustellen!

Das Einfachste wäre, wenn Sie Ihren Jahresbeitrag nicht stückeln, sondern gleich zu Jahresanfang 2002 überweisen. Wenn das nicht möglich ist, können Sie aber selbstverständlich auch in Raten zahlen. Nach Ablauf des Jahres 2002 werden wir dann über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft ablegen. (Kostenausgleicher des Jahres 2002 erhalten im ersten Quartal die Abrechnung für das vergangene Jahr.) Ergibt sich dabei ein Restdefizit, so ist es jedem Einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will. Eine „Nachschusspflicht“ besteht selbstverständlich nicht. Ergibt sich etwa durch höhere Beiträge ein Überschuss, so entscheidet wiederum letztlich der Einzelne über seinen Anteil. (Er kann ihn z.B. für das nächste Jahr stehenlassen, falls er ihn nicht zurück haben will.)

Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 11 61 625 bei der Landesbank Ba-Wü, BLZ 600 501 01.

ZUR FINANZIERUNG DES RUNDBRIEFS

Denken Sie bitte daran, Ihren Beitrag für den Bezug des Rundbriefs für 2002 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr 2001 noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies möglichst umgehend nachzuholen. Da wir wegen des damit verbundenen Aufwands auf Mahnungen verzichten, sind wir ganz darauf angewiesen, dass jeder Bezieher in eigener Initiative seinen Beitrag dazu leistet, dass der Rundbrief auch weiterhin erscheinen kann. Wer den Rundbrief über die Jahre verfolgt hat, weiß, dass sowohl der redaktionelle Aufwand als auch der Umfang erheblich gestiegen sind. Diese Entwicklung hat sich bisher - wie auch die Geldentwertung der letzten 11 Jahre - im Richtsatz nicht widerspiegelt. Dieser war seit dem ersten Erscheinen des Rundbriefs auf DM 30,- angesetzt. Wir erbitten Ihr Verständnis dafür, dass wir nunmehr der Entwicklung Rechnung tragen und den Richtsatz (der ja sowieso nur eine Orientierungsgröße darstellt) auf • 20,- ansetzen. Da dieser Betrag nur Sachkosten abdeckt und immer einige Bezieher (Studierende, Arbeitslose usw.) nur einen geringeren Betrag aufbringen können, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher ansetzen können. Für Ihre Überweisung benutzen Sie bitte das Kennwort „Dreigliederungs-Rundbrief“.

Auslandsüberweisungen

Um hohe Überweisungsgebühren zu vermeiden, empfehlen wir die Übersendung eines Geldscheins. Falls Sie über ein Postgirokonto verfügen, können Sie auch auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe, Sonderkonto Netzwerk) bei der Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) überweisen. Bitte benutzen Sie das Sonderkonto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen.

Anmerkungen

1. Ansprache vom 24. Juni 1922 zur IX. Generalversammlung des Bauvereins, zitiert nach „Aufbaugedanken und Gesinnungsbildung“.
2. R. Steiner, Nationalökonomisches Seminar [1922], GA 341/1973, S. 19.
3. Falls Sie sich wegen der steuerlichen Seite unsicher sind, sprechen Sie uns an. Bei „Großspenden“ ist u.U. die Zuwendung an das Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. eine Alternative zum Kostenausgleich, falls Sie diesen nicht steuerlich geltend machen können.



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer und Dr. Christoph Strawe
Veranstalter: Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach
Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart
Tel. 0711-23 68 950, Fax 23 60 218,
E-Mail BueroStrawe@t-online.de, Internet: www.sozialimpulse.de

Programm 2002

Fr, 15. - So, 17. Februar 2002, Studienhaus Rüspe, D-57399 Kirchhundem

Wirtschaft - Schule - Wirtschaftskunde

Wie können Interesse, Verständnis und Empfindungen der WaldorfschülerInnen für das wirtschaftliche und soziale Leben auf richtige Weise geweckt werden? Anregungen für Selbstverwaltung und Unterricht. Eine Arbeitstagung für Eltern, Lehrer und andere Interessierte.

In Zusammenarbeit mit dem Bund der Freien Waldorfschulen

Freitag, 15. Februar: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Sozialer Kunstraum Schule - Lebensrealität Wirtschaft (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // **Samstag, 16. Februar:** 9.00 -10.15: Wie entsteht „Sozialkompetenz“? - Die soziale Frage im Lehrplan der Waldorfschule - Bestandsaufnahme und Perspektiven (Walter Hiller, Christoph Strawe) // 10.45 - 12.15: Gesprächsarbeit // 14.00 - 15.00: „Wirtschaft, die ich meine“ - Wie gewinnt man ein richtiges Verhältnis zur Ökonomie (U. Herrmannstorfer, Christian Czesla) // 15.30 - 16.45: Gesprächsarbeit // 17.00 - 18.15: Zum Beispiel: Die Projektarbeit von „perpetuum novile“ (Rüdiger Iwan) // 20.00 - 22.00: Dialog: Schule - Wirtschaft - Wirtschaftskunde. Teilnehmer: Walter Hiller (Bund der Freien Waldorfschulen), Rüdiger Iwan (perpetuum novile gGmbH), Udo Herrmannstorfer u.a. // **Sonntag, 17. Februar:** 9.00 - 10.30: Forum: Schule als sozialer Übungsraum - die pädagogische Bedeutung gelebter Sozialität // 11.00 - 12.00: Abschluss // **Teilnahmegebühr** pro Person • 130,- (ohne Unterbringung und Verpflegung) oder bei größeren Teilnehmergruppen Pauschalpreis pro Schule • 350,-. Das Studienhaus Rüspe bietet sehr günstige Unterkunfts- und Verpflegungsmöglichkeiten. Buchung und Bezahlung direkt beim Freien Bildungswerk im Studienhaus Rüspe e.V., D-57399 Kirchhundem, Tel. 02759-9441-0, Fax 9441-49.

Sa, 27. - So, 28. April 2002, R. Steiner Haus, Zur Uhlandshöhe 10, D-70188 Stuttgart

Qualitätsentwicklung in anthroposophischen Einrichtungen und Unternehmen

Rückschau - Rückblick - Rechenschaft:

Qualitätsentwicklung durch Reflexionskultur

Samstag, 27. April: 09.00: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.15: Eröffnung und Begrüßung (Christoph Strawe). *Rückschau - Rückblick - Rechenschaft* (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 12.30: Plenumsgespräch // 14.00 - 15.30: *Forum:: Auditierung als Weg zur Förderung der Eigenverantwortlichkeit.* Beiträge von Hanspeter Ischi (SAS Schweizerische Akkreditierungsstelle - Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung), Dr. Robert Zuegg (Geschäftsführer der Confidentia Gesellschaft zur Förderung institutioneller Eigenverantwortung*). Aussprache zu den Beiträgen // 16.00 - 17.30: *Fortsetzung des Forums::* Beiträge von Volker Jäger (Geschäftsführer der Melchior-Stiftung), Urs Thimm (Alchemilla-Werkstätten). Aussprache zu den Beiträgen // 17.35 - 19.00: Austausch über die Relevanz des Forums für die eigenen Einrichtungen/ Unternehmen in *Arbeitsgruppen* mit Mitgliedern der Verfahrensgruppen „Wege zur Qualität“ und des Kollegiums der „Werkstatt für Unternehmensentwicklung“ // 20.30: *Verwirklichung als Verwandlung:: Aufgabengemeinschaft als Entwicklungsgemeinschaft* (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // **Sonntag, 28. April:** 09.00 - 10.30: *Forum: Die Resonanz der Betroffenen und ihre Rückwirkung auf die Qualitätsentwicklung* (Praxisberichte aus Einrichtungen und Unternehmen): Thomas Schoch (Heilpädagogik), Christian Czesla (Werkstatt für Unternehmensentwicklung). Gespräch // 11.00 - 12.00: *Kann man engagiert und zugleich objektiv sein?* (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 12.00 - 12.45: *Abschlussplenum* // **Teilnahmegebühr** • 100,- (ohne Unterbringung und Verpflegung)

* Die Confidentia wurde als Zertifizierungsstelle von der SAS am 28. 6. 2001 offiziell international akkreditiert. Die von der Confidentia ausgestellten Zertifizierungsurkunden sind damit öffentlich anerkannt.

Sa, 19.1. , 2.3. , 6.4. , 11.5. und Do, 30.5 2002: Forum 3, Gymnasiumstr. 21, D-70173 Stuttgart

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

Eine Einführung in Grundlagen und Praxis sozialer Dreigliederung in fünf Blockseminaren. Beginn jeweils 10 Uhr, Ende 19 Uhr. Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Christoph Strawe und Dr. Robert Zuegg. Empfohlen wird die Wahrnehmung des gesamten Angebots. Die Seminare können jedoch auch einzeln gebucht werden. Teilnahmegebühr pro Seminar • 50,- (ohne Verpflegung) / Pauschalpreis für alle Seminare zusammen • 200,-

Tagesgliederung für alle Blockseminare: Die unten genannten Themen werden in drei großen Gesprächsrunden, die jeweils durch Impulsreferate eingeleitet werden, behandelt. Der Ablauf ist dabei nicht im einzelnen vorgeplant, sondern soll sich auch aus den Bedürfnissen, Fragen und Beiträgen der TeilnehmerInnen ergeben. Erste Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr // Zweite Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 // Dritte Runde: 17.00 - 19.00 Uhr // Öffnung des Tagungsbüros 9.30 Uhr

Samstag, 19. Januar 2002: **Was ist soziale Dreigliederung? - Wie hängt sie mit den Forderungen der Zeit und den Bedürfnissen der Menschen zusammen? Themen:** Welcher Veränderungsbedarf für das soziale Zusammenleben der Menschen und damit für die Gesellschaftsstrukturen im Großen und Kleinen ergibt sich aus dem modernen Impuls der Freiheit und Mündigkeit? // Mündigkeit und soziale Verantwortung // Die menschheitliche Dimension der Verantwortung im Zeitalter der Globalisierung // Der Gedanke der sozialen Dreigliederung und die erste, von Rudolf Steiner inaugurierte Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 // Schilderung von Versuchen der Umsetzung des Dreigliederungsgedankens bis heute // Dreigliederung und gegenwärtige Weltlage, Dreigliederung und Arbeit in sozialen Aufgabengemeinschaften

Samstag, 2. März 2002: **Freiheit, Selbstverwaltung, Kreativität - Lebensbedingungen der Kultur im Großen und im Kleinen. Themen:** Welche Rolle spielt die Kultur im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft? // Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen braucht die Kultur // Beispiele aus einzelnen Bereichen (z.B. Schulwesen, Gesundheitssystem, Medien) // Selbstverwaltung: gelebte Freiheit // Probleme der Zusammenarbeit in selbstverwalteten oder teilautonomen Einrichtungen (Aufgabenstellung und Leitbild, Verantwortungsstrukturen und Delegation, Können und innere Entwicklung, Beziehung der Tätigen in einer Einrichtung zu den „Leistungsempfängern“) // Handlungsrichtungen im Kampf für die Freiheit in der Gesellschaft // Welche Rolle kann die Zivilgesellschaft: als Kulturkraft spielen?

Samstag, 6. April 2002: **Wie werden wir in Wirtschaftsfragen handlungsfähig? Themen:** Wie entwickelt man ein Verständnis der modernen arbeitsteiligen Wirtschaft? // Welche Alternativen zur gegenwärtigen Form des Wirtschaftens gibt es? // Die Notwendigkeit partnerschaftlicher Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen // Gibt es neue, machtfreie Formen des Umgangs mit Eigentum, Einkommen und Geld? // Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen und in Einrichtungen // Preis- bzw. Beitragsfrage, Lohn bzw. Gehaltsfrage // Unternehmensformen und ihre Problematik // Finanzausgleich: Budgetierung, Mittelverwendung usw. // Die Zukunft der Wirtschaft: Globalisierung zum Nutzen einer kleinen Elite oder weltweite faire Zusammenarbeit?

Samstag, 11. Mai 2002: **Die zwischenmenschlichen Beziehungen ordnen: Vom Wesen des Rechts. Themen:** Was ist eigentlich Recht? - Welche Rolle spielt das Recht in der Gesellschaft und wie muss es sich in der heutigen Zeit weiterentwickeln? // Im Mittelpunkt modernen Rechts: die Menschenrechte // Individualität und Staat: die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und Veränderung des Staates // Wie werden wir im Rechtsleben handlungsfähig? // Dreigliederung und Politik // Soziale Verhältnisse in Einrichtungen ordnen: Vertragsgestaltung, Satzungsfragen, Rechtsformen, Konfliktbewältigung // Wie können sich selbstverwaltete Einrichtungen gegenüber Staat und Kommunen verhalten?

Donnerstag, 30. Mai 2002 (Fronleichnam): **Die Frage nach dem eigenen Handlungsraum - Oder: wie kann man heute für die soziale Dreigliederung arbeiten? Themen:** Warum und inwieweit ist das Verständnis der sozialen Dreigliederung die Voraussetzung sinnvollen Handelns für soziale Erneuerung? // Wie arbeitet man methodisch an einem solchen Verständnis? // Biografieverständnis als Hilfe // Wie erkennt man den eigenen Handlungsraum? // Wie wird man handlungsfähig? // Darstellung verschiedener Handlungsansätze im Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben // Wie findet man Verbündete? // Die Herausbildung der Zivilgesellschaft und die Auseinandersetzung um ihre Rolle // Agenda 21 // Gegenwärtige soziale Bewegungen und ihre Ziele (Auseinandersetzung mit GATS, der europäischen Verfassungsentwicklung usw.) // Austausch über Erfahrungen der TeilnehmerInnen // Auf dem Weg zu einer globalen Dreigliederungsbewegung? // Dreigliederung als innere und äußere Frage: Die Überwindung des „gemischten Königs“

Fr, 3. - So, 5. Mai 2002, Handwerkerhof fecit, Faluner Weg 30, D-24109 Kiel

Reflexion als Mittel der Organisationsentwicklung

Fragen der Selbstverwaltung

Freitag, 3. Mai 2002: 19.30: Öffnung des Tagungsbüros // 20.15: Der Angriff auf den autonomen Menschen - Aspekte zur menschengerechten Gestaltung der Globalisierung (Vortrag Christoph Strawe) // **Samstag, 4. Mai 2002:** 9.00 - 10.15: Planen - Handeln - Kritik - Verbesserung: KVP-Konzept (kontinuierlicher Verbesserungsprozess); Kundenresonanz (Vortrag C. Strawe) // 10.45 - 12.30: Gesprächs- und Arbeitsgruppen // 14.30 - 16.00: Reflexion als Würdigung: Zur Gestaltung moderner Erntedankfeste (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 16.30 - 18.00: Gesprächs- und Arbeitsgruppen // 19.30 - 22.00: Der Einfluss der Weltanschauungen auf die Gemeinschaftsbildung (Vortrag Udo Herrmannstorfer und Gesprächsarbeit) // **Sonntag, 5. Mai 2001:** 9.00 - 10.15: Handeln aus Verantwortung: Die Frage nach der Mitte im sozialen Leben (Vortrag U. Herrmannstorfer) // 10.45 - 12.30: Gesprächsarbeit, Abschluss. **Teilnahmegebühr** (ohne Unterbringung und Verpflegung) • 100,-. Gebühr an: Sonderkonto der Anthr. Ges., Marie-Steiner-Zweig Kiel, Kt. Nr. 45 318 101, BLZ 430 609 67 (GLS-Bank Hamburg). Organisation und Anmeldung: Armin Alles, Kronshagener Weg 15, D-24114 Kiel, Tel. 0431 - 52 62 17, Fax 67 35 03.

Fr, 4. - So, 6. Oktober 2002, Rüttihubelbad, CH-3512 Walkringen

Anthroposophie und Dreigliederung des sozialen Organismus

Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben im sozialen Organismus: Idee und Wirklichkeit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit // Der Freiheitsimpuls in sozialen Gemeinschaften, Zusammenarbeit statt Konkurrenz, Rechtsfragen in selbstverwalteten Einrichtungen // Wesensglieder des Menschen, menschliche Entwicklung (Biografie, Reinkarnation,

Schulungsweg) // Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe // **Teilnahmegebühr** sfr 250,-. Beginn Fr 20.00, Ende So, 12.00 // Detailprogramm und Anmeldeunterlagen bei: Stiftung Rütihubelbad, CH - 3512 Walkringen, Tel. 0041 (0) 31 - 700 81 83, Fax 700 81 90, E-Mail: bildung@ruetihubelbad.ch, Internet: www.ruetihubelbad.ch

Fr, 11. - So, 13. - Oktober 2002, Universität Trier

Vom Ganzen her denken: Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung

Freitag, 11. Oktober: 20.00 Eröffnung und Begrüßung: Referate: Die geistige Dimension der Globalisierung (Udo Herrmannstorfer) // Die staatlich-rechtliche Dimension der Globalisierung (Dr. Christoph Strawe) // Die wirtschaftliche Dimension der Globalisierung (Prof. Dr. Harald Spehl) // **Samstag, 12. Oktober:** 9.00 - 9.30: Referat: Nach Rio + 10: Nachhaltigkeit - Leitbild oder Trugbild? (Prof. Dr. Harald Spehl) // 9.30 - 11.00: Erster Baustein: Wem gehört die Erde? Die Frage nach einem modernen Bodennutzungsrecht (Einleitung Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 13.00: Zweiter Baustein: Die Sozialbindung des Kapitals - Grenzen des freien Kapitalverkehrs (Einleitung Prof. Dr. Wolfgang Filc) // 14.30 - 16.00: Dritter Baustein: Der Umgang mit den Ressourcen im Zeichen der Globalisierung (Einl. U. Herrmannstorfer) // 16.30 - 18.00: Vierter Baustein: Das Menschenrecht auf Existenz - Fragen eines ökonomieverträglichen Sozialausgleichs (Einl. H. Spehl) // 19.30 - 21.00: Fünfter Baustein: Freiheit und Gemeinützigkeit: Zur Neuordnung der Dienstleistungen (Einl. C. Strawe) // **Sonntag, 13. Oktober:** 9.00 - 10.30: Sechster Baustein: Schenkung als Entwicklungsbedingung: Der Umgang mit dem geistigen Eigentum (Einleitung U. Herrmannstorfer) // 11.00 - 13.00: Siebter Baustein: Was tun? - Strategien und Handlungsrichtungen zivilgesellschaftlichen Engagements (Einleitung C. Strawe). **Teilnahme:** Für die Arbeitstagung wird kein Beitrag erhoben. Um die Kosten zu decken, wird jedoch um Spenden gebeten (Konto: siehe unten).

Fr, 1. - So, 3. November 2002, R. Steiner Haus, Hügelstr. 67, 60433 Frankfurt am Main:

„Die Liebe herrscht nicht, aber sie bildet...“ Die soziale Frage und Goethes Märchen

Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 1. November: 18.45 Öffnung des Tagungsbüros // 19.30: Eröffnung der Tagung // Lesung ausgewählter Passagen aus Goethes Märchens (Ulla Herrmannstorfer) // 20.20: „Es ist an der Zeit!“ . Das Märchen, eine Antwort auf die durch die Französische Revolution eingeleitete Zeitenwende (Vortrag Christoph Strawe) // **Samstag, 2. November:** 9.30 - 11.00: „Wer wird die Welt beherrschen?“ - Der gemischte König (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: „Ihr wisst, dass ich das Dunkle nicht erleuchten darf.“- Der Alte mit der Lampe (Vor-



Bestell- und Anmeldeformular

Bitte ausfüllen und einsenden oder faxen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Fax 0711- 23 60 218

Ich melde mich für folgende Veranstaltungen verbindlich an (bitte ankreuzen) und überweise den entsprechenden Betrag auf das Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70:

Seminar Rüspe „Wirtschaft - Schule - Wirtschaftskunde“ (• 130,-)

Seminar Stuttgart „Qualitätsentwicklung in anthroposophischen Einrichtungen“ (• 100,-)

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung:

Ich buche alle Seminare (• 200,-)

Ich buche folgende Seminare: Was ist Dreigliederung? // Freiheit, Selbstverwaltung //

Wirtschaftsfragen // Wesen des Rechts // Frage Handlungsraum (jeweils • 50,-)

Arbeitstagung Trier „Menschengerechte Globalisierung“ (keine Teilnahmegebühr, Spenden erbeten)

Seminar Frankfurt (Main) „Die Liebe herrscht nicht, aber sie bildet“ (• 130,-, Verpfl. zus. • 20,-)

Bei Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung bitte ankreuzen: mit Fleisch vegetarisch

Für die folgenden Seminare bitte Anmeldung und Teilnahmegebühr an den in der Seminarbeschreibung angegebenen lokalen Mitveranstalter: Seminar Kiel „Reflexion als Mittel der Organisationsentwicklung“ (• 100,-) // Seminar Rütihubelbad „Anthroposophie und Dreigliederung“ (sfr 250,-) // Seminar Wien „Individualität und Menschheit“ (• 120,-)

trag C. Strawe) // 17.00 - 18.15: Gesprächsarbeit // 20.00: „Mich aufzuopfern, ehe ich aufgeopfert werde...“ - Das Geheimnis der grünen Schlange (Vortrag U. Herrmannstorfer) // **Sonntag, 3. November:** 9.00 - 10.30: „Die Liebe herrscht nicht, aber sie bildet, und das ist mehr.“ (Vortrag U. Herrmannstorfer) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch // Die Vorträge werden eingeleitet mit Rezitationen von Texten aus der Zeit der Entstehung des Märchens // **Teilnahmegebühr** • 130,- (ohne Unterbringung und Verpflegung, Verpflegung zusätzlich • 20,-)

Fr, 8. - So, 10. November 2002, Wien

Individualität und Menschheit

Fragen der Globalisierung. Mitveranstalter Kulturforum Wien

Freitag, 8. November: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Der Angriff auf den autonomen Menschen - Aspekte zur menschengerechten Gestaltung der Globalisierung (Vortrag Christoph Strawe). **Samstag, 9. November:** 9.30 - 11.00: Wer Ich sagt, muss auch Menschheit sagen... Globalisierung - Aufforderung zur Geschwisterlichkeit (Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Christus in der Gegenwart: Die Verwirklichung der Menschenwürde im sozialen Leben (Udo Herrmannstorfer) // 17.00 - 18.00: Gesprächsarbeit // 20.00: Europa im Menschheitsorganismus: Europäische Identität und Osterweiterung (Christoph Strawe) **Sonntag, 10. November:** 9.30 - 11.00: Forum: Österreichs Rolle in den gegenwärtigen Prozessen der Globalisierung und der europäischen Integration // 11.30 - 13.00: Abschlussgespräch (Vorstellung praktischer Initiativen, Verabredungen, Schlusswort) // **Teilnahmegebühr** • 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Zu überweisen an: Kulturforum Wien, Kontonummer 22610-719-230 bei der BAWAG (BLZ 14000). Infos, Organisation und Anmeldung: Christian Pieper/Jürgen Menz, Schulgasse 35, A - 2542 Kottlingbrunn, Tel: 0043 (0) 2252-77218-50, Fax: 77218-70.

Anmeldung und Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung erleichtert uns die Organisation. Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. **Teilnahmegebühr** bitte jeweils bis 2 Wochen vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, **Kontonummer 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70** (bitte Name und Veranstaltung vermerken). Unterbringung und Verpflegung sind in der Teilnahmegebühr nicht enthalten. Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Das Gleiche gilt für Ermäßigungen. Für die Seminare in Kiel, Walkringen/CH und Wien zahlen Sie beim örtlichen Mitveranstalter. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teilnehmerbeitrags erheben müssen, wenn Sie später als 1 Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme zurücktreten.



Bitte ausfüllen und einsenden oder faxen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Fax 0711- 23 60 218

o..... Ich kann Werbematerial weitergeben // aushängen: schicken Sie mir Prospekt(e) //
..... Plakat(e)

o..... Bitte schicken Sie mir eine Probenummer des Rundbriefs „Dreigliederung des sozialen Organismus“

Name berufl. Tätigkeit

Straße PLZ/Ort

Tel./Fax E-Mail

Datum Unterschrift